

Internationale Münchner Friedenskonferenz

2010

München 31.1. - 7. 2. 2010

Frieden und Gerechtigkeit gestalten

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von:

Cynthia McKinney
Michael Henderson
Alejandra Londono

Christoph Hörstel
Herbert Sahlmann
Jürgen Rose
Hep Monatzeder



FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT GESTALTEN - NEIN ZUM KRIEG

Impressum

Dokumentation der Internationalen Münchener Friedenskonferenz 2010

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg München, 31.1. – 7.2. 2010

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSDP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer, Rosemarie Wechsler, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Layout: Werner Bergheim

Gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Antje Wagner, Heinz Staudacher

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, der musikalischen Unterstützung durch die Gruppe GipsyPogo-Swing, dem AUDITORIUM-Netzwerk für die DVD-Aufnahme* beim Internationalen Forum, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Herzlicher Dank an die DolmetscherInnen während der Veranstaltungen und bei der Übersetzung von Texten: Christina Breith, Angelika Klatte, Tim Slater und Reiner Watschounek.

* DVD zu beziehen unter www.auditorium-netzwerk.de

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 66 bis 69)

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Aufruf zur Münchner Friedenskonferenz 2010		4
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“		
am 6.2.2010 im Saal des Alten Rathauses		5
Grußwort der Stadt München	Hep Monatzeder	5
Einführung	Clemens Ronnefeldt	7
Macht der Versöhnung	Michael Henderson	8
Gewaltlos gegen den Krieg - das Jugendnetzwerk „Red Juvenil“ in Medellin	Alejandra Londoño	12
Bericht einer politischen Aktivistin aus USA	Cynthia McKinney	16
Bericht aus dem Diskussionsforum am 7.2.2010		
mit Cynthia McKinney, Alejandra Londoño, Michael Henderson		22
Aktuelle Runde: „Afghanistan – Wege aus der Sackgasse“		
am 7.2.2010 im Großen Saal des DGB-Hauses		30
mit Christoph Hörstel, Herbert Sahlmann, Jürgen Rose		
Friedensgebet: „Gibt Glaube Sicherheit?“		
am 31.1.2010 im Pfarrsaal St. Anna/Lehel		48
Presseecho		50
Informationen zu den Trägerorganisationen		66

Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Im Sicherheitsdenken der Münchner Sicherheitskonferenz spielt aus unserer Sicht die militärische Stärke und Abschreckungsfähigkeit eine wichtige Rolle. Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, die den militärischen Gedanken schon im Namen hatte.

Bei den politischen Interessen der westlichen Industrieländer – also vorwiegend der NATO-Staaten – geht es weniger um den militärischen Schutz des eigenen Territoriums, sondern ganz wesentlich um die weltweite Sicherung der Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte.

Die andauernden Kriege, Krisen und von Menschen verursachten Katastrophen zeigen, dass dieses Sicherheitsdenken weder Frieden noch Sicherheit für die Menschen bewirkt, sondern die Welt immer unsicherer macht und in die Sackgasse führt.

Ein Umsteuern ist notwendig

Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit der Überwindung des überholten Sicherheitsdenkens durch militärische Dominanz. Wir stellen Ansätze und Wege vor, wie Frieden und gemeinsame Sicherheit durch Interessensausgleich erreicht werden kann. *

Von der Bundesregierung erwarten wir deshalb:

- deutliche Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung
- Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung
- Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE
- Einsatz für das Recht auf steuerliche Kriegsdienstverweigerung durch Einführung eines Zivilsteuergesetzes
- Zivil handeln statt militärisch intervenieren

Im Allgemeinen wird die Begrenzung von Konflikten durch zivile Methoden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - im Gegensatz zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Es gibt jedoch detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene.

UNO, zwischenstaatliche Organisationen und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet in der Vergangenheit durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet.

Zu den wichtigsten Instrumentarien zählt der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind.

Für die - vom Militär unabhängige - zivile Konfliktarbeit in Krisenregionen mangelt es nach wie vor an ausreichender politischer und finanzieller Unterstützung. Eine Umschichtung von Haushaltsmitteln ist deshalb dringend notwendig.

Für uns ist eine zivile Intervention in Konflikten durch Regierungen nur glaubwürdig, wenn als erstes legaler und illegaler Waffenhandel unterbunden wird.

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist, die in ihrem Programm vorgestellten Sichtweisen und Alternativen einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um sie dort – im Sinne der Entwicklung einer Kultur des Friedens – besser zu verankern.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Säule der öffentlichen Meinung, die zum Beispiel auch durch Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Gottesdienste kundgetan wird.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Das wurde in den inhaltlichen Beiträgen der letzten Jahre auch deutlich gemacht (z. B. 2006: D. Wenderlein, Beendigung des Bürgerkrieges in Mocambique, 2007: J. Galtung, Grenzkonflikt Kolumbien-Ecuador, 2008: H-Ch. v. Sponeck, 10-Punkten Friedensplan für Irak)

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten

Grußwort



Hep Monatzeder

3. Bürgermeister der
Landeshauptstadt
München



Im Rahmen der 8. Internationalen Münchner Friedenskonferenz begrüße ich Sie als Bürgermeister der Gastgeberstadt München sehr herzlich hier im Festsaal des Alten Münchner Rathauses.

Ein herzliches Willkommen zur heutigen Abendveranstaltung „Internationales Forum“. Das „Internationale Forum“ ist fester Bestandteil der Münchner Friedenskonferenz. Es bietet alljährlich ein sehr gut angenommenes Podium, um nicht-militärische Strategien, zivilgesellschaftliche Methoden und friedenspolitische Instrumente zur Konfliktbewältigung zu thematisieren und zu diskutieren.

Das „Internationale Forum“ steht in diesem Jahr unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“. Das ist einerseits eine zeitlose, zugleich aber auch topaktuelle Herausforderung und Aufgabenstellung. Denken Sie beispielsweise an die Konflikte in Darfur, im Ostkongo, im Sudan und im Irak, die mit unverminderter Härte wüten, und die dringend einer friedlichen Lösung bedürfen. Allein an diesen wenigen Beispielen lässt sich schon erkennen, dass Frieden und Gerechtigkeit jeden Tag aufs Neue errungen, verteidigt und erhalten werden müssen.

Der wichtigste Auftrag dabei lautet: Frieden und Gerechtigkeit aktiv gestalten! Angesichts des Wunders wie auch des Schreckens der menschlichen Existenz sicher keine ganz leichte Aufgabe - aber auch keine unerfüllbare. Und ganz sicher eine Aufgabe, die uns alle angeht. Dahinter stehen mitunter existenzielle Fragestellungen: Wie können wir der Spirale der Gewalt enttrinnen und wie können wir sie mit friedlichen Mitteln beenden? Welchen Weg können wir beschreiten, um Konflikte - wie die eben bereits erwähnten - endlich auf friedliche Weise zu lösen? Antworten auf genau diese Fragen zu finden, ist Ziel des Internationalen Forums. Dazu hat der Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz auch in diesem Jahr wieder Fachleute aus aller Welt als Referentinnen und Referenten eingeladen.

Ich begrüße an dieser Stelle als erstes Herrn Michael Henderson aus Großbritannien. Sein Vortrag steht unter dem Thema „Entfeindung und friedliche Konfliktlösung – Wie geht

das?“ Mr. Henderson ist Autor des Buches „Die Macht der Vergebung“. In diesem Buch unternimmt er mit seinen Leserinnen und Lesern eine Reise durch mehrere Kontinente, an die Brennpunkte von Konflikten und Kriegen der letzten hundert Jahre. Auf journalistische Weise berichtet er über erstaunlich viele reale Projekte der „Entfeindung“. Der weltbekannte südafrikanische Bischof und Nobelpreisträger Desmond Tutu hat sich zu diesem Buch folgendermaßen geäußert: ‚Ein zutiefst bewegendes und beredtes Zeugnis der Macht der Vergebung, sowohl in dem Leben der Individuen, der Gemeinschaften, als auch zwischen und innerhalb der Nationen. Es stärkt den Wandel – ein starkes Buch.‘ Herr Henderson, ich hoffe, die Latte ist für Sie damit hoch genug gelegt.

Als nächstes begrüße ich Frau Alejandra Londoño aus Kolumbien. Frau Londoño ist dort Mitarbeiterin im Jugendnetzwerk „Red Juvenil“. Dieses Jugendnetzwerk setzt sich in dem von jahrzehntelangen Bürgerkriegen gebeutelten Kolumbien für Entmilitarisierung, für Kriegsdienstverweigerung und gegen Zwangsrekrutierung ein. Junge Menschen, die in die Gräueltaten des Bürgerkriegs, seine Ausweglosigkeit und seine manchmal nicht minder schrecklichen Folgen hineingeboren wurden, sollen dank der Arbeit von Frau Londoño und dem Jugendnetzwerk „Red Juvenil“ begreifen, dass auch Gewaltfreiheit eine friedenssichernde Alternative ist. „Red Juvenil“ versucht, auf diesem Weg dem Militär und der Guerilla langfristig etwas Wirksames entgegenzusetzen. Frau Londoño, wir sind sehr gespannt auf Ihren Erfahrungsbericht.

Last but not least begrüße ich jetzt Frau Cynthia McKinney aus den USA. Frau McKinney ist ehemalige Kongressabgeordnete und war Präsidentschaftskandidatin der Grünen Partei im Jahr 2008. Wir haben die Gelegenheit heute Nachmittag bereits zu einem ersten Gedankenaustausch genutzt. Cynthia McKinney wird uns jetzt aus Sicht einer Oppositionspolitikerin über Chancen ziviler und gewaltfreier Politik in den USA berichten. Die Vereinigten Staaten von Amerika gelten ja gemeinhin als militär- und sicherheitsgläubige Nation par excellence. Frau McKinney, umso neugieriger sind wir deshalb auf Ihre Ausführungen.

Ziel der Münchner Friedenskonferenz ist es, mit allen internationalen Akteuren in einen Dialog über zivile Strategien und Methoden der Konfliktbewältigung einzutreten. Im Gegensatz zur Münchner Sicherheitskonferenz - die ebenfalls alljährlich bei uns stattfindet - ist dies auch das große Verdienst der Internationalen Friedenskonferenz und ein glasklares Signal nach außen: Wer Frieden schaffen und bewahren will, muss für alle offen sein und mit allen sprechen können. Dafür möchte ich mich wie auch für das Podium der Internationalen Münchner Friedenskonferenz insgesamt - im Namen der Gastgeberstadt München beim Trägerkreis dieser Veranstaltung herzlich bedanken.

Wir - und das schließt Herrn Oberbürgermeister Christian Ude mit ein - freuen uns, dass München bereits zum 8. Mal Gastgeberstadt für diese Internationale Friedenskonferenz sein kann. Mit ihren offenen Foren zum Dialog und zur Diskussion bildet die Münchner Friedenskonferenz nicht nur ein bedeutendes, sondern auch unverzichtbares Gegengewicht zur Münchner Sicherheitskonferenz.

„Dialog“ steht in diesem Fall für einen intensiven Erfahrungsaustausch und für das Aufzeigen von „Best-Practice-Beispielen“ für eine erfolgreiche friedliche Konfliktbewältigung. Diese intensive und vertiefte Form des Dialogs sorgt zusätzlich

auch für öffentliche Aufmerksamkeit. Und diese Aufmerksamkeit ist wichtig - denn genau daran mangelt es vielerorts noch - Aufmerksamkeit und öffentliches Interesse für die neuen Initiativen, wirksamen Instrumente und erfolgreichen Unterstützer, die es weltweit für eine aktive Förderung des Friedens und der Gerechtigkeit gibt. Allzu oft steht in der öffentlichen Wahrnehmung das militärische Agieren noch im Vordergrund.

Öffentliche Wahrnehmung ist an allererster Stelle natürlich wichtig, um einen möglichst prominenten Platz im öffentlichen Bewusstsein zu besetzen; dann aber auch aus einem viel profaneren Grund: Auch zivile Krisen-Prävention und Friedensförderung gibt es nicht umsonst; sie verursachen Aufwand, und der will finanziert sein. Nach wie vor allerdings besteht ein krasses finanzielles Missverhältnis zwischen Aufwendungen für eine rein militärische Sicherheitspolitik und einer solchen, die ziviler Konflikt-Bewältigung und Friedensarbeit zu Gute kommen. Eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung und Diskussion kann hier ebenfalls zu einer Verschiebung der Gewichte beitragen.

Für einen dauerhaften Frieden reicht eine ausschließlich militärisch geprägte Sicherheitspolitik nicht aus. Mindestens ebenso wichtig ist es, parallel eine Politik des friedlichen Interessenausgleichs zu entwickeln und diese in den Mittelpunkt internationaler Bemühungen und Verhandlungen zu stellen. Ich bin mir sicher, dass diese Strategie der öffentlichen Diskussion - wie wir sie seit vielen Jahren im Rahmen des Internationalen Forums der Münchner Friedenskonferenz pflegen - bereits zu einem bemerkenswerten Wandel beigetragen hat: Nämlich zur Abkehr der „Münchner Sicherheitskonferenz“ von einer reinen Wehrkundetagung, schrittweise hin zu einer Konferenz für sicherheitspolitische Debatten und friedenssichernde Strategien. Das mögen im Einzelnen jeweils nur kleine Schritte gewesen sein. In

der Summe lassen sich inzwischen aber doch deutliche Veränderungen wahrnehmen:

So sind auf der Münchner Sicherheitskonferenz immer weniger Vertreter aus dem Militärbereich, dafür aber zunehmend aus der Politik und Wirtschaft anzutreffen. Auch ist die Tagung nicht mehr nur auf die Staaten der westlichen Welt bzw. auf die NATO-Verbündeten beschränkt, sondern es werden Vertreterinnen und Vertreter aus allen Erdteilen eingeladen. Politikerinnen und Politiker der Grünen wie auch der Linken nehmen mittlerweile wie selbstverständlich an der Sicherheitskonferenz teil.

Diese Öffnung nach außen wird von den militärischen Teilnehmern zwar nicht gern gesehen - ja sogar beklagt, wie mir gesagt wurde. Das ändert aber nichts daran, dass der eingeleitete Kommunikationsprozess - und auch hier könnte man von einem Dialog sprechen - zwischen der „Projektgruppe Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.“ und der Leitung der Münchner Sicherheitskonferenz, Herrn Wolfgang Ischinger, weiterhin fortgesetzt wird. Auch in diesem Jahr wird Herr Thomas Mohr von Pax Christi den Verlauf der Sicherheitskonferenz kritisch begleiten.

Erlauben Sie mir zum Ende meines Grußwortes noch eine Vision: Die Vision, dass auch die Münchner Sicherheitskonferenz eines - hoffentlich nicht allzu fernen - Tages ihren Schwerpunkt verschieben wird, hin zu einer gewaltfreien Sicherheitspolitik. Und - verbunden mit dieser Vision - die Gewissheit, dass die Internationale Münchner Friedenskonferenz dazu maßgeblich beigetragen hat.

Ich wünsche uns allen jetzt eine erkenntnisreiche und konstruktive Abendveranstaltung - leider kann ich nicht bis ganz zum Schluss mit dabei sein, weil ich noch einen Anstusstermin habe - und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Einführung

Clemens Ronnefeldt

Moderator des Internationalen Forums

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – so lautet unser heutiges Motto – verbunden mit einem „Nein zum Krieg“.

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung hat im vergangenen Jahr 30 Kriege und größere

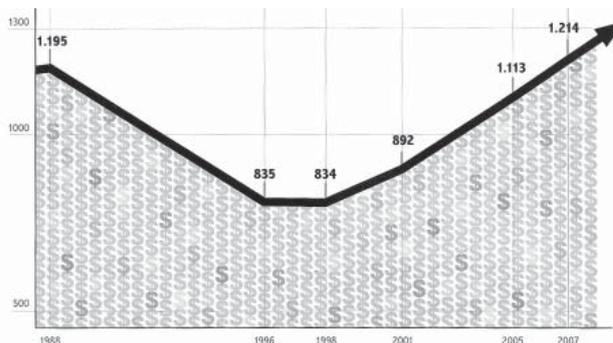


bewaffnete Konflikte weltweit gezählt.

Sie sehen auf der Karte in dunkler Farbe die Kriege hoher Intensität, in hellen Farben diejenigen Länder, in denen Konflikte eher selten mit Gewalt ausgetragen werden.

Die Karte zeigt, dass in Afghanistan, Pakistan, Jemen und Somalia im vergangenen Jahr Kriege mit besonders hoher Intensität zu beklagen waren. Auch Kolumbien und Mexiko, viele Staaten Afrikas, die Nahostregion, Irak, Indien und etliche andere Länder sind dunkelrot eingefärbt, was für hohe Gewaltaustragung steht.

Das andere Bild zeigt die weltweiten Militärausgaben von 1988, kurz vor dem Mauerfall in Berlin, bis zum Jahr 2008. Während 1998 die weltweiten Militärausgaben noch bei 834 Milliarden Dollar lagen, stiegen sie in den letzten zehn Jahren



kontinuierlich weiter an und erreichten 2008 den höchsten Stand seit dem zweiten Weltkrieg: Rund 1,5 Billionen US-Dollar. Von dieser Summe brachte die US-Regierung mit 607 Milliarden rund 42 Prozent alleine auf.

Die weltweiten Ausgaben für Entwicklungshilfe erreichten mit ca. 100 Milliarden US-Dollar nur einen Bruchteil dessen, was für Militär aufgewendet wird.

Wenige hundert Meter von hier tagen im Bayrischen Hof dutzende Außen- und Verteidigungsminister. Ich möchte den dort Versammelten zurufen:

Wenn auch Sie wirklich Frieden und Gerechtigkeit gestalten wollen – kehren sie das Verhältnis um! Rüsten Sie ab und erhöhen Sie die Ausgaben für eine gerechte Entwicklung der Länder des Südens.

Im Herbst 2009 beschlossen 189 Staaten der Erde während der UNO-Vollversammlung verpflichtende Ziele bis zum Jahr 2015, die derzeit u. a. auch wegen der enormen Rüstungsausgaben gefährdet sind.

Diese acht Ziele sind:

1. 50% weniger Arme und Hungernde



- 2. 100% Grundschulausbildung weltweit*
- 3. Geschlechtergleichheit im Bildungsbereich*
- 4. 66% Senkung der Kindersterblichkeit*
- 5. 75% Senkung der Müttersterblichkeit*
- 6. Stopp von AIDS und Malaria*
- 7. 50% mehr Zugang zu sauberem Wasser*
- 8. Erhöhung der Entwicklungshilfe*

Alle Maßnahmen zusammen kosten pro Jahr weniger als 5% der weltweiten Militärausgaben – etwa 40-60 Milliarden US-Dollar.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslagen möchten wir heute Abend unsere drei Gäste auf dem Podium bitten, zu uns zu sprechen:

Michael Henderson wird anhand von konkreten Beispielen aufzeigen, wie und wo zwischenstaatliche Konflikte deeskaliert werden konnten. Alejandra Londoño wird als Basisarbeiterin von ihrem aufreibenden Friedensengagement in Medellín berichten – und nach der Pause wird Cynthia McKinney vortragen, was auf der großen politischen Weltbühne für ein Mehr an Gerechtigkeit und Frieden geschehen könnte.



Michael Henderson

Die Macht der Vergebung

Michael Henderson ist britischer Journalist und Autor und besitzt auch die irische Staatsangehörigkeit. Er lebt in Westward Ho! In North Devon/England. Nachdem er 22 Jahre in den USA verbracht hatte, kehrte er im Jahr 2000 wieder nach Großbritannien zurück.

Während des Zweiten Weltkrieges gehörte Michael Henderson zu jenen Kindern, die zu ihrer Sicherheit aus England in die USA gebracht worden waren.

In den USA schrieb er Artikel für sehr viele Zeitungen und Magazine, moderierte mehr als eintausend Rundfunk-Sendungen und präsentierte kommerzielle und öffentliche Fernseh-Programme.

Er war Mitbegründer von „Oregon Uniting“, einer Initiative für Rassenverständigung.

Michael Henderson hat bereits überall auf der Welt gesprochen, für sein Friedens-Engagement wurde er mehrfach ausgezeichnet. Michael Henderson ist seit 43 Jahren mit seiner Frau Erica verheiratet, Vater und mehrfacher Großvater.

Sein Buch „Forgiveness: Breaking the Chain of Hate“ wurde u. a. auch in Deutsch veröffentlicht unter dem Titel: „Die Macht der Vergebung“ im Publik-Forum Verlag (Oberursel bei Frankfurt).

Meine Damen und Herren,

Es ist eine große Freude für mich, wieder in Deutschland zu sein. Ich wohnte in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik und kam

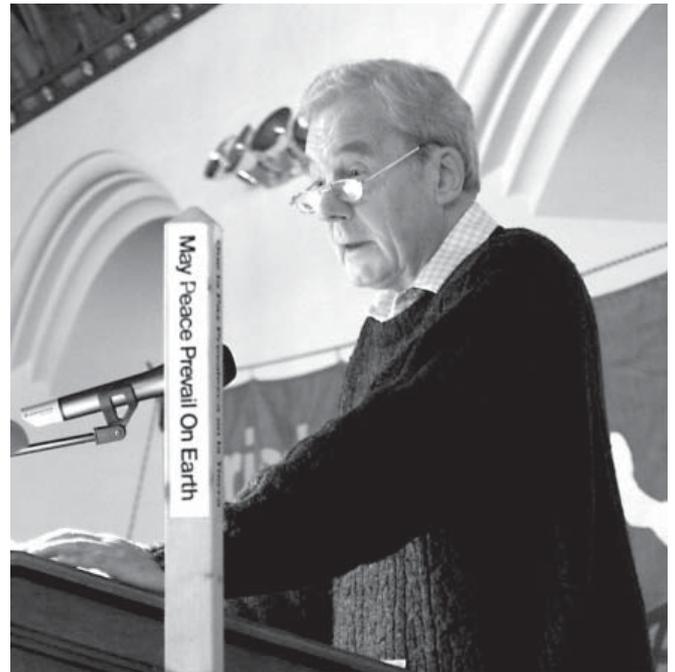
1957 zum ersten Mal nach München. Seither habe ich mit Deutschen in vielen Teilen der Welt eng zusammen gearbeitet. Einmal spielte ich sogar in einem deutschen Theaterstück mit. Dies war aber nicht sehr anstrengend; mein einziger Satz im Stück war 'Jawohl, Exzellenz!'

Über Vergebung und Reue im Zusammenhang mit Krieg, Konflikt und Waffen zu sprechen, könnte für manchen als etwas Seltsames erscheinen. Vergebung und Reue werden oft als rein religiöse oder persönliche Begriffe betrachtet, die nichts mit Realpolitik zu tun haben.

Oft stammen Feindseligkeit und die Motivation für Kriege aus ungeheilten Geschichte und vielleicht aus dem Wunsch, sich bei früheren Feinden für die Demütigungen der Vergangenheit zu rächen. In gleicher Weise scheitern die Versuche, alte Feindseligkeiten zu beenden, weil diejenigen, die Friedensstifter sein möchten, wegen dieser ungeheilten Wunden keine Vertrauensbeziehungen aufbauen können. Vergangenheitsbewältigung ist für uns alle, besonders für uns Engländer wichtig.

Beispiele für politische Versöhnung

Zu dem Thema ‚Vergabung‘ bin ich nicht durch akademische Studien gekommen, sondern durch praktische Erfahrungen. Mein Leben lang habe ich das Glück gehabt, mit Männern und Frauen zu arbeiten, die sich dem Ziel gewidmet haben, Brücken zwischen Menschen verschiedener



Hautfarben, Kulturen und Sprachen zu bauen.

Dies begann 1947, als wir als Familie ein internationales Konferenzzentrum für Versöhnung in Caux in der Schweiz besuchten. Die Organisation, die dort seit mehr als 60 Jahren jeden Sommer Konferenzen veranstaltet, heißt heute ‚Initiatives of Change‘ (zu deutsch: Initiativen der Veränderung).

Meine Familie hatte seit vielen Generationen in Irland gelebt. Wir gehörten zur anglo-irischen Minderheit, die über mehrere Jahrhunderte hinweg die katholische Mehrheit beherrscht hat. Zur Zeit der irischen Unabhängigkeit hatte man meinem Großvater gesagt, er müsse Irland innerhalb einer Woche verlassen, sonst würde man ihn erschießen.

In diesem Zentrum von Caux sprach eines Tages Eleanor Butler, eine irisch-katholische Senatorin, Mitglied des Europarates. Meine Mutter reagierte auf ihre Worte heftig: „Wer war diese Frau, die über Einigkeit sprach, doch mich aus meinem eigenen Land vertrieben hat?“ Nach ernsthafter Überlegung fand meine Mutter den Mut und die Demut, sich bei der Senatorin für die frühere Haltung unserer Familie den Katholiken gegenüber zu entschuldigen.

Die beiden Frauen wurden Freun-

dinnen und begannen zusammen zu arbeiten. Als die Senatorin nach Hause fuhr, bat sie auch viele politische Gegner um Verzeihung. Sie wurde Mitbegründerin des Versöhnungs-Zentrums in Glencree bei Dublin. Zusammen mit unseren Eltern beschlossen mein Bruder und ich, diesen friedensstiftenden Weg aufzunehmen.

Würden meine Mutter und Senatorin Butler heute noch leben, so würden sich beide über die Entwicklungen in Nordirland freuen, wo nach Jahren des Blutvergießens jetzt Frieden eingekehrt ist. Die katholischen and protestantischen Führer, die geschworen hatten, nie am selben Tisch zu sitzen, teilen sich jetzt die Verantwortung für die Regierung. Der überwiegende Friedenswunsch der Bevölkerung, der durch Volksentscheide belegt ist und von der britischen und der irischen Regierung unterstützt wird, hat die Oberhand gewonnen - trotz der Provokationen einer Minderheit, die den Friedensprozess verhindern möchte. Mit der geduldigen Hilfe des früheren amerikanischen Senators George Mitchell hat sich die Zusammenarbeit aller Parteien erfolgreich entfaltet. Mitchell sagte: 'Nachdem man zugehört hat, hört man erneut zu, und dann hört man nochmals zu.' Er mahnte alle, dass das Niederlegen der Waffen begleitet sein muss vom Niederlegen der festgefahrenen Meinungen.

Die Bitte um Verzeihung von Ministerpräsident Blair an die Iren für das Verhalten der Briten in der Vergangenheit war auch ein wichtiger Schritt nach vorn. Der Zwang, zu kämpfen und heimzuzahlen, scheint zu schwinden, wenn jeder spürt, dass seine eigene Geschichte 'gehört' und verstanden wird. Heute Morgen steht diese Schlagzeile in der „Welt“: ‚Historischer Durchbruch in Nordirland.‘ Ich zitiere die ersten Sätzen: ‚Martin McGuinness, stellvertretender Ministerpräsident von Nordirland, brachte es auf den Punkt: ‚Dies ist ein Tag, an dem der politische Prozess in Ulster volljährig geworden ist‘, verkündete er gestern in Belfast, um hinzuzufügen: ‚Wir

werden nicht in die Vergangenheit zurück kehren.“

Ich war sehr erstaunt, in einem Zeitungsartikel zu lesen, dass sunnitische und schiitische Führer aus dem Irak nach Europa gekommen sind, um zu lernen, wie man Frieden schaffen kann. Von wem sollten sie das lernen? Von nordirischen Protestanten und Katholiken zusammen mit schwarzen und weißen Südafrikanern. Was für Veränderungen in der Welt haben wir in unserer Zeit erlebt!

Das Beispiel von Südafrika, wo Mandela nach 27 Jahren Gefängnis frei kam, ohne Rachegefühle zu hegen, und was daraus für das Land entsprang, hat die Relevanz von Vergebung für die Weltgemeinschaft deutlich gemacht.

In Südafrika kam die Initiative von oben. Anderswo, in Australien, versuchte hingegen gerade die politische Führerschaft, jede Initiative zu blockieren, die die Beziehungen zu den Ureinwohnern verändern wollte. Es entstand jedoch eine Bürgerbewegung, die tiefgehende Veränderungen hervorrief. Ich war am nationalen Sorry Day in Australien dabei. Ich sah die Sorry Books, in denen eine Million Unterschriften die Idee einer nationalen Bitte um Vergebung unterstützten. Nach einem zehnjährigen Einsatz für eine Verständigung der verschiedenen

Volksgruppen kam im Februar 2008 der sehr bewegende Augenblick, als der neue Ministerpräsident mit Unterstützung der Opposition das Volk der Aborigenes offiziell um Vergebung dafür bat, dass man sie so schlecht behandelt hatte. Vor zwei Monaten war ich wieder in Australien. Ich wurde Zeuge der Genugtuung der Aborigenes über die positiven Folgen dieser neuen Beziehungen.

Wege zu einer dauerhaften Verständigung

Trotz dieser Fortschritte in Südafrika, in Irland, und in Australien sollten wir uns nicht ausruhen und die Arbeit für erledigt erklären. Noch längst nicht alle haben die Wichtigkeit von Reue, Entschuldigung und Vergebung erkannt.

Vor einigen Monaten war ich bei einer Veranstaltung im britischen Parlament. Es war der fünfundzwanzigste Jahrestag des Versuchs der irisch-republikanischen Armee, die britische Regierung durch eine Bombe im Brightoner Palasthotel auszulöschen. Die zwei Redner waren Jo Berry und Pat Magee. Jo Berry war die Tochter des Abgeordneten Sir Anthony Berry, dem Onkel von Prinzessin Diana, der beim Attentat getötet worden war. Pat Magee hatte die Bombe gelegt. Er war verhaftet worden und saß viele Jahre im Gefängnis, bevor er durch ein politisches Abkommen freigelassen wur-



de. Jo Berry wollte aus der Tragödie etwas Konstruktives machen. Ihr war klar, dass sie vor der Wahl stand, entweder als Opfer zu leben und andere zu verdammen oder aber nach einem Weg zur Heilung zu suchen. Über Jahre hinweg hat sie Pat Magee regelmäßig getroffen, und jeder hat, wie sie sagt, die Geschichte des anderen gehört. Jo Berry erkennt, dass sie, wenn sie Pats Schicksal erlebt und Ähnliches durchgemacht hätte, auch den Weg der Gewalt gegangen wäre. Für sie ist es wichtig, Pat als Menschen zu betrachten und nicht als den Teufel, den die Medien geschildert haben. Pat seinerseits ist so weit gekommen, dass er sein Bedauern ausdrückt, Jos Vater getötet zu haben. Die beiden arbeiten gemeinsam mit anderen Gruppen für Versöhnung.

In ähnlicher Weise muss der Fortschritt in Südafrika gesichert werden. Dort haben nicht alle Schwarze vergeben, und nicht alle Weiße haben ihre Verantwortung für die Tragödie der Apartheid übernommen. Der Geist der Vergebung muss immer wieder belebt werden. Letlapa Mphahlele und Ginn Fourie sind ein Beispiel dafür. Die weiße Südafrikanerin Ginn verlor ihre Tochter in dem sogenannten Heidelberger-Tavernen-Massaker. Später versöhnte sie sich mit Letlapa, dem Verantwortlichen für das Massaker. 1993 war er der meistgesuchte Terrorist in Südafrika. Als ihre Tochter getötet wurde, war Ginn bereit, ihn eigenhändig umzubringen. Heute sagt sie, 'Nicht, dass ich keine tiefe Trauer über den Verlust meiner Tochter empfinden würde, aber dadurch, dass ich ihrem Mörder vergeben konnte, wurde die Trauer leichter zu ertragen, und mir wurde ein konstruktiver Weg nach vorn geöffnet. Aus Feinden wurden wir zu echten Freunden. Letlapa sagte mir, dass ich ihm durch meine Vergebung seine Menschlichkeit zurückgegeben habe.'

Kehren wir zurück zum Jahre 1947, wo wir als Familie in Caux waren. Es war erst zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und trotzdem waren viele Deutsche anwe-

send. Es war sogar die erste Konferenz, bei der Deutsche im Ausland als gleichberechtigte Gäste empfangen wurden. Unter den französischen Teilnehmern war Irene Laure, Abgeordnete und Führerin der sozialistischen Frauen Frankreichs. Sie hatte in der Widerstandsbewegung gelitten; man hatte ihren Sohn gefoltert. Damals wollte sie Deutschland von der Weltkarte ausradiert sehen. Sie hatte nicht erwartet, in Caux auch Deutsche zu treffen. Sie wollte sofort abreisen. Da fragte sie der Leiter der Konferenz: 'Meinen Sie als Sozialistin, dass man Europa neu aufbauen kann, indem man ein ganzes Volk ausschließt?' Madame Laure war eine leidenschaftliche Europäerin. Sie zog sich einige Tage in ihr Zimmer zurück. War sie bereit, ihren Hass aufzugeben, um ihr Ziel zu erreichen? Als sie heraus kam, bat sie darum, in der Versammlung sprechen zu dürfen. Was sagte sie? Nicht 'Ich vergebe euch'. Nein, sie bat um Vergebung für ihren Hass. Als sie mit ihrer Rede fertig war, streckte sie die Hand aus. Da kam eine deutsche Frau und nahm ihre Hand. Irene sagte mir später, 'Es war mir, als seien hundert Kilo von meinen Schultern genommen'. Die Auswirkung auf die Deutschen, die schwerste Vorwürfe erwartet hatten, war überwältigend. Irene und ihr Mann wurden nach Deutschland eingeladen. Überall hat sie um Vergebung für ihren Hass gebeten. Sie war überzeugt, dass Hass der Keim eines neuen Krieges sei. Einige Historiker bewerten die Erfahrungen von Tausenden von Franzosen und Deutschen, die damals in Caux waren, und das Beispiel von Irene Laure als Schlüssel-Elemente bei der Geburt der deutsch-französischen Freundschaft, die wir heute für selbstverständlich halten.

Das, worauf Irene Laure, Senatorin Butler und unsere Familie in Caux gestoßen waren, war die einfache Idee, dass man, wenn man eine Antwort auf die Probleme der Welt bringen möchte, mit sich selbst und seinem eigenen Land beginnen soll. Ein Friedensstifter muss Frieden selber leben. Das gilt, was immer die politische Überzeugung des

Friedensstifters auch sein mag. Um wirksame Friedensstifter oder Friedensstifterin zu werden, darf man nicht von Hass beherrscht sein. Der britische Oberrabbiner Lord Sacks hat Hass sogar als die größte Massenvernichtungswaffe bezeichnet.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Erfahrungen von zwei meiner Freunde in Nigeria beschreiben. Dieses westafrikanische Land befindet sich an der vordersten Front muslimisch-christlicher Beziehungen. Muhammad Ashafa ist Imam und James Wuye ist ein christlicher Pastor in Kaduna, einer der bedeutendsten Städte. In den frühen 90er Jahren hatten die beiden Männer während eines Aufstandes in der Stadt versucht, sich gegenseitig umzubringen. Ein Muslimextremist schlug Pastor James den Arm ab, als er seine Kirche verteidigte, und christliche Extremisten töteten Ashafas Onkel, weil sie dachten, dass er es sei. Ebenso töteten sie den geistlichen Berater des Imam und zwei Brüder.

Später trafen sich der Imam und der Pastor bei einer Versammlung im Haus des Gouverneurs und man schlug ihnen vor, eine Rolle beim Heilen des Konflikts zu übernehmen. Sie fanden Stellen in der Bibel und im Koran, die gemeinsame Ansätze aufwiesen. Sie sahen ihr Überleben als Zeichen Gottes an und gründeten eine Organisation zur Förderung des Dialogs zwischen Muslimen und Christen. Die echte Freundschaft brauchte für ihre Entstehung allerdings länger. Als die Beiden zusammen zu reisen angingen, hatte der Pastor oft die Lust, ein Kissen mitzunehmen mit dem Vorhaben, den Imam während er schlief umzubringen. Er wollte für seine Hand Vergeltung. Er brauchte drei Jahre, um seinen Hass zu überwinden. Die Saat dafür wurde dadurch gelegt, dass der Imam und andere Führer der Gemeinde James kranke Mutter im Krankenhaus besuchten.

Jetzt, wenn Gewalt ausbricht, gehen sie zusammen in die betroffenen Viertel, um dort die Gemüter zu beruhigen und beim Finden von

Lösungen zu helfen. Der Erzbischof von Canterbury beschrieb sie als Modell für christlich-muslimische Verständigung.

Die Rolle des Zentrums in Caux geht weiter. Im letzten Sommer waren wichtige Begegnungen vom "Caux Forum for Human Security". Dreihundert Menschen aus 69 Ländern waren dabei. Dieses Forum wurde von Mohammed Sahnoun, einem angesehenen Diplomaten der Vereinten Nationen und ehemaligen algerischen Botschafter in Deutschland, begründet. Er sieht Caux als eine Ressource für Friedensstifter der Welt. Der Enkel von Mahatma Gandhi, Professor Rajmohan Gandhi, ist heute, als Präsident von Initiativen der Veränderung, verantwortlich für die Führung der Arbeit, die von diesem schweizerischen Zentrum ausgeht. Jahrelang hat er sich vor allem damit beschäftigt, Verständigung mit Pakistan und mit der muslimischen Welt zu pflegen. Im November sprach er an der Genfer Universität über das Leben und die Arbeit seines Großvaters. Auf die Frage, welche Bedeutung Gandhis

Botschaft für aktuelle Fragen habe, antwortete der Enkel: Gandhi predigte gewaltfreien Widerstand und diese Botschaft ist heute genau so gültig wie damals. Gewaltfreier Widerstand braucht vielleicht lange Zeit, um zu gedeihen. Aber eins ist sicher: Gewalt bringt nie Erfolg.

Bei sich selbst beginnen

Es gibt keine Friedens-Straßenkarte. Meine Beispiele sind nicht notwendigerweise Erfolgsgeschichten, sondern sind ein Beweis, dass Entfeindung möglich ist. Es gibt keine schnelle Lösung. Man muss bereit sein, bei den Prozessen einen langen Atem zu haben.

Die Bereitschaft zur Ehrlichkeit bei der Betrachtung der Vergangenheit - persönlich und auf einer nationalen Ebene - ist unentbehrlich. Man kann zum Beispiel den Mut von Bundeskanzler Willi Brandt in Polen und in Israel erwähnen. Wir Engländer können in diesem Punkt sehr viel von Deutschland lernen.

Wir müssen in unserem eigenen Leben die Eigenschaften widerspiegeln,

die wir im Leben unserer Gegner wünschen. Die amerikanischen Eingeborenen sagen: Man solle niemanden beurteilen, bevor man nicht in seinen Schuhen gegangen ist. Das hat Jo mit Pat getan. Ebenso hat Pastor James gesucht, mit Imam Ashafa gemeinsame Glaubenspunkte zu finden. Die Iren bauen auf die gemeinsame Menschlichkeit und auf den Friedenswunsch der Protestanten und Katholiken.

„Fang bei dir selber an!“ ist immer der Schlüssel gewesen. Es ist die Bereitschaft, die ersten Schritte selber zu machen, ohne zu erwarten, dass der Andere bereit ist, im selben Geist vorwärts zu kommen. Irene Laure hätte sagen können, dass die Deutsche mehr Schuld als sie hätte. Aber sie hat bei ihrem eigenen Hass angefangen. Wie Rajmohan Gandhi sagt: „Wenn du siehst, dass Unrecht geschieht, dann tu etwas dagegen, aber überlege auch, ob du daran mit verantwortlich bist. Kämpfe, aber beginne die Suche in dir selbst.“



Für die musikalische Begleitung des Programmes sorgte die Gruppe „GipsyPogo“ mit Hans, David und Roman Fleischmann.

Alejandra Londoño

Gewaltlos gegen den Krieg

das Jugendnetzwerk „Red Juvenil“ in Medellín



Alejandra Londoño ist 26 Jahre jung, derzeit Studentin der Geschichte an der Universität von Medellín und seit 8 Jahren im Red Juvenil – dem „Jugendlichen Netz“ aktiv.

Das Red Juvenil ist eine kommunal tätige Jugendorganisation, die 1990 gegründet wurde – und für Gewaltfreiheit, Antimilitarismus, zivilen Ungehorsam und Kriegsdienstverweigerung steht.

Die Mitglieder der Gruppe sind überzeugt von der Notwendigkeit, die strukturellen Ursachen des gesellschaftlichen und bewaffneten Konflikts in Kolumbien zu transformieren und eine andere Art des gesellschaftlichen Zusammenlebens in die Öffentlichkeit zu tragen.

Auf die Frage nach ihrer Motivation, sich zu engagieren, antwortete Alejandra:

„Weil ich mich angetrieben fühlte, etwas gegen die miesen Zustände zu

unternehmen, die in einem Lande herrschen, das seit Jahrzehnten mit struktureller Gewalt überzogen wird“.

Einige Jahre hat Alejandra bereits aktiv an verschiedenen Direkten Aktionen teilgenommen und diese auch mitgeplant, mit denen die Gruppe ein Bewusstsein schaffen möchte für das komplexe Problem der Gewalt und der Militarisierung weltweit - unter spezieller Berücksichtigung der Situation in Kolumbien.

Die öffentlichen Aktionen sollen nicht nur der Anklage von Missständen dienen, sondern zugleich gewaltfreie Alternativen aufzeigen.

Auf Landesebene engagiert sie sich im Projekt „Parlament der Kriegsdienstverweigerer“.

Im Jahr 2009 trug Alejandra an führender Stelle den Bericht über die „Menschenrechte der Jugendlichen“ in der Stadt Medellín vor.

Heute teilen wir einen Gedanken: Den, dass alle Menschen auf der Erde die Möglichkeit haben müssen, ein Leben in Würde zu führen. Aber es gibt etwas, das wir nicht teilen: Was nämlich den Krieg angeht, so können Sie von der Vergangenheit sprechen, wir jedoch leben mitten darin. In einem Krieg, der in Kolumbien nun schon mehr als 50 Jahre andauert.

Wenn ich von Kolumbien spreche,

dann spreche ich in Bezug auf das Territorium von einem Land, aber in kultureller Hinsicht von vielen Ländern. Die Grenzen des Landes wurden uns aufgezwungen durch die Kolonialmacht und im Lauf der Geschichte beibehalten von der kolumbianischen Elite, die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmacht.

Die Regierungen versuchen in den Grenzgebieten zu den Nachbarländern, Gemeinschaften auseinander zu reißen, die sich kulturell zusammengehörig fühlen und in denen es immer Verbindungen der Solidarität, der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Hilfe gegeben hat.

Im Osten grenzt Kolumbien an Venezuela, im Südosten an Brasilien, im Süden an Ecuador und Peru und im Nordwesten an Panama. Sie haben von den aktuellen Problemen gehört, die sich zwischen Kolumbien und seinen Nachbarn Venezuela, Ecuador und Bolivien ergeben haben. In den Grenzgebieten dieser Länder gibt es Ortschaften, in denen die gegenseitige Hilfe und die Solidarität immer vorhanden waren. Heute schafft der Krieg, den die Regierungen führen, hier große Probleme.

Die Gewalt geht von vielen verschiedenen Gruppen aus

Zurzeit gibt es in Kolumbien die folgenden bewaffneten Gruppen:

- Zwei Guerillagruppen - zum einen die so genannten Revolutionären



Streitkräfte Kolumbiens FARC und zum anderen das so genannte Nationale Befreiungsheer ELN.

- Es existieren außerdem Paramilitärs, das sind illegale bewaffnete Gruppen der Rechten, und es sind Verbrecherbanden aktiv, die sich in den Armenvierteln der großen Städte gebildet haben, vor allem als Folge des Drogenhandels. Und für Red Juvenil gibt es zwei andere bewaffnete Akteure, die besonders stark die Rechte von Jugendlichen verletzen: Die Armee und die Polizei.

Aus der Sicht von Red Juvenil verletzen alle Gruppen permanent die Menschenrechte. Wir sind der Meinung, dass der Kampf mit Waffen keinen wirklichen Ausweg aus dem Konflikt darstellt – nicht für die Regierung und auch nicht für die bewaffneten Gruppen am Rande des Gesetzes.

Aber es ist notwendig zu erwähnen, dass der Konflikt in Kolumbien eine Geschichte hat und die Gründe und Motive für die Erhebung der bewaffneten Gruppen jeweils verschieden sind.

Abgesehen davon leiden wir seit der Kolonialzeit unter der Einmischung aus dem Ausland.

Der Reichtum befindet sich in den Händen einer kleinen Minderheit

In den ländlichen Gebieten Kolumbiens versuchte die Guerilla Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts eine Landreform zu erreichen, eine bessere Verteilung des Bodens und des Reichtums. Beides ist bisher in den Händen einer kleinen Minderheit.

Bei den Paramilitärs handelt es sich um ein illegales Heer der Rechten. Es hat sich als Antwort auf die Guerilla gebildet. Die Paramilitärs versuchten anfangs vor allem, die ausgedehnten Ländereien der Großgrundbesitzer zu schützen.

Nun ist es wichtig, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass die Pa-

ramilitärs bei den meisten ihrer Aktionen gegen die Zivilbevölkerung vorgehen und nicht gegen die Guerilla oder die Armee kämpfen, wie gegenüber dem Ausland immer behauptet wurde.

Hier ein wichtiges Zitat: William Ospina schreibt am 13. Januar 2008 in der Zeitschrift Cromos unter dem Titel "Die Paradoxien des nicht existierenden Konflikts": "Die Regierung, erleuchtet durch die Weisheit von José Obdulio Gaviria (eines Präsidentenberaters) hält daran fest, dass es in Kolumbien keinen bewaffneten Konflikt gibt, sondern nur die Verfolgung von Terroristenbanden mit der Waffengewalt des Staates".

Die Zivilbevölkerung ist immer das erste Opfer der Kämpfe

Mit dem Drogenhandel, von dem Sie bestimmt schon gehört haben, sind seit Beginn der 90er Jahre sehr viele Verbrecherbanden entstanden, vor allem in den Städten. Diese Banden versorgen Jugendliche mit Waffen und bilden sie im Umgang mit diesen Waffen aus.

Im Krieg in Kolumbien, den all die genannten Gruppen führen, war immer die Zivilbevölkerung das erste Opfer. Und sie ist es noch. Das gilt für die ländlichen Gebiete, wo die meisten Kämpfe stattfinden und wo viele Menschen vertrieben werden oder einfach verschwinden.

Das gilt aber auch für die Städte, in denen vor allem Jugendliche täglich von den Rekrutierungsaktionen der Armee und der Paramilitärs betroffen sind. Die Jugendlichen leiden auch unter dem Mangel an Bildung. Für viele gibt es keinen Zugang zu den Schulen und den Universitäten. Es gibt außerdem zu wenig Wohnungen, viele Menschen in Kolumbien haben kein Dach über dem Kopf. Viele haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung und viele hungern.

Die Mehrheit der Menschen, die in Medellín leben, sind Vertriebene vom Land. Sie sind konfrontiert mit einer feindlichen Stadt, die sie nicht

als Bürger anerkennt.

Wir von Red Juvenil sind der Meinung, dass der bewaffnete Konflikt in Kolumbien entstanden ist und weiter besteht, weil die Regierung und die Klasse der Besitzenden sich weigern, für eine gerechte Verteilung der Reichtümer des Landes zu sorgen.

Armee und Paramilitärs schützen die Interessen ausländischer Firmen

Außerdem gibt es in Kolumbien seit der Kolonialzeit ausländische Firmen, die die natürlichen Reichtümer des Landes ausbeuten. Diese Firmen werden heute von der Armee und den Paramilitärs geschützt, und zusätzlich von Soldaten aus den USA. Von den US-Soldaten bekommen die kolumbianischen Militärs auch viele Informationen.

Im Moment ist man in Kolumbien dabei, insgesamt sieben US-Basen in allen Teilen des Landes aufzubauen. Aus unserer Sicht sollen diese US-Basen dazu dienen, in Staaten wie Venezuela, Ecuador und Bolivien zu intervenieren. Dort waren die USA in der Vergangenheit präsent, aber sie haben ihren Einfluss, sie haben ihre wirtschaftliche, politische und militärische Führungsrolle inzwischen verloren. Und Kolumbien ist heute das offene Tor für neue Interventionen der USA in Lateinamerika.

Wir von Red Juvenil werfen einige Fragen auf, wenn es darum geht, wie die Entmilitarisierung Kolumbiens zu erreichen ist. Es handelt sich um Fragen, die wir uns als Bewegung stellen vor dem Hintergrund der grausamen Realität, in der wir leben.

Notwendig sind Verhandlungen über soziale und politische Fragen

Um von der Entmilitarisierung in Kolumbien zu sprechen, müssten wir zuerst wieder Verhandlungen auf die öffentliche Tagesordnung setzen, bei denen es um soziale und politische Fragen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt geht. Aber es müssten wirkliche Verhand-

lungen sein und nicht solche, wie sie Präsident Uribe geführt hat, die keine realen Auswirkungen auf das tägliche Leben derer haben, die in Kolumbien leben.

Die sozialen Bewegungen können nicht ignorieren, dass die gegenwärtig Regierenden weiterhin eine essenzielle Rolle für die Politik von Krieg und Frieden spielen. Und wenn sich in der politischen Sphäre nichts ändert, werden viele der Bemühungen um eine Entmilitarisierung der Alltagswelt bei den Regierenden, die wir leider weiterhin haben werden, keinen Widerhall finden.

Der kolumbianische Konflikt hat ganze Generationen hervorgebracht, die mitten im Krieg geboren wurden. Die Erzeugung von Angst und die Beseitigung von Menschen dienen als Strategien, um Macht und Anerkennung zu erreichen. Die Bevölkerung ganzer Ortschaften ist so dem Willen des einen oder des anderen Akteurs ausgeliefert. Sie leidet, weil dieser Akteur aktiv am Konflikt beteiligt ist - entweder aufgrund politischer Überzeugung oder aufgrund rein finanzieller Interessen.

Die Kriegsparteien finanzieren sich durch den Drogenhandel

Die Vermischung eines sozialen und politischen Konflikts mit der Ökonomie des Drogenhandels hat dazu geführt, dass es ganze Armeen gibt, die dem Höchstbietenden dienlich sind. Diesen stehen bewaffnete Gruppen gegenüber, die noch um die Macht im Land kämpfen, die sich aber ebenfalls durch Drogengeschäfte finanzieren.

Deshalb werden ihre Mittel und Ziele heutzutage von pazifistischen, antimilitaristischen Bewegungen ernsthaft hinterfragt, da sie im Grunde dieselben Strategien einsetzen wie die Unterdrücker: Drohungen, Rekrutierungen, Einflussnahme auf das Alltagsleben der Bewohner der Gebiete, in denen sie sich aufhalten.

Es muss erwähnt werden, dass sich sowohl die Guerillagruppen als auch die Paramilitärs und die Armee mit

Einkünften aus dem Drogenhandel finanzieren.

Der bewaffnete Kampf ist kein vernünftiger Weg

Auch wenn es eine große Auseinandersetzung und natürlich Differenzen zwischen den bewaffneten Akteuren gibt, was die Intentionen und die Vorgehensweise betrifft, so müssen sich die antimilitaristischen Bewegungen über Folgendes im Klaren sein: Wenn man die strukturellen Ursachen

des Konflikts begreift, kann der bewaffnete Aufstand kein Weg für Kolumbien sein. Denn die Konstante ist gerade die, dass alle die eigene Bewaffnung damit rechtfertigen, dass sie sich gegen Angreifer verteidigen müssten.

Die Herausforderung besteht in einem Land wie dem unseren darin, Ideen umzusetzen, damit die Macht nicht mehr delegiert wird, sondern selbst ausgeübt wird. Eine Macht, die darüber hinaus für etwas eingesetzt und nicht über jemand ausgeübt wird, wie das der alten Tradition entspricht.

Es ist unumgänglich, die früheren Interventionen der Vereinigten Staaten in Kolumbien zu untersuchen. Der Aufbau der Militärbasen in den letzten Monaten fordert dies geradezu heraus, darf aber nicht isoliert betrachtet werden. Vielmehr ist dieses Phänomen als eine permanente Rahmenbedingung zu sehen, an die die kolumbianische Politik in den letzten 60 Jahren gebunden gewesen ist.

Red Juvenil – wie Jugendliche Widerstand gegen den Krieg leisten

Red Juvenil entstand in einem Umfeld, das von Militarisierung, Krieg, Hunger, allgemeiner Misere und Armut geprägt ist. Red Juvenil



wurde 1991 in Medellín gegründet, als Arbeitsweise, die es möglich macht, dass sich verschiedene Führungspersonen und Jugendgruppen aus den Armenvierteln der Stadt und des Umlands zusammenschließen. Es ging darum, Gefühle zu teilen und Überlegungen zur konfliktiven sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation auszutauschen, in einer Zeit, in der die Gewalt der Drogenhändler gerade einen Höhepunkt erreichte.

Während der ersten Jahre konzentrierte Red Juvenil sein Handeln auf die Stärkung der Selbstorganisation von Jugendlichen und die Positionierung der Jugendbewegung. Die Jugendlichen sollten kritikfähig werden und es sollte ihnen ermöglicht werden, Alternativen zum bewaffneten Konflikt zu entwerfen, der sich von den Stadtvierteln auf die nationale Ebene und in umgekehrter Richtung ausbreitete.

Hier ist es nun wichtig zu erwähnen, wie die Situation war, als Red Juvenil entstand: Die Jugendlichen waren genötigt, sich permanent zu bewaffnen. Red Juvenil wandelte sich dagegen zur Alternative, die

Jugendlichen konnten andere Dinge tun als sich zu bewaffnen und sich am Krieg zu beteiligen.

Neues Arbeitsfeld: Kriegsdienstverweigerung und Antimilitarismus

Im Zeitraum zwischen 1995 und 1997 entwickelte sich Red Juvenil als eine Organisation von Jugendgruppen, die einen Beitrag zur sozialen Bewegung leisten, und zwar mittels Integration, politischer Bildung und öffentlicher Aktionen. Zur gleichen Zeit begann man auf dem Gebiet der Kriegsdienstverweigerung und des Antimilitarismus zu arbeiten. Und die ganze Organisation verpflichtete sich auf das Prinzip der Gewaltfreiheit.

In den Jahren 1998 bis 2002 beschäftigte man sich bei Red Juvenil mit politischen Überlegungen zur sozialen Bewegung von Jugendlichen. Ebenso wurde das Thema des zivilen Ungehorsams stärker behandelt. Die erste gewaltfreie direkte Aktion gab es im Jahr 2000.

Ende 2003 wurde die Organisationsform der regionalen Netzwerke in den Vierteln aufgegeben. Die Priorität lag jetzt auf der Bildung von Themengruppen oder von Jugendgruppen, die sich mit Ideen zur Transformation des täglichen Lebens und der politischen und sozialen Situation beschäftigen.

Brutale Zwangsrekrutierungen – Die Militärs brechen ständig das Gesetz

Ab 2004 konsolidierten sich die Themengruppen, die sich – ausgehend von ihren lokalen Bezügen – der Transformation des Landes in sozialer, politischer und finanzieller Hinsicht verschrieben. Die Bemühungen um die Verbreitung der Kriegsdienstverweigerung wurden verstärkt, es ging darum, dass sich Menschen in Medellín zu Verweigerern erklären. Und es begannen bedeutende Aktivitäten in Gemeinden im Osten, Nordosten und Westen des Verwaltungsbezirks Antioquia, in dem Medellín liegt. In diesem Bezirk

leiden die Jugendlichen besonders stark unter den Zwangsrekrutierungen des Militärs und paramilitärischer Gruppen.

Wir haben an dieser Stelle anzuprangern, dass das Militär ständig die Rekrutierungs-Gesetze verletzt. Die Militärs postieren sich mit Lastwagen am Ausgang von öffentlichen Parks, vor Kirchen und Konzerthallen. Die jungen Männer, die herauskommen, werden einfach eingefangen, auf die Lastwagen geladen und schon am nächsten Tag sind sie bei der kämpfenden Truppe.

Forderung von Red Juvenil: mehr Geld für Soziales, weniger fürs Militär

Red Juvenil hat auch Verbindungen zu Aktivitäten in ländlichen Gebieten hergestellt und zwar besonders mit Friedensdörfern und Gemeinden, die sich im Widerstand befinden. Man begann damit, das Thema Antimilitarismus mit dem Problem der strukturellen Gewalt und folglich mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell zu verknüpfen. Es wurden Untersuchungen und Bildungsaktivitäten gestartet, bei denen es z.B. darum ging, "Wie beeinflusst das

neoliberale Modell die männlichen und weiblichen Jugendlichen Medellín?" Und es gab Aktionen, die auf die Forderung gerichtet waren: "Mehr soziale Investitionen und weniger Militärausgaben".

In den letzten Jahren hat Red Juvenil erreicht, dass der Diskurs über die kolumbianische Wirklichkeit deutlicher geführt wird. Und Red Juvenil hat die Methode des gewaltfreien Kampfes neu geschaffen als eine Form der Diskussion, des Forderns und der Mobilisierung für eine soziale, ökonomische und politische Transformation des Landes.

Wichtig ist, dass es sich bei Red Juvenil um eine Organisation handelt, die ausschließlich aus Jugendlichen besteht. Jedes Jahr kommen Jugendliche neu zur Organisation.

Heute sind wir eine Organisation, durch die sich verschiedene Gruppen, Kollektive und Jugendverbände artikulieren – ausgehend von unterschiedlichen Themen. Sie haben die Fähigkeit zur Führung und zur Selbststeuerung und sie haben auch Einfluss im lokalen, nationalen und internationalen Bereich.



Cynthia McKinney

Bericht einer politischen Aktivistin aus USA



Cynthia McKinney gewann 1992 für die Demokraten einen Sitz im Repräsentantenhaus und war die erste AfroAmerikanerin, die den Bundesstaat Georgia im USKongress vertrat.

Während der Clinton-Ära folgte sie nicht immer der Parteilinie.

Nach dem 11. September 2001 gehörte sie zu den ersten, die darauf hinwiesen, dass die Administration von Präsident Bush Warnungen ignoriert hatte, und wandte sich gegen die Afghanistan- und Irak-Feldzüge.

Dennoch gewann sie 2004 zum dritten Mal in Folge ihren Sitz im Repräsentantenhaus. Im Jahre 2007 verließ sie die Demokratische Partei, wechselte zu den US-Grünen und bewarb sich 2008 als deren Kandidatin für das Amt der US-Präsidentschaft.

Konsequent arbeitete sie gegen die Finanzierung der aufgeblähten Militär- und Geheimdienst-Haushalte und erhob Anklagen gegen George Bush, Dick Cheney und Condoleezza Rice; sie führte eine Leitlinie gegen Waffenhandel und für ein Rüstungsexport-Verbot an Menschenrechtsverletzer ein.

Sie verfasste Vorschriften zur Beendigung der Verwendung von Waffen mit angereichertem Uran und setzte sich für die Verlängerung von Gesetzen für die Gesundheitsversorgung von Vietnamkriegs-Veteranen ein, die noch immer unter den gesundheitlichen Auswirkungen des Einsatzes des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ litten.

Cynthia McKinney tritt u. a. aktiv für die Menschenrechte der Palästinenser ein und saß dafür sogar schon kurzzeitig in einem israelischen Gefängnis. Sie nahm und nimmt an vielen Friedens- und AntiKriegs-Demonstrationen teil, und engagiert sich mit Leidenschaft nicht nur im ökologischen Bereich, sondern auch im Bereich Gleichstellung von Schwarzen und Weißen.

Negative Entwicklungen

Laut dem neuesten amtlichen Beschäftigungsbericht gingen 85.000 Arbeitsstellen im Monat Dezember 2009 in den USA verloren. Alles, was ich gelesen habe, weist daraufhin, dass es in den Vereinigten Staaten noch viel schlimmer wird, ehe es sich zu bessern beginnt.

Schon jetzt sind die Vereinigten Staaten auf die 7. Stelle der lebenswertesten Länder der Welt gerutscht, hinter Frankreich, Australien, der Schweiz, Deutschland und Neuseeland. Die Stellung der USA in der Welt wird in Zukunft noch weiter rutschen, wenn die gegenwärtigen Tendenzen nicht abgebremst werden.

Die Vereinigten Staaten werden schnell zu einem noch mehr geteilten Land:

- Über 31% der Puertoricaner leben in Armut, was sie zur ärmsten ethnischen Gruppe in den USA macht. Währenddessen geht der Krieg gegen Latinos weiter, mit Schikanen durch die Polizei, Rasterfahndung

nach ethnischen Kriterien [„racial profiling“] und Abschiebungen der „Papierlosen“ wegen Autofahrens - so unglaublich es klingt.

- Ungefähr 166 Prozesse, welche die Gerichten in den USA zur Zeit durchlaufen, zielen auf Palästinenser in den Vereinigten Staaten, die versucht haben, Palästina zu helfen, und sie werden mittels neuer Gesetze angeklagt, welche vor einer Generation noch undenkbar gewesen wären - z.B. das Gesetz über Geheime Beweismittel. Meine Schwester im Geist, Lynne Stewart, eine politisch aktive Rechtsanwältin aus Gewissensgründen, sitzt im Augenblick in einem amerikanischen Gefängnis, weil sie es gewagt hat, einen muslimischen Geistlichen zu vertreten, der mit den USA in Konflikt geraten ist. Was für eine Botschaft wird damit an andere RechtsanwältInnen geschickt, die der Vorstellung verpflichtet sind, dass jedermann zumindest ein gerechtes Verfahren verdient!

Laut der Gruppe „United for a Fair Economy“, deren Arbeit ich sehr schätze, liegt die Arbeitslosenquote unter Schwarzen jetzt bei 14,7 Prozent, verglichen mit 8,7 Prozent unter Weißen. Und im Jahr 2007 hatte für jeden Dollar weißen Wohlstands eine schwarze Familie nur zehn Cent.

Allein durch den Bankenschwindel der „sub-prime“-Hypotheken erleben Schwarze und Latinos zur

Zeit den größten Vermögensverlust in der neueren Geschichte der USA, weil 53% der Schwarzen und 47% der Latinos solche Hypotheken aufgehalst bekamen, gegenüber nur 26% der Weißen. Die habgierige Bankiersklasse befand sich in einem Fressrausch, und fütterte von den Hoffnungen der Schwarzen und Braunen, Teil des „amerikanischen Traums“ zu werden.

Laut einer neueren Untersuchung sind die Schulen in den USA heute mehr nach Rassen getrennt als in den 1950er Jahren. In unserem

mit nicht einmal den geringsten Hilfsmaßnahmen gegen die grundlegenden gesellschaftlichen Ursachen, welche die schulischen Leistungen stark beeinflussen.

Das führt natürlich schön weiter in den gefängnis-industriellen Komplex, der eine sprudelnde Einnahmequelle für diejenigen ist, die ein frei verfügbares Einkommen haben, das sie in den privaten Gefängnissen der USA investieren können, oder für diejenigen, die das Glück haben, ein Unternehmen zu besitzen, das mit den Gefängnissen Verträge

zu müssen, geschweige denn einen Haftbefehl eines echten, amtlichen Tribunals.

So unglaublich es scheint, wurde Weißen, deren Glück in dem Haufen nicht gehaltener politischer Versprechen und entkräftender Staatsschulden der USA im Sinken war, von Interessengruppen-Medien vorgebetet, dass es in Ordnung sei, den „Anderen“ zu hassen. Es gab wenig landesweite Empörung als Pat Robertson sagte, dass man ein Attentat auf Hugo Chavez verüben sollte, und dann, noch später, als dieser Kleriker meinte, dass die Haitianer so viel gelitten haben, weil sie einen Pakt mit dem Teufel geschlossen hätten, um die französische Sklaverei abzuschütteln.

So unglaublich es scheint: Während eine Rekordzahl Schwarzer Lebensmittelnothilfe beantragen, und Farbige nicht nur ihre Häuser, sondern auch ihre Träume verlieren, propagieren FOX News und CNN, dass es jene „Anderen“, jene Farbigen, seien, die für das Ertrinken der weißen Amerikaner verantwortlich sind. Und dazu gehört auch Präsident Obama, um dessen Tod ein Prediger der Südbaptisten zu Gott gebetet hat. Ich frage mich, wer sein Gott ist.

Die Nachrichtensendungen, die von den meisten Menschen in den USA gesehen werden, weigern sich, den Menschen die Wahrheit über die Bedingungen und die Hintergründe von solchen Ungerechtigkeiten und solchem Hass zu erzählen.

Jedoch bilden, laut der Ministerin für Heimatschutz Janet Napolitano, gewisse Weiße auch einen Teil des Problems: Ihr zufolge sind dies sowohl die UmweltschützerInnen als auch diejenigen, die offen eine weiße Vorherrschaft fordern. Aber interessanterweise scheint Hass, der zugunsten von Interessengruppen von Fernsehmoderatoren und dergleichen ausgespielt wird, in Ordnung zu sein, solange sie dem politischen Paradigma der Republikaner und Demokraten verpflichtet bleiben.



ethnisch und kulturell vielfältigsten Bundesland Kalifornien besuchen die Hälfte aller schwarzen und asiatischen SchülerInnen [in der Praxis] sowie ein Viertel der indianischen SchülerInnen und derjenigen lateinamerikanischer Abstammung getrennte Schulen.

Und junge schwarze Mädchen erleben ungewollte Sterilisierungen und andere Komplikationen wegen erzwungener Impfungen mit einem Arzneimittel im Versuchsstadium in jenen Schulen.

1954 befand unser Oberster Gerichtshof, dass die Rassentrennung von Natur aus „ungleich“ bedeute.

Dementsprechend sind Schulen in ärmeren Gebieten äußerst ungleich,

abschließt, um die Insassen für Pfennigstundenlöhne arbeiten zu lassen.

Ja, die Vereinigten Staaten, in denen mehr Leute inhaftiert sind als in irgendeinem anderen Land auf dem Globus, ist zu einem Einbuchungsland geworden – aber nur für bestimmte Menschen. Wenn man verdächtigt wird, als Lateinamerikaner ohne Führerschein Auto zu fahren, kann man angehalten und abgeschoben werden, weil bloß eine Birne im Rücklicht ausgebrannt ist. Aber die Präsidenten George Bush, Bill Clinton, und Barack Obama können den Tod Hundertausender Unschuldiger auf dem ganzen Globus befehlen, und laufen trotzdem frei herum, ohne selbst eine Festnahme durch Privatpersonen befürchten

Die Staatsfeinde Napolitanos, die „Weißen Suprematisten“ und Umweltschützer, haben vor mehr als zwei Generationen jenes angepasste Paradigma verlassen. Und ich glaube, dass alle, die jenes Paradigma aufgeben, und selber zu denken beginnen und dann gemäß ihrer eigenständigen kritischen Analyse politisch handeln, anfangen können, unser Land auf den Weg zur echten Unabhängigkeit von denjenigen Interessengruppen zu bringen, die jeden Aspekt unseres Regierungs-, Rechts- und politischen Apparats übernommen haben und wie ein Parasit unserem Staatswesen die Lebenskraft aussaugten.

Aber das Verlassen der akzeptierten politischen Ordnung bringt uns ins Fadenkreuz derjenigen, deren Stellung und Macht darauf beruhen.

Und weil die Vereinigten Staaten heute eine steuerlose, führungslose, geteilte, auseinanderbrechende Gesellschaft sind, müssen wir jetzt noch mehr als je zuvor das anwenden, was die öffentlichen Schulen in unserem Land schon lange nicht mehr liefern: Kritisches Denken darüber, wo wir als Staatengemeinschaft stehen wollen und wo wir in den USA als Land stehen wollen.

Was tun?

Und damit komme ich zu den echten Gewinnern inmitten dieses gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Die meisten Menschen verbringen viel Zeit damit, sich die Verlierer eines solchen Szenarios anzuschauen – und wir müssen uns um die unschuldigen Opfer sorgen, die den höchsten Preis in den großen politischen Machtspielen unserer Tage zahlen. Aber wir dürfen es nicht vernachlässigen, uns die Zeit zu nehmen, nachzuforschen, wer sich tatsächlich mit dem Diebesgut davon schleicht.

Es gibt echte Gewinner, und es sind diejenigen, die George Bush seine Basis nannte: nämlich die Besitzenden und die noch mehr Besitzenden.

Präsident Obama hat ihnen ungefähr 23,7 Billionen unserer schwerver-

dienten Dollars eilig zugeschoben. Daher muss der eigentliche Zweck unserer politischen Arbeit sein, den Diebstahl eines ganzen Landes unter dem Deckmantel von „Hope“, „Change“, und „Yes We Can“ zu verhindern.

Das ist der einzige Zweck, an dem unsere politische Arbeit jetzt ausgerichtet sein muss.

Es bedeutet also, dass diejenigen von uns, die sich vom „akzeptablen“ politischen Paradigma verabschiedet haben, bereit sein müssen, miteinander zu verkehren und gemeinsame Grundlagen für unsere Arbeit zu finden. Meiner Erfahrung nach verstärken solche Interaktionen zukünftige Möglichkeiten zur positiven politischen Zusammenarbeit.

Eine sorgfältige Lektüre der COINTELPRO-Unterlagen¹ enthüllt, dass die größte Befürchtung in Regierungskreisen war, dass die Interessen der Strippenzieher völlig überwältigt und verschlungen werden könnten. Sie hatten zu jener Zeit der Bürgerrechtsbewegung Angst, dass sich Schwarze und Weiße vereinigen und erfolgreich ein Programm für eine soziale Gerechtigkeit einfordern könnten, die sowohl die Innen- wie auch die Außenpolitik umfasste. Wenn sie damals davor Angst gehabt haben, kann ich Ihnen garantieren, dass sie sich jetzt noch davor fürchten.

Zweitens, die Führung dieser neuen Bewegung darf nicht die Führung sein, die für das Absterben der Wahrheits-,² Gerechtigkeits- und

1 „COINTELPRO“ (Counter Intelligence Program), eine Kampagne des FBI in den sechziger und siebziger Jahren, um linke Parteien, Bürgerrechts-, Friedens- und Frauenbewegungen in den USA zu infiltrieren und zu sabotieren.

2 mit „Wahrheitsbewegung“ ist vor allem die Bewegung gemeint, welche versucht, nach der Widerlegung der regierungsamtlichen Geschichte, die Wahrheit über die Anschläge des 11. September (und über Attentate wie das auf Martin Luther King) ans Licht zu bringen.

Friedensbewegungen innerhalb der Vereinigten Staaten verantwortlich ist.

Sich an die gleichen Leute zu wenden, die das Problem verursacht haben, indem sie ihre öffentlich verkündeten Überzeugungen aufgegeben haben, wird uns nicht der Wahrheit oder dem Frieden näher bringen.

Das bedeutet, dass wir vielleicht unsere Reihen ausdünnen müssen, aber wir werden zumindest wissen, dass diejenigen, die mit uns im Schützengraben liegen, nicht auch mit dem Feind ins Bett gehen.

Und schließlich brauchen wir einen Wählerblock, dem Frieden und der Haushaltsvorrang von Frieden und den Bedürfnissen der Bevölkerung wichtiger sind als irgendein sonstiges Sonderinteresse. Dieser Wählerblock wird keinen Kandidaten unterstützen, der für die Kriegspartei kandidiert. Denn es sollte jedem, dem es um den Frieden geht, völlig klar sein, dass wir nicht von hier bis dorthin, wo wir sein wollen, gelangen können, wenn wir dasselbe machen wie diejenigen, die für dieses Schlamassel verantwortlich sind. Wir müssen etwas anderes machen, um unser Land zurückzugewinnen und unser Land besser zu machen.

Solange wir nicht bereit sind, aus dem Kasten des politischen Konformismus herauszutreten, werden wir weiterhin das bekommen, was wir immer schon bekommen haben.

Kongress-Gerangel

Und jetzt möchte ich fürs Protokoll festhalten, dass ich den Kongress nicht verlassen habe, weil ich wollte, sondern weil die Interessengruppen und die Kriegspartei mich da los werden wollten.

Was habe ich denn wohl gemacht, um ihren Zorn zu erwecken?

Nun, in den zwölf Jahren, in denen ich Kongressabgeordnete war, habe ich:

1. eine Klageschrift zur Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens ge-

gen George Bush, Dick Cheney, und Condolezza Rice eingereicht;

2. gegen jede Geldbewilligung für das Pentagon gestimmt, da ich es für unanständig hielt, soviel Geld für Krieg auszugeben, während Millionen unserer Kinder jede Nacht hungrig ins Bett gehen;

3. habe ich der Führung der Demokratischen Partei im Kongress getrotzt, indem ich eine Anhörung des Kongresses veranstaltete, welche die Rolle von Rasse und Klasse in der Reaktion der Regierung auf den Orkan Katarina untersuchte. Und ich habe einen Gesetzesentwurf eingebracht, um Polizeikräfte zu bestrafen, welche die hauptsächlich schwarzen BürgerInnen, die vor dem Hochwasser flohen, daran gehindert haben, von New Orleans in die hauptsächlich weißen Vororte überzusetzen.

4. Ich habe ein Gesetz verfasst, um die Einfuhr von Coltan aus der Demokratischen Republik Kongo in die Vereinigten Staaten zu verbieten. Grund dafür sind die entsetzlichen Menschenrechtsverletzungen, die bei seinem Abbau begangen werden.

5. Ich habe als erste Kongressabgeordnete die Regierung Bush über den Angriff des 11. September 2001 auf die USA gefragt, was sie gewusst habe und wann sie es gewusst habe; und ich habe

6. die Delegation des Congressional Black Caucus³ bei der Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 angeführt, dem Boykott des Präsidenten Bush zum Trotz.

Zurzeit bin ich Unterstützerin des B. Russell-Tribunal, das bei der Einreichung einer Klage gegen alle für Kriegsverbrechen in Irak verantwortlichen US-Präsidenten in Spanien mitgearbeitet hat.

Ich nehme an den Bemühungen der Malaysia Peace Organization teil, Krieg zu einem Verbrechen zu er-

klären, ein Kriegsverbrechertribunal zu errichten und politische Führer für ihre Kriege zur Rechenschaft zu ziehen.

Und im Dezember 2008 habe ich nach dem Beginn des Unternehmens „Gegossenes Blei“ versucht, humanitäre Lieferungen an die Menschen in Gaza zu bringen. Das israelische Militär hat unser Schiff gerammt und zerstört.

Im Juni 2009 habe ich versucht, den Kindern Gazas Malkreiden zu bringen, und die Israelis haben unser Schiff gekapert und uns entführt und nach Israel gebracht, wo ich sieben Tage in einem israelischen Gefängnis verbrachte.

Ich mache nun mit persönlichem Einsatz, was ich zuvor mit meinem Amt im Kongress gemacht habe.

Ich habe Washington verlassen, weil die Pro-Israel-Lobby innerhalb der Demokratischen und der Republikanischen Partei mich ins Visier nahm und aus dem Amt drängte. Sie haben mich aus dem Amt gedrängt, weil ich es gewagt habe zu glauben, dass alle Menschen, einschließlich PalästinenserInnen, Menschenrechte haben.

Bei einer Friedenskundgebung im

Jahr 2007 vor dem Pentagon habe ich das getan, wozu ich jetzt eine Million US-amerikanische WählerInnen auch auffordere: Ich habe meine Unabhängigkeit von einer nationalen Führung erklärt, welche mein Land an Kriegsverbrechen, Folter, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden mitschuldig werden ließ.

Präsidentenskandidatur

Ich bin der Grünen Partei beigetreten und kandidierte 2008 für das Amt der Präsidentin der Vereinigten Staaten. Ich bin kreuz und quer durch mein Land gereist, und jetzt reise ich durch die Welt mit einer Botschaft der Wahrheit und Gerechtigkeit und plädiere für Frieden und Würde. Ich habe ungefähr zehn der zwölf Monate des Jahres 2009 im Ausland verbracht.

Aber meine Freunde und UnterstützerInnen sagen mir jetzt, dass es Zeit sei, wieder nach Hause zu kommen. Dass die echt schweren Anstrengungen innerhalb unseres Landes sind. Dass, wenn wir ein besseres Leben für die Menschen in Flüchtlingslagern auf der ganzen Welt wollen, wir die Politik, die aus Washington kommt, ändern müssen.

Mein aller erstes Wahlkampfmo-



³ Eine Organisation schwarzer Kongressabgeordneter (normalerweise aus der Demokratischen Partei)

to lautete „Kämpfer tragen keine Orden, sie tragen Narben“. Und ich habe meine Narben öffentlich in den Augen aller Welt getragen.

Und, ehrlich gesagt, manchmal frage ich mich, ob es der Mühe wert ist. Ich schaue mir den Zustand der Welt an und sage mir, was kann ich überhaupt machen, um das zu verhindern.

Und dann denke ich an die Bevölkerung Gazas, die ich nach dem israelischen Unternehmen „Gegossenes Blei“ gesehen habe. In Gaza habe ich einen unbezwingbaren Geist der Menschheit gesehen. Trotz des Schmerzes, des Mordens, des Tötens, der Vernichtung -- ich habe Leben gesehen. Ich habe Liebe erlebt.

Aber wir müssen nicht nach Gaza fahren, um Ermutigung zur Fortführung des Kampfes zu gewinnen. Wenn wir es nur wagen, in die

Augen eines Obdachlosen, der ein warmes Bett sucht, oder in das müde Gesicht einer Mutter, die um 6 Uhr in der Früh in die Arbeit fährt, zu schauen, wenn wir es nur wagen würden, die namenlosen Menschen anzusehen, deren Leben von den politischen Maßnahmen bestimmt wird, die mächtige PolitikerInnen nach Belieben unterstützen oder ignorieren, weiß ich, dass wir inspiriert werden können. Und dabei einen Funken Hoffnung in den Verzweifelten und Hoffnungslosen zünden.

Keiner verdient es, hoffnungslos zu sein.

Also habe ich einen langen Weg zurückgelegt, um bei Ihnen zu sein. Und ich danke Ihnen für die Einladung. Ich möchte auch diese Gelegenheit wahrnehmen, um einen Freund unter den Zuhörern zu begrüßen, der von Afrika bis

hierher gekommen ist, um unter uns zu sein.

Während wir unsere Kundgebung gegen die Eskalation des Krieges im Afghanistan vor dem Weißen Haus organisiert haben, hat mich einer meiner Unterstützer an meinen eigenen Spruch erinnert: Wir dürfen nie aufgeben, wenn wir im Recht sind.

Der Frieden ist recht, und wir dürfen nie aufgeben.

Danke vielmals dafür, dass Sie mir diese Gelegenheit heute Abend gegeben haben, mit Ihnen zu sein.

Fußnoten 1 - 3: Anmerkungen des Übersetzers





www.friedenskonferenz.info

Bericht aus dem Diskussionsforum

Nach der Begrüßung der ReferentInnen vom gestrigen Abend bittet der Moderator Clemens Ronnefeldt zunächst Michael Henderson um einen kurzen Input zu seinem Thema „Vergebung“.

Michael Henderson:

Das ist jetzt sehr peinlich. Ich hatte nicht mit noch einer Rede gerechnet.



Ich will stattdessen zuerst auf mein jüngstes Buch hinweisen, das gerade in England erschienen ist: „No enemy to

conquer“, auf Deutsch: „Kein Feind zu besiegen“. Für das Vorwort konnte ich den Dalai Lama gewinnen. Eine Dame in meinem Verlag, die das Buch schon gelesen hatte, sagte zu mir: „Das ist eine Vergebung mit Zähnen.“ Ich will damit sagen: Vergebung ist keine sanfte Sache, bei der man für Andere zum Fußabstreifer wird oder bei der der Mörder so ohne eine Strafe davon kommen kann. Vergebung ist viel stärker als das. Ich wollte mit Geschichten zeigen, was Vergebung ist.

Dazu verweise ich auf meine Schilderungen vom gestrigen Abend, wie ich zu dem Konferenzzentrum in Caux in der Schweiz gekommen bin. Nachdem sich dort meine Mutter, eine irische Protestantin, bereit gefunden hatte, mit den irischen Katholiken zusammen zu arbeiten, befasste ich mich intensiv mit dem Thema der Aussöhnung. Ich studierte dieses Phänomen vier Jahre lang. Zum 50. Jahrestag dieses Konferenzzentrums schrieb ich ein Buch über die Geschichten, die sich hier abge-

spielt hatten, und über deren Auswirkungen. Und es wurde klar, dass immer wieder der entscheidende Faktor die Vergebung war. Das Buch heißt „The Forgiveness Factor“.

In diesem wie auch in späteren Büchern beschreibe ich einfach, wie die Geschichten abgelaufen sind. Gestern Abend erwähnte ich schon, was sich in Nordirland, in Südafrika und in Nigeria abgespielt hat.

Mir ist es sehr wichtig, dass wir mehr wissen über diese Möglichkeit der Entfeindung durch Vergebung. Dies bedeutet nicht, dass man die Justiz aufgeben muss. Denn jeder Täter muss die Bestrafung für seine Handlung annehmen und erdulden. Aber das schließt die Vergebung nicht aus.

Es folgt der Einstieg von Alejandra Londoño aus Kolumbien.

Alejandra Londoño:

Ich spreche zunächst über “Red Juvenil” (zu deutsch: Jugendnetzwerk) und über den Krieg in Kolumbien. Red Juvenil ist eine Organisation von Jugendlichen, die in der Stadt Medellín ansässig sind. In der Stadt gibt es viele Konflikte, von denen ein großer Teil mit Drogenhandel zu tun hat. Eine Folge ist, dass schon seit langer Zeit Menschen einfach verschwin-



den. Heute gibt es in Medellín nur noch wenige Menschen im Alter von 30 – 40 Jahren. In Red Juvenil haben Jungen und Mädchen heute die Möglichkeit, auf verschiedene Weisen gegen den Krieg aktiv zu werden. Zu unseren Aktivitäten gehören Kriegsdienstverweigerung, das Herausholen von Jugendlichen aus den Militärbataillonen, öffentliche Veranstaltungen zum Thema Militarisierung der Gesellschaft, Informationsveranstaltungen für Jugendliche aus ärmeren Vierteln sowie Bildungsaktivitäten für Indianer- und afroamerikanische Gemeinden und für Bauern. Für uns ist eine internationale Aufmerksamkeit für unsere Projekte in Kolumbien sehr wichtig, weil die Regierung gar nicht reagiert, wenn bestimmte Forderungen nur von Bewohnern im eigenen Land erhoben werden. Wenn unsere Aktionen aber von Personen und Organisationen z.B. in Europa unterstützt werden, dann gewinnen sie an Gewicht.

Wir sind ein Teil einer internationalen Organisation, die in verschiedenen Teilen des Landes präsent ist. Die Unterstützung durch internationale Organisationen ist v.a. für die Kriegsdienstverweigerung in Kolumbien wichtig. Wir hoffen, dass Sie alle bei der Unterstützung unserer Aktionen aktiv werden.

Clemens Ronnefeldt ergänzt: Kürzlich berichtete die Süddeutsche Zeitung in einer kleinen Notiz, dass in Kolumbien erst vor wenigen Tagen ein Massengrab mit 2 000 Toten

gefunden worden sei. Davon seien alle in den letzten 5 Jahren ermordet worden. Eine solche Nachricht beherrscht nicht die großen Schlagzeilen, aber sie zeigt die Gewalttätigkeit in diesem Land.

Clemens Ronnefeldt bittet nun Cynthia McKinney aus den USA um ihr Statement.

Cynthia McKinney:

Ich habe in meiner eigenen politischen Karriere erlebt, was Michael



Henderson angesprochen hat. Als ich mich das erste Mal um einen Sitz im Kongress bewarb, war mein Wahlbezirk sehr groß. Er erstreckte sich über einen weiten Streifen von Georgia und den Vororten Atlantas durch ländliche Gebiete, die v.a. von Schwarzen bewohnt sind, dann über Städte wie Augusta und Savannah. Das war der zweitärmste Distrikt in Georgia. Die Schwarzen lebten dort so, als hätte es noch niemals die berühmten Gesetze über die Wahlbeteiligung und die Bürgerrechte der Schwarzen gegeben. Obwohl das der sog. Schwarze Gürtel war mit einer überwiegenden Mehrheit von Schwarzen in vielen Landkreisen, war die führende politische Klasse überwiegend von Weißen dominiert. Hier musste ich Wahlkampf führen. Es gab dort Orte, in denen ich wegen des Ku Klux Klans nicht übernachten konnte. Das wäre zu gefährlich gewesen. Es gab Leute, die mir nicht die Hand geben wollten. Meine Unterstützer in diesem ländlichen Bezirk erlebten, dass man nachts in ihre Häuser schoss. In diesem Gebiet war die Gewalttätigkeit der 50er Jahre noch weit verbreitet, obwohl wir uns im Jahr 1992 befanden. Aber die dortige schwarze Bevöl-

kerung fand es inspirierend, dass ich mich als Schwarze um das Amt einer Kongressabgeordneten bewarb und auf den holprigen Pisten von einem Ort zum anderen fuhr, ihnen die Hand schüttelte und mit ihnen über ihre Probleme sprach. Sie beteiligten sich dann doch alle an der Wahl, und so konnte ich gewinnen und kam in den Kongress. Nach meinem Sieg bei der Wahl gab es allerdings eine heftige Debatte im Wahlbezirk. Die Flut der Stimmen, die in Opposition zu den Weißen stand, schwoll an. Aber ich wollte die Weißen nicht aus der Politik ausschließen. Wir fuhren deshalb durch den ganzen Wahlbezirk und hielten Einheitsempfänge ab. In einer kleinen Ortschaft lud der Bürgermeister sogar Mitglieder des Ku Klux Klans ein und diese kamen. Vier Jahre lang war ich Abgeordnete für diesen Wahlbezirk. Es schien, dass in dieser Zeit von den Weißen eine Bürde abgenommen worden war. Die Leute begannen zusammen zu arbeiten und es gelang ihnen, Fördermittel für bisher niemals realisierbare Projekte zu erhalten. So konnten wir in diesen vier Jahren tatsächlich positive Veränderungen bewirken. Leider war dieses Experiment der Versöhnung nur sehr kurzlebig. Denn eine kleine Gruppe von Leuten, die mit der örtlichen Machtstruktur liiert waren – u.a. auch mit der Anti-Deformations-Leage, einer militanten Gruppierung in den USA – erhob Klage, dass dieser Wahlbezirk nicht rechtmäßig eingerichtet und abgegrenzt worden sei. Diese Klage ging bis zum obersten Gerichtshof und sie haben schließlich gewonnen. Das Ergebnis war, dass der Wahlbezirk aufgelöst und neu eingerichtet wurde.

Meine eigene Erfahrung als eine Schwarze aus dem Süden, aus einem der ehemaligen Rebellenstaaten, war, dass Versöhnung sehr wohl möglich ist, wo man miteinander spricht.

Publikum:

Ein Teilnehmer fragt nach der gestern angesprochenen strukturellen Gewalt in Lateinamerika und nach Gegenentwürfen, die Hoffnung wecken.

Alejandra Londoño:

Bei Red Juvenil betrachten wir nicht nur den Ort der strukturellen Gewalt, sondern auch die ganze Verkettung, die zu diesen Morden führt. Ich nenne einige Momente der strukturellen Gewalt:

Gebiete, die reich an natürlichen Ressourcen sind, befinden sich im Besitz einiger weniger Großgrundbesitzer, d.h. Reichtum konzentriert sich bei einer Minderheit. Deshalb haben auf der anderen Seite die meisten Menschen nur geringe Bildungschancen und kaum einen Zugang zum Gesundheitswesen. Die Folgen sind wachsende Armut und Hunger. In Kolumbien sterben heute noch viele Menschen an Hunger. Deshalb ist es für uns als antimilitaristische Organisation wichtig deutlich zu machen, dass bei uns die Gewalt nicht nur aus Gewehren kommt, sondern dass es viele Möglichkeiten des Mordens gibt.

Ein weiteres Moment der strukturellen Gewalt ist die Ausbeutung der Ressourcen unseres Landes durch multinationale Konzerne und durch andere ausländische Investoren, die den je eigenen nationalen Interessen dienen.

In Kolumbien gibt es viele Realitäten nebeneinander. Wer das Land als Tourist besucht, wird es als sehr schön erleben – und es ist tatsächlich schön. Für die Tourismusindustrie wurden natürlich einige Fleckchen besonders prächtig ausgestaltet. Aber diese Bilder über-tünchen natürlich die tatsächliche Situation in Kolumbien.

Wir glauben, dass das die Gründe für die Gewalt sind, die wir in unserem Land erleben. Und wir wissen: Wenn diese Zustände nicht geändert werden, werden wir kein anderes Kolumbien bekommen. Aber die Menschen in Kolumbien und in Lateinamerika träumen immer noch und haben die Hoffnung nicht aufgegeben, eine Veränderung herbei zu führen.

Der Militarismus in Kolumbien führt heute bei vielen Menschen zu einer Abstumpfung. Andererseits sind

viele bei uns aber auch kriegsmüde und gehen deshalb auf die Straße und demonstrieren. Wir setzen unsere Hoffnung auf die Vision einer Welt, die wir bei Red Juvenil entwickeln. Wir arbeiten mit anderen Organisationen und Personen zusammen, die genau wie wir glauben, dass wir eine Änderung erreichen werden.

Ergänzung von Clemens Ronnefeldt:
Es gibt ein landesweites Netz von Servicio Paz y Justicia und in Deutschland Peace Brigade International, die Menschenrechtsbeobachter nach Kolumbien schicken, welche mit Gewerkschaftern arbeiten, um sie vor der Ermordung zu schützen. Es gibt auch zivile Fachkräfte und -dienste aus Deutschland, die in Kolumbien tätig sind.

Publikum:

Ich erlebe, dass hier in München die jüngere Generation, die sich eher als „Antikriegsbewegung“ bezeichnet, mit dem Begriff und der Lebenseinstellung „Vergebung“ ganz große Probleme hat. Ich möchte gerne wissen, ob diese Vergebungsfähigkeit aufgrund Ihrer Beobachtung eher eine Fähigkeit des Alters und der Lebensreife ist, oder ob Sie auch Beispiele beobachtet haben, bei denen auch ganz junge Menschen diese Vergebungsfähigkeit gelebt haben.

Michael Henderson:

Ich glaube nicht, dass das irgendetwas mit dem Alter zu tun hat. Wie ich bereits gesagt habe, ist der wichtigste Faktor, dass jeder bei sich selbst anfängt. Ich glaube, es kommt auf die Motivation an. Die Leute müssen verstehen können, warum in einer bestimmten Situation die Vergebung eine Hilfe ist. Das ist auch der Grund dafür, weshalb ich alles in Geschichten erzähle und keine Theorien präsentiere. Ich habe erlebt, wie junge und wie alte Menschen vergeben haben. In Nordirland z.B. sind oft die Eltern das Problem, weil sie ihre Kinder mit den alten Einstellungen erziehen. Darum ist es dort so wichtig, den Menschen an Beispielen zu zeigen, wie anders gelebt werden kann.

In Westafrika habe ich junge Menschen unter ganz schrecklichen Le-

bensbedingungen erlebt. Sie haben einander die Arme abgeschnitten oder sogar getötet. Als sie aber eine Vision gesehen haben, was aus ihrem Land werden könnte, haben sie einander vergeben. In Großbritannien habe ich ältere Menschen gesehen, denen es nicht möglich ist, den Japanern Dinge zu vergeben, die im 2. Weltkrieg geschehen sind. Und doch habe ich auch ältere Menschen erlebt, die genau die gleiche Erfahrung gemacht haben und in der Lage sind, zu vergeben. Ich stellte mir die Frage: Woran liegt das? Manchmal liegt es an den Menschen, die um einen herum sind. Da sagt z.B. jemand: „Ja, du hast furchtbar gelitten. Klare Konsequenz: Du solltest nie nach Japan fahren und du solltest auch niemals was Japanisches kaufen.“ Und wieder Andere hören von jemand: „Ja, ich weiß, es war großes Leid. Aber ich habe vergeben. Denke doch mal nach, ob du nicht das Gleiche tun könntest.“ Aber ob ein Mensch jung oder alt ist, die Vergebung ist immer eine schwierige Herausforderung.

Cynthia McKinney:

Ich möchte dem etwas hinzu fügen. Was den Krieg betrifft, muss auch der Gedanke der Gerechtigkeit eine Rolle spielen. Ich weiß gar nicht, wie Vergebung geschehen soll ohne Gerechtigkeit. Nehmen wir das



Beispiel Sierra Leone. Dort wurde eine Gruppe sogenannter Rebellen zu dem Zweck geschaffen, dass die Diamanten aus Sierra Leone gestohlen werden konnten.

Alejandra Londoño:

Ich glaube, dass Vergebung mit dem Alter nichts zu tun hat. Sie hat vielmehr mit Wiedergutmachung und

mit Erinnerung zu tun. In Kolumbien gibt es viele Personen, die Nein zur Vergebung sagen, Nein zur Vergebung staatlicher Verbrechen, bei denen es keine Wiedergutmachung gegeben hat. Ich glaube, dass es bei der Vergebung auf den Kontext ankommt und eben auf den politischen Willen der Herrschenden. Es ist unmöglich zu vergeben, wenn man weiterhin Opfer bleibt. Und genau so ist es in Kolumbien.

Publikum:

Ein Teilnehmer fragt nach der Rolle der Vergebung in einem fort dauernden Krieg, wie z.B. in Afghanistan, der ständig neue Opfer produziert. Müsse da nicht vor der Vergebung erst der Krieg beendet werden?

Michael Henderson:

In seiner Antwort betont Michael Henderson, dass es eine Rolle spiele, ob wir eine Atmosphäre der Vergebung schaffen, z.B. der anderen Seite die Hand entgegenstrecken, so wie das Cynthia beim Wahlkampf in ihrem ersten Wahlkreis tun konnte. Wenn jemand noch voller Hassgefühle ist, wird ihm eine solche Geste sehr schwer fallen. Er sagt: Wir haben hier nur einen Teil der Gleichung, den wir ansehen können. Jeder muss in seinem eigenen Gewissen forschen, ob er Teil davon werden kann. Ich stimme voll der Ansicht zu, dass Gerechtigkeit walten muss und dass Kriminelle bestraft werden müssen. Aber bis das geschieht, müssen wir immer noch miteinander auskommen. Und jeder muss für sich, aber auch zusammen mit den Anderen den besten Weg finden, um nach vorne zu gehen. Ich habe hier kein Rezept dafür, was andere Menschen tun sollen.

Cynthia McKinney:

Ich habe mir für mein eigenes Verhalten eine kleine Regel angewöhnt. Wenn ich jemandem begegne, der Opfer der US-Politik geworden ist, dann entschuldige ich mich gegenüber diesem Menschen. Das tat ich z.B. gegenüber der Frau eines puerto-ricanischen Unabhängigkeitskämpfers, der vom FBI ermordet worden

war, oder gegenüber Palästinensern oder Ureinwohnern von Australien. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die deutsche Bundesregierung sich beim Volk der Hereros für den einmaligen Völkermord durch Deutsche entschuldigt hat. Aber wie Alejandra schon erwähnte, ist auch irgendeine Art der Wiedergutmachung erforderlich. Im Fall der deutschen Regierung ist diese allerdings unterblieben. Was ich für mich selbst jeden Tag tue, ist mein Beitrag dazu, die von meinem Land verursachten Schäden irgendwie zu reparieren.



Publikum:

Eine weitere Frage bezog sich auf die Kriegsdienstverweigerung.

Alejandra Londoño:

In Kolumbien gibt es keine gesetzlich geregelte Kriegsdienstverweigerung. Die 18-jährigen Männer sind zum Kriegsdienst verpflichtet. In der Verfassung gibt es allerdings einen Artikel über die Gewissensfreiheit. Dort heißt es, dass religiöse, ethische, moralische und politische Überzeugungen der Kolumbianer respektiert werden und sie nicht zu Handlungen gegen ihr Gewissen gezwungen werden können. Aber es gibt einen Widerspruch zwischen diesem Artikel und einem Gesetz, in dem steht, dass die jungen Männer den Wehrdienst leisten müssen.

Viele Aktionen von Red Juvenil und anderen Organisationen haben diesen Widerspruch in den kolumbianischen Gesetzen schon thematisiert. In den Jahren 2008 und 2009 haben sich deshalb verschiedene juristische Institutionen und Orga-

nisationen dazu geäußert und zwar im Sinne einer Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer, aber es gibt immer noch keine offizielle Anerkennung für sie.

Die Militärs rekrutieren die jungen Männer oft auch mit Gewalt. Dabei fahren sie mit Lastwagen an Plätzen vor, wo viele Jugendliche zusammenkommen, z.B. vor Schulen, Kirchen und Konzerten, und laden die jungen Männer einfach auf. Dabei werden auch Ausnahmeregeln nicht berücksichtigt, nach denen z.B. Behinderte nicht zum Wehrdienst eingezogen werden dürfen. Gegen diese Zwangsrekrutierung gab es starke Proteste, aber der Staat reagiert bisher nicht darauf. Die Kriegsdienstverweigerer haben es nicht nur mit der offiziellen Armee zu tun, sondern auch mit weiteren vier paramilitärischen Organisationen, die ebenfalls junge Leute rekrutieren.

Wenn ein Jugendlicher auf diese Weise eingezogen worden ist, schicken wir Informationen und Protestschreiben an internationale Stellen mit genauen Angaben über das Bataillon, damit sich Einzelpersonen oder internationale Organisationen zu jedem einzelnen Fall äußern können. Auf diese Weise erreichten wir, dass viele eingezogene Jugendliche wieder aus dem Militärdienst entlassen wurden.

Clemens Ronnefeldt :

1990 hat übrigens das höchste kolumbianische Verfassungsgericht die Kriegsdienstverweigerung als nicht konform mit der Verfassung erklärt, aber am 14. Oktober 2009 diesen Beschluss rückgängig gemacht und gesagt, dass Kriegsdienstverweigerung mit der Verfassung vereinbar sei. Es beauftragte gleichzeitig den Kongress mit einer Neuformulierung der entsprechenden Gesetze, so dass Kriegsdienstverweigerung rechtlich verankert wird.

Alejandra Londoño:

Wir warten allerdings seit 4 Monaten auf dieses neue Gesetz und

fürchten, dass ein starker Widerstand in Politik und Militär seine Realisierung verhindern könnte.

Publikum:

Bei der nächsten Frage an Michael Henderson geht es um die Bitte um Verzeihung auf der Seite derer, die einem anderen Volk Unrecht angetan haben. Er wurde nach seinen Erfahrungen mit der Schlussstrich-Mentalität in Großbritannien und sonst auf der Welt gefragt.

Michael Henderson::

In Großbritannien haben wir die gleichen Probleme wie in Deutschland. Aber für die Menschen, die gelitten haben, ist es so wichtig, dass auf der Täterseite die Vergangenheit gesehen und das Unrecht anerkannt wird. Unser Premierminister wurde z.B. angegriffen, weil er sich bei den Iren entschuldigte. Aber Gespräche mit Iren machten mir deutlich, wie sehr sie es zu schätzen wussten, dass jemand ihr Leiden in der Vergangenheit anerkannt hat. Manchmal muss man auf Gerechtigkeit verzichten um einer größeren Sache willen. Das gab es in Südafrika, aber auch in Irland. (In einer späteren Klarstellung wurde verdeutlicht, dass mit „Gerechtigkeit“ hier Justiz und Rechtsprechung gemeint sind, nicht das Gerechtigkeitsempfinden als hoher Wert.) Wir müssen uns unserer eigenen Vergangenheit immer bewusst sein. Und es wird immer Menschen geben, die sagen: Ach, lasst uns das vergessen, was schon so lange her ist.

Publikum:

Wie können wir zu einer „Vergebung mit Zähnen“ kommen aus der Position der Ohnmacht und Abhängigkeit von der US-Politik heraus?

Michael Henderson:

In unseren Beziehungen zu den USA, aber auch zu anderen Ländern müssen wir darauf achten, wo es möglich ist, Brücken zu bauen, aber auf der Grundlage der Wahrheit. Ich glaube, wir haben keinerlei Anlass, uns kleiner oder auch überlegen zu fühlen.

Publikum:

Ich bin nicht dafür, dass wir, die wir

in Opposition zu den Herrschenden stehen, uns für deren Politik entschuldigen sollen. Das lenkt von der Tatsache ab, dass die Fehler von bestimmten Leuten gemacht und von bestimmten Kräften vorangetrieben werden. Diese Leute glauben, sie hätten Vorteile von einer kriegerischen Politik, z.B. der israelische Außenminister Lieberman. Solche Leute wollen wir doch nicht unterstützen.

Weiter wurde gefragt, ob wir diese Leute überhaupt erreichen können.

Cynthia McKinney:

Ich glaube nicht, dass wir Leute wie Joe Lieberman erreichen müssen. Ich glaube, dass wir dafür arbeiten müssen, dass sie aus dem Amt gejagt werden.

Zu meinem persönlichen Ansatz möchte ich nochmals wiederholen: Ich entschuldige mich bei Leuten, die an negativen Auswirkungen der Politik meines Landes gelitten haben. Und ich erkenne damit die Tatsache dieser schlechten Auswirkungen an. Das Andere ist: Ich kämpfe darum, dass diese Politik geändert wird und dass wir gewisse Verursacher dieser Politik los werden.

Michael Henderson:

Wir müssen auch einfach daran arbeiten, Menschen zu verändern, ihren Wahrnehmungshorizont zu erweitern. Dafür ist auch eine andere Medienpolitik erforderlich. Ich versuche das an einem Beispiel aus Südafrika zu zeigen, das wenig bekannt ist. Es war zu der Zeit, als Nelson Mandela noch im Gefängnis saß. Fast die ganze Welt glaubte, dass das gesamte Kabinett der südafrikanischen Regierung über den ANC mehr oder weniger der gleichen Meinung war, nämlich, dass sie den ANC los werden müssen. Dann ist einigen Beobachtern aufgefallen, dass bei einzelnen Kabinettsmitgliedern diese Ansicht vielleicht doch geändert werden könnte. Was geschah, blieb eine ganz geheime Aktion, die niemals in die Presse kam. Die Beobachter luden solche Kabinettsmitglieder zu geheimen Treffen mit schwarzhäutigen Anführern des ANC

im Ausland ein. Sie trafen sich in Westafrika und in einem Landhaus in England. Es waren auch Tabo Mbeki, der spätere Präsident, und ein Bruder des Premierministers de Klerk dabei. Und es gelang ihnen, die neuen Ideen de Klerk verständlich zu machen. Das führte letztlich zur Freilassung Nelson Mandelas und zur Legalisierung des Afrikanischen Nationalkongresses ANC.

Natürlich, es ist ein Ansatz, Leute wie Lieberman los zu werden. Ein anderer Ansatz ist der darauf hinzuwirken, dass Leute, die wirklich Macht haben, ihre Vorstellungen verändern. Es ist eine harte Arbeit. Aber packen wir 's an!

Michael Henderson, der zum Flughafen muss, will sich noch vor der Pause für seine Einladung bedanken. Bei der Gelegenheit stellt er Nicole Teckemann vor. Sie war bis letztes Jahr die deutsche Präsidentin der „Initiativen für Veränderung“. Derzeit ist sie mit einer sehr wichtigen Arbeit im Kongo beschäftigt. Sie können sie ansprechen zu sehr interessanten Unterlagen über das Zentrum in Caux in der Schweiz (< w.w.w.caux.ch >), von dem ich gestern erzählt habe.

Publikum:

An Alejandra Londoño wird die Frage gestellt, ob es in Kolumbien ein konkretes Beispiel dafür gibt, wie sich bei Verfeindeten durch direkte gewaltfreie Kommunikation ein Stück Umdenken erreichen ließ. Oder sei das zur Zeit völlig unmöglich?

Alejandra Londoño:

Als 17-jährige glaubte ich nicht, dass sich die Welt verändern könnte. Aber heute glaube ich, dass eine Veränderung möglich ist. Red Juvenil macht heute Öffentlichkeitsarbeit in Schulen und Kollegs und in Kampagnen und erreicht, dass sich junge Leute bei uns nach der Kriegsdienstverweigerung erkundigen, von der sie bisher noch nichts gewusst haben. Wir erreichen, dass die Jugendlichen aus den militärischen Organisationen heraus gegangen sind und jetzt ihrerseits die Zustände anprangern und über die Kriegsdienstverweigerung informieren. Wir

wissen heute, dass es möglich ist, die Mentalitäten zu verändern, auch wenn dies von der Regierung stets bestritten wird.

Ich nütze die Gelegenheit, hier eine politische Forderung aufzustellen: Die europäischen Länder und die USA sollen in Kolumbien und in anderen Ländern ihre Präsenz aufgeben. Wir brauchen sie hier nicht. Wir wollen vielmehr autonom unsere eigenen Projekte entwickeln.

Hier folgt noch ein Hinweis auf ein Ereignis im Sommer 2010.

Im Juli veranstaltet Red Juvenil einen „Antimilitaristischen Monat“. In diesen 4 Wochen wird das 200-jährige Bestehen der Unabhängigkeit Kolumbiens gefeiert. Da wir finden, dass wir durchaus noch nicht unabhängig sind, wollen wir in dieser Zeit einige antimilitaristische Aktivitäten starten. Es wird ein antimilitaristisches Festival geben, auf dem z.B. ein großes Konzert mit verschiedenen Gruppen statt findet, die alle antimilitaristische Texte haben. Wir erwarten dazu 4 000 BesucherInnen. Weiter ist ein Treffen lateinamerikanischer und europäischer Künstler geplant. Außerdem werden wir Seminare zur Bildung der Jugendlichen in den einzelnen Stadtvierteln abhalten. Sie hier im Saal sind alle herzlich eingeladen! Ich habe Informationsmaterial in deutscher Sprache für Sie mitgebracht. Darin bitten wir Sie auch um Spenden, die nicht unbedingt groß sein müssen. Sie finden hier auch die Kontoangaben, können Ihre Spende – wenn Sie wollen – aber auch mir persönlich übergeben.

Clemens Ronnefeldt :

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. Seien Sie sehr zärtlich! (PAUSE)

Publikum:

Eine Teilnehmerin spricht von einer Gruppe in München mit dem Namen „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“. Diese sucht den Dialog mit VertreterInnen der Sicherheitskonferenz, um auf diese Weise Einfluss auf deren Mentalität zu nehmen. Im Auftrag dieser Gruppe richtet die Frau die Bitte an alle ReferentInnen der Friedenskon-

ferenz, uns ihre Wünsche, Anregungen und Visionen an die Sicherheitskonferenz, die zur Zeit hier in München tagt, mitzuteilen. Was in der Dokumentation über diese Tagung festgehalten wird, werden die Mitglieder dieser Gruppe weiter leiten.

Alejandra Londoño:

Wir meinen zunächst einmal, dass eine solche Veranstaltung wie die Sicherheitskonferenz gar nicht stattfinden sollte. Aber zu dieser Anfrage will ich betonen: Unsere Völker können die Regierung und die Verwaltung unserer Länder selbst in die Hand nehmen. Wir brauchen zur Regulierung unserer Beziehungen eine solche Konferenz nicht.

Publikum:

Ein Teilnehmer thematisiert die Bildung, die überall zu kurz käme. Er spricht von Bildungslöchern, in die Brandsätze hinein geworfen würden mit der Folge, dass wir viel zu viel Energie auf die Reparaturen nach Konflikten verwenden würden. Er meint, es wäre doch eigentlich genauso wichtig, präventiv für eine politische Bildung für Frieden und gewaltfreie Konfliktbewältigung zu sorgen. Auf die sollten wir unsere Energie verwenden, nicht auf das Löschen von Brandherden.

Alejandra Londoño:

Damit bin ich ganz einverstanden. Ich glaube, dass Bildung und Erziehung sehr wichtig sind. Wenn diese politische Bildung hier stattfindet, werden Jugendliche in Deutschland und in Europa in die Lage versetzt, dass sie mit unseren Jugendlichen Kontakt aufnehmen und sich mit unseren Aktionen von Red Juvenil solidarisieren können. Wenn der Krieg so weit weg ist, orientieren sich viele Jugendliche einfach nur am Konsum. Sie kämpfen nicht für Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung wie die jungen Menschen bei uns, wo Krieg herrscht. Deshalb ist die Bildung gerade so wichtig, damit die Erinnerung an kulturelle Werte erhalten bleibt und damit die Menschen in den Ländern, in denen kein Krieg

herrscht, sich darüber klar werden, wie sie durch ihre eigene Lebensgestaltung – wenn auch passiv – über Krieg oder Frieden in anderen Weltgegenden mitentscheiden.

Cynthia McKinney:

Ich möchte etwas zur Friedenserziehung sagen. Bei genauer Betrachtung sehen wir: Bei uns gibt es die Erziehung zu Krieg, zu Hass, zu Unterdrückung. Wir erleben jeden Tag, dass es in Ordnung ist zu hassen, Gewalt anzuwenden und zu unterdrücken. Es wäre so wichtig, hier mit Friedenserziehung ein Gegengewicht zu schaffen. Selbst die Universitäten, von denen man erwartet, dass sie Bildung und Friedenserziehung anbieten, sind eingebunden in diesen militärisch-industriellen Komplex. Das Friedenserziehungsmodell wäre es wirklich wert, dass man es verfolgt.

Publikum:

Eine Teilnehmerin berichtet davon, wie in ihrer Generation – als sie so alt war wie Alejandra Londoño heute – die Bücher von Paolo Freire verschlungen wurden. Ihre Frage: Spielen nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis von Paolo Freire in der Arbeit von Red Juvenil noch eine Rolle?

Alejandra Londoño:

Paolo Freire ist für uns sehr wichtig. Auf seinen Ideen beruht die Art

der Volksbildung, wie wir sie heute praktizieren. Er hat uns die Möglichkeit des kritischen Denkens vermittelt. Wir studieren seine Schriften und debattieren über sie. Wir erfahren, dass in den Dingen, die wir lesen, nie nur eine einzige Wahrheit steckt. Wir diskutieren seine Positionen zur patriarchalen Kultur. Für die Volksbildung ist er der Pionier, auf dem wir mit unserer Arbeit aufbauen. Auf dem von mir erwähnten Festival im Juli wird auch eine Gruppe mit dem Bildungsmodell von Paolo Freire auftreten.

Publikum:

Eine Teilnehmerin äußert ihre Beglückung darüber, welche kompetente und beseelte Menschen wir hier auf dieser Konferenz als ReferentInnen haben. (großer Applaus) Sie betont die Vielfalt von Aspekten, die zu den einzelnen Themen beleuchtet werden, und ist überzeugt, dass das Erlebte auf unsere Arbeit ausstrahlen wird. Sie spricht auch einen großen Dank an die DolmetscherInnen aus. (erneuter Applaus)

Als Mitglied von attac möchte sie noch einen Gedanken zum Thema Versöhnung ergänzen. Sie meint, zu der Bereitschaft, anderen Menschen zu vergeben, müsse noch eine weitere innere Verwandlung hinzukommen, nämlich der Paradigmenwechsel vom Wettbewerb zur Kooperation.

Alejandra Londoño:

Bei Red Juvenil gehen wir davon aus, dass wir äußere Strukturen nicht ändern können, bevor wir mit den Veränderungen bei uns selbst begonnen haben.

Publikum:

Eine Teilnehmerin bezieht sich auf den friedlichen Umbruch im Ostblock vor 20 Jahren und fragt die Referentinnen nach ihren heutigen Visionen von Frieden und Gerechtigkeit, von einer Welt ohne Krieg, von Verteilungsgerechtigkeit und vom rechten Umgang miteinander. Wie könne man sich für seine Interessen einsetzen im persönlichen und regionalen Umfeld und auf internationaler Ebene.

Cynthia McKinney:

Ich arbeite auch im Web und bin erreichbar unter:



www.runcynthia.org. Sie können dort sehr viel über unsere Themen nachlesen. Es geht z.B. um Wahrheit, Gerechtigkeit oder um den militärisch-industriellen Komplex und die Gefängnisindustrie in den USA. Dort finden Sie unsere Visionen, und die sind sehr umfassend.

Publikum:

Ein Teilnehmer hebt zwei Aspekte hervor, die ihn sehr berührt haben. Das eine sei die Bedeutung von individueller Vergebung – wie Michael Henderson sie uns präsentiert habe – und gleichzeitig der Achtsamkeit in Bezug auf Gerechtigkeit und Veränderung auf struktureller Ebene. Beides ergänze sich und gehöre zusammen. Bei dem zweiten Aspekt gehe es um die Bitte um Vergebung. Was Cynthia McKinney erzählt hat, praktiziere er auch selber, wenn er als Deutscher in ein Land kommt, dem in der NS-Zeit großes Unrecht angetan worden ist, z.B. nach England oder Kroatien. Dass Cynthia McKinney dies nun auch gegenüber Kolumbien getan habe, sei schön und auch eine Klammer, die jetzt entstanden sei.

Ein anderer Teilnehmer benennt die Defizite infolge unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Es gebe keine Kon-

zepte angesichts des Klimawandels, der Zunahme von Hunger und Armut und der enormen Aufrüstung. Er berichtet von einer Veranstaltung mit Christian Felber, die kürzlich im Münchner EineWeltHaus zum Thema Alternative Wirtschaftssysteme stattgefunden hat. Dabei sei es um ein demokratisches Bankwesen gegangen, bei dem die BürgerInnen über die Verwendung ihrer Geldanlagen selber entscheiden könnten.

Cynthia McKinney:

Der frühere britische Premierminister Gordon Brown hat angesichts der Weltwirtschaftskrise sehr richtig gesagt, dass wir am Beginn einer neuen Weltwirtschaftsordnung stehen. Es ist ja inzwischen auch ganz klar, dass sich unsere Wirtschaftsordnung ändern muss. Während meiner Wahlkampagnen in den USA sprach ich auch immer wieder über die Möglichkeiten der BürgerInnen, wie sie ihr eigenes Wirtschaftssystem finanzieren und tragen können. Natürlich haben diejenigen, die einen Wandel gestalten, ihre eigenen Visionen von dem Wirtschaftssystem, das nun geschaffen werden soll. Das gibt uns aber auch die Chance, deutlich zu machen, wie die Wirtschaftsordnung nach unseren Vorstellungen

in Zukunft aussehen soll. Es gibt auch in unserem Land Wirtschaftsexperten, die sich für eine Nationalisierung der Banken einsetzen, damit sich die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen durch Privatisierung nicht wiederholen. Ganz wichtig ist jetzt natürlich, dass sich die Menschen organisieren, um sicher zu stellen, dass die Stimme des Volkes bei der Neuordnung der Wirtschaft auch wirklich gehört wird.

Es ist natürlich richtig, dass wir jetzt an ganz vielen Fronten kämpfen. Aber wir dürfen dennoch nicht vernachlässigen, dass wir uns organisieren, denn nur so erreichen wir, dass wir Einfluss nehmen können auf die Veränderungen in Politik und Gesellschaft.

Auf eine Frage aus dem Publikum nach den notwendigen Strategien für eine politische Veränderung antwortet Cynthia McKinney: Ich sehe die größte Herausforderung für uns darin, dass wir auf Wählerbasis Veränderungen herbei führen. Wir brauchen unbedingt politische Führungskräfte, die unsere Werte teilen und für unsere Werte einstehen und hier keine Kompromisse machen.



Publikum:

Ein Teilnehmer fragt Alejandra Londoño, was in Kolumbien Gerechtigkeit bedeuten würde und was sich dafür ändern müsste.

Alejandra Londoño:

Gerechtigkeit ist für uns ein Fremdwort. Es gibt sie in Kolumbien nicht. Deshalb brauchen wir Prozesse des Erinnerns und der Wiedergutmachung und der Versöhnung. Aber damit das alles geschehen kann, ist es nötig, dass die Elite des Landes den Reichtum auf gerechte Art verteilt. Solange in Kolumbien immer noch Menschen an Hunger sterben, wird die Militarisierung nicht aufhören. Ohne die genannte Voraussetzung wird die Wiedergutmachung kein realer Akt sein und die Gerechtigkeit wird bei uns weiter unbekannt bleiben.

Publikum:

Ein Teilnehmer fragt nach der Position von Red Juvenil zur Gewalt der Guerillabewegung.

Ein anderer Teilnehmer regt an, dass sich die Engagierten in der Münchner Friedensbewegung zusammen tun sollten, um an dem, was wir hier gehört haben, gemeinsam weiter zu arbeiten. Er fragt an, ob uns die Erfahrungen von Red Juvenil in Kolumbien dazu nicht Anstöße geben könnten.

Eine weitere Teilnehmerin fragt Cynthia McKinney nach der politischen Rolle der GRÜNEN in den USA.

Alejandra Londoño:

Zum Verhältnis zur Guerilla sagt sie: Mit Waffengewalt lösen wir unsere Konflikte nicht. Es müssen aber die historischen Wurzeln des Konflikts beachtet werden. Die Paramilitärs und die Guerilleros haben sich ursprünglich aus unterschiedlichen Gründen bewaffnet. In der heutigen Situation verletzen aber alle – die Regierungstruppen, die Paramilitärs und die Guerilleros – ständig die Menschenrechte und alle arbeiten gegen die Bevölkerung. Wir unterstützen die Guerillabewegung in Kolumbien nicht.

Wir prangern sie auch an. Aber für uns ist auch der Kampf gegen politische Lügen wichtig. Für das Ausland erklärt die kolumbianische Regierung nämlich immer, die Guerilla sei das einzige Problem in unserem Land. In der Realität stimmt das aber nicht. Die Guerilla ist nicht das Hauptproblem. Viel gewichtiger sind die strukturellen Probleme, auf die ich bereits hingewiesen habe. Es ist Augenschere, wenn die Regierung die vielen Toten in der Zivilbevölkerung mit dem Verweis auf die Guerilla entschuldigt. Wir bei Red Juvenil sind Anhänger der Gewaltfreiheit. Wir sind Pazifisten und deshalb mit keinem bewaffneten Kampf einverstanden.

Cynthia McKinney:

Die Grüne Partei in den USA ist sehr klein. Aber das hat sie davor bewahrt, dass sie ihre Werte verkauft. Ich hoffe sehr, dass das auch in Zukunft so bleibt. Ich verstehe aber

Ihre Enttäuschung über die GRÜNEN in Deutschland, als diese ihre Position zugunsten des Krieges aufgegeben haben. Es mag Sie vielleicht beruhigen, dass ich im Gespräch mit Ihrem grünen Bürgermeister diese Themen angesprochen habe. Ich habe ihm bei den schönen Themen wie Energiepolitik und Klimawandel durchaus gesagt, dass Krieg so ziemlich das Schlimmste ist für Energiepolitik und Klimaschutz. (Applaus)

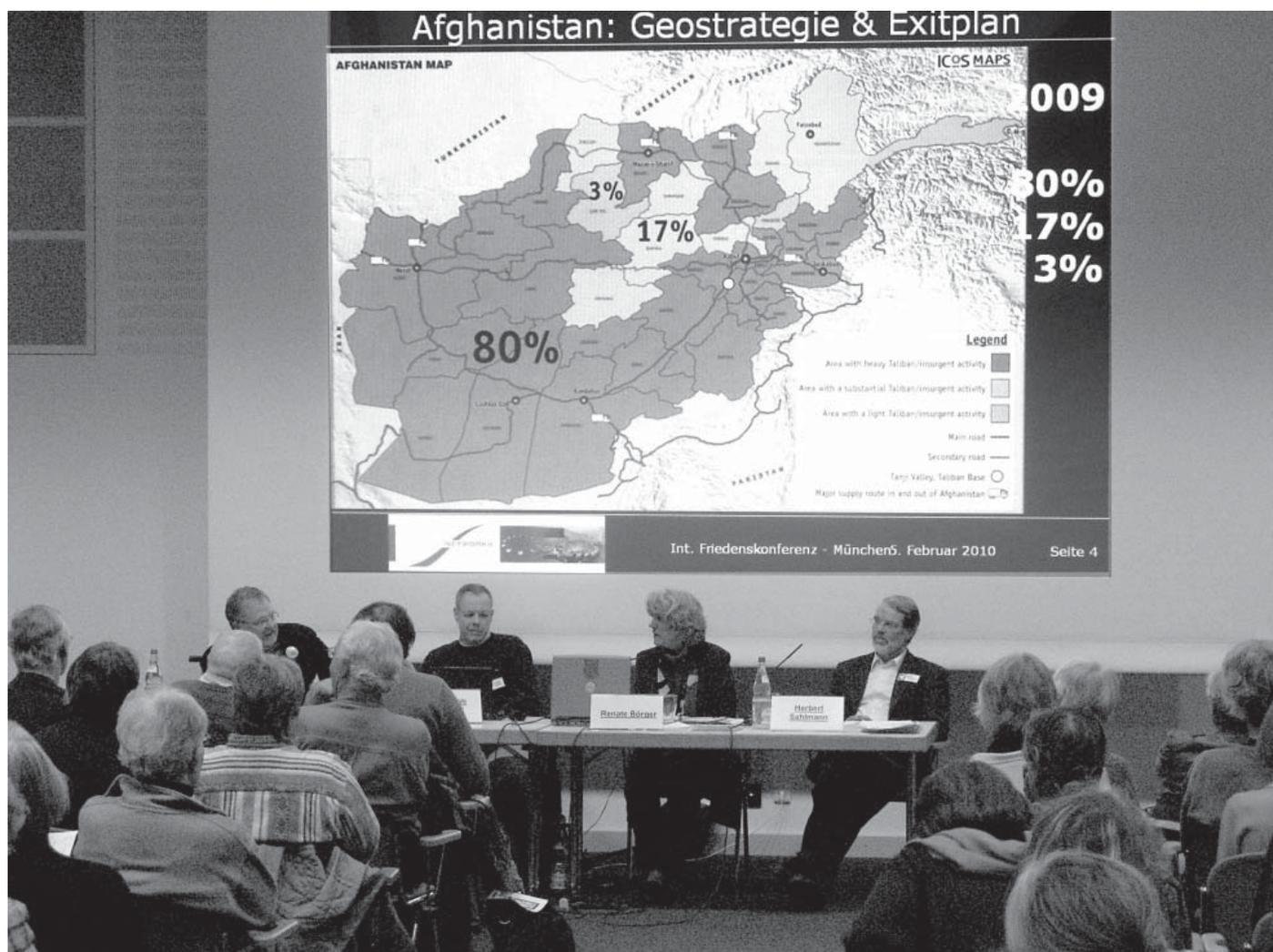
Clemens Ronnefeldt :

Als Moderator dankt er zum Schluss den beiden Referentinnen ganz herzlich für die Geduld und die präzise Beantwortung so vieler Fragen. (Michael Henderson musste sich schon vor der Pause verabschieden.) Er dankt den ÜbersetzerInnen, die an den zwei Tagen einen sehr anstrengenden Job mit großer Bravour gemacht haben. Er dankt dem Hausherrn des DGB-Hauses, den Veranstaltern und last but not least dem Publikum.



Diskussionsveranstaltung „Aktuelle Runde“

Afghanistan - Wege aus der Sackgasse



Begrüßung: Thomas Rödl

am Podium: Jürgen Rose, Christoph Hörstel, Herbert Sahlmann

Moderation: Renate Börger

Renate Börger

dankt für das doppelte Engagement vieler Anwesender: Sie gehen seit Jahren gegen den Krieg auf die Straße und setzen sich jetzt mit Konzepten auseinander, wie man aus diesem Krieg wieder herauskommt.

Einstimmung: Jürgen Rose zeigt Fotos einer amerikanischen Reporterin aus

einem Krankenhaus in Kandahar, die zeigen, was die NATO dort anrichtet.

Außerdem wird eine Karte aus dem Atlas der Globalisierung gezeigt, um auch die geostrategische Lage klar zu machen, die für diesen Krieg so bedeutsam ist.

Einschätzung des Konflikts

Herbert Sahlmann:

Die Frage ist, was passiert, wenn die Truppen abziehen und welche Konflikte gibt es?

Es gibt politische Konflikte, es gibt ethnische Konflikte, es gibt ökonomische

konflikte, soziale Konflikte und auch religiöse Konflikte.

Afghanistan ist ein großes Land, wie Sie auf der Karte sehen, mehrfach so groß wie Deutschland.

Afghanistan ist, wie Sie ebenfalls auf der Karte sehen, von einer ganzen Reihe unterschiedlicher Ethnien bewohnt und zwischen diesen Ethnien gibt es Machtkämpfe. Es gibt Spannungen zwischen den Stämmen. Afghanistan ist ein Land, in dem die Stämme immer noch das beherrschende politische Element sind.

Es gibt Spannungen zwischen den

Stämmen und der in Kabul eingesetzten Regierung, es gibt keine Machtbalance zwischen der Zentralregierung in Kabul und den Stämmen im Lande. Es gibt politische Konflikte zwischen Kriegsherren, Drogenbaronen, traditionellen Stammesführern, es gibt inzwischen auch Konflikte wegen des Landes: Zurückkehrende Flüchtlinge werden nicht mehr auf ihr Land gelassen.

Es gibt aber auch – und das ist sehr stark militärisch orientiert – den Konflikt zwischen westlicher Zivilisation und afghanisch – islamischer Tradition.

Und der Westen wird sehr stark repräsentiert durch die NATO und den Einsatz des Militärs.

Ethnische Konflikte: Rivalitäten zwischen einzelnen Stämmen und den Paschtunen, die sich als ehemalige Herrscherschicht nicht angemessen an der Macht beteiligt und – schlimmer noch – diskriminiert fühlen.

Auf Rückfrage von Renate Börger: Die Paschtunen haben das Königshaus gestellt und Paschtu war die Sprache, die von vielen gesprochen wurde. Heute ist Paschtu keine Amtssprache mehr; die Dokumente werden in Dari, das ist die Verkehrssprache, verfasst.

Es gibt ökonomische Konflikte zwischen den Großgrundbesitzern als Realkreditgeber und den Kleinbauern und Landlosen. Auch zwischen den städtischen Basarhändlern und der ländlichen Bevölkerung über Ressourcen. Es gibt soziale Konflikte, Genderkonflikte aufgrund der geänderten Frauenrolle in Afghanistan, die sich sehr rasch mit der hereinkommenden Kommunikation entwickelt hat.

Es gibt Generationenkonflikte zwischen der jungen IT- Generation, die freier leben will, und den elterlichen Analphabeten.

Es gibt auch Arm – Reich – Gegensätze, die immer stärker das Land prägen.

Nachfrage von Renate Börger: Großgrundbesitzer als Realkreditgeber?

Bei einer schlechten Ernte können die Kleinbauern vielfach kein neues Saatgut und keinen Dünger kaufen und bekommen diese Produkte vom Großgrundbesitzer. Nach einigen schlechten Jahren sind die Kleinbauern so verschuldet, dass sie ihr Land an die Großgrundbesitzer verlieren.

Renate Börger: Das heißt, das Land ist mehrheitlich in der Hand von Großgrundbesitzern?

Herbert Sahlmann:

Man kann das nicht für das ganze Land sagen. Wir müssen sehen, dass Afghanistan sehr unterschiedlich strukturiert ist.

Christoph Hörstel:

2 Dinge: Etwas Geostrategisches und etwas zur Exit- Strategie. Viele Politiker und Militärs reden mit den Taliban, nur die Deutschen nicht. Wir betreiben eindeutig die Einkreisung Irans und Chinas. Das habe ich den Soldaten ganz offen gesagt. Wir sehen hier links, also westlich den Iran. Und noch etwas weiter links ist der Irak. Wir stehen schon am Persischen Golf mit mindestens drei Flugzeugträgergruppen. So was nenne ich eine gelungene Einkreisung. Und wenn man den Iran ein bisschen in die Socken pieken möchte, weil man an sein Öl und Gas möchte, dann ist es ganz wichtig, dass man mehr Truppen nach Afghanistan schickt. Sonst wird der Druck nicht glaubwürdig. Wir dämmen dabei auch Russland ein, denn Iran und Russland haben rund 50% des weltweiten Gasvorkommens und rund 20% des Öls.

Und dann geht es um die Eindämmung des nichtautorisierten Drogenhandels. Ich fragte die Soldaten: „Was ist denn der autorisierte Drogenhandel?“ „Das ist der Drogenhandel für medizinische Zwecke.“ Dann sage ich: „Sie sind der nette Mann des Tages. Denn der autorisierte Drogenhandel ist der mit CIA-Lizenz.“ Das können Sie nachlesen in dem bei 2001 erschienenen Buch von Alfred Mc Coy.

Und jetzt kommen die Bundeswehrcarten zu den Pipelines. Hier sind die Ölpipelines. Und dann sehen wir,

die gehen an der iranischen Grenze entlang, durch Afghanistan durch, runter nach Pakistan. Genauso das Gas. Nur das macht in Afghanistan einen Knick und soll hinüber nach Indien gehen. Was ist der Traum? Die Amerikaner bauen die Pipelines, haben die Hand am Hahn und das Ganze wird natürlich in Dollars abgerechnet. Das nennt man die strategische Beherrschung von Energie- und Rohstoff – Flüssen. Und nur darum geht es in dieser Region.

Und dass Herr Struck für seine SPD – Fraktion jedes Jahr kurz vor der Abstimmung im Bundestag eine Dame einfliegen ließ, die dann weinen musste, weil sie nach dem Abzug der Bundeswehr in Vollverschleierung weiterleben muss, das ist eine Absicht, die man inzwischen bemerkt hat.

Die Pipelinepläne sind inzwischen auf Eis gelegt. Was aber nicht auf Eis gelegt ist, das ist das amerikanische Wirken gegen eine Pipeline. Das ist die Pipeline, die wir hier unten sehen. Das nennt sich IPI (Iran – Pakistan – Indien). Worum geht es? Iran liefert das Gas, das geht durch Pakistan durch nach Indien. Auf der Landkarte können wir sehen, dass man diese Pipeline bis nach China verlinken könnte. Und darum geht es tatsächlich: Man möchte unbedingt verhindern, dass das Riesenreich China an die iranischen Rohstoffressourcen kommt. Das ist der wahre Grund, warum unsere Jungs in Afghanistan sterben.

Renate Börger: Ja, das war wirklich sehr kurz und prägnant. Jürgen Rose, bitte.

Jürgen Rose:

Was wir in Afghanistan beobachten können, ist ein Guerillakrieg und ein Kolonialkrieg. Ein Guerillakrieg der Paschtunen insbesondere gegen westliche Besatzungstruppen. Herr Sahlmann hat es schon gesagt, die Paschtunen sind als eigentlich tragendes Staatsvolk gegenwärtig mehr oder weniger ausgeschlossen vom politischen Geschehen. Sie sind auch nicht repräsentativ an der Regierung beteiligt. Hamid Karsai ist zwar Paschtune, aber er ist bei seinen

Leuten so beliebt, dass er sich von einer ausländischen Söldnertruppe beschützen lassen muss, sonst würde er wie anno dazumal Nadschibullah umgehend am nächsten Laternenmasten auf dem Marktplatz in Kabul aufgeknüpft werden.

Die Paschtunen wollen ihre Interessen und ihre politischen Rechte dort durchsetzen, und zwar auch mit gewaltsamen Methoden.

Gleichzeitig führt der Westen dort einen Kolonialkrieg gegen diese Freiheitsbestrebungen und nationalen Interessen des paschtunischen Volkes.

Unterhalb dieser Ebene findet ein innerafghanischer Bürgerkrieg statt. Das wird überdeckt durch die Auseinandersetzungen zwischen den internationalen Besatzungstruppen und den Afghanen. Es ist ja immer so pauschal die Rede von den „radikalislamischen“ – dieses Attribut muss immer dabei sein – Taliban. Diese pauschale Bezeichnung trifft den Kern nicht. Es gibt unterschiedliche Ethnien – Christoph Hörstel hat schon darauf hingewiesen. Es gibt Tadschiken, es gibt Hazara, es gibt Usbeken und eben Paschtunen. Die liegen untereinander im Konflikt und was eben auch stattfindet, ist eine Instrumentalisierung der ausländischen Truppen für jeweils eigene Zwecke. Wenn wir z.B. auf Kundus blicken, auf das Bombenmassaker dort, können wir getrost davon ausgehen, dass jener Gewährsmann, der in dieser Nacht angeblich siebenmal mit dem deutschen Gefechtsstand telefoniert und jedes Mal klargestellt hat, es seien keine Zivilisten um die Tankwagen herum, das war wohl kein Paschtune. Das war vielleicht ein Tadschike oder ein Usbeke oder ein Hazara, aber sicherlich nicht einer der Paschtunen.

Renate Börger: Können Sie noch klären, wie das Verhältnis der Taliban zu den Paschtunen ist?

Jürgen Rose:

Die Taliban rekrutieren sich mehrheitlich aus den Paschtunen. Die Paschtunen leben mehrheitlich im Süden und Osten Afghanistans und

auch in der Gegend von Kundus. Sie stellen etwa 50% der dortigen Bevölkerung. Und die Paschtunen leben diesseits und jenseits der auch völkerrechtlich ungeklärten Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Es gibt auch Leute, die sprechen von „Paschtunistan“.

Was dann weiterhin stattfindet, ist „Terrormanagement“. Ich habe noch ein anderes Schlagwort mitgebracht und zwar von Jürgen Todenhöfer. Jürgen Todenhöfer ist ja nicht gerade als linksradikaler Barrikadenkämpfer bekannt. Aber als jemand, der seit Jahrzehnten intensiv die islamische Welt bereist, und er war im letzten Jahr in Afghanistan und sprach da mit einem Kommandeur der Taliban, dem Mullah Nasrad. Er schrieb darüber eine Reportage „Aus dem Land der Taliban“ und zitiert dabei Mullah Nasrad: ...Die dritte Gruppe seien die von den USA finanzierten „amerikanischen Taliban“. Die Amerikaner hätten systematisch junge arbeitslose Afghanen gekauft. Diese mischten sich dann unter die afghanischen und die wasiristanischen Taliban sowie unter die einfachen Leute. Sie hätten den Auftrag, sich als Taliban auszugeben, diese auszuspähen und mit mörderischen Anschlägen gegen Zivilisten den USA den Vorwand zu liefern, in Afghanistan zu bleiben.“ Das markiert ein Stück der Realität, die in Afghanistan stattfindet, eben Terrormanagement. Es ist kein Krieg gegen den Terror und gegen den Terrorismus, sondern es ist ein Terrorkrieg, der dort stattfindet - maßgeblich gesteuert von den Amerikanern.

Was sind die deutschen Interessen? Da greife ich auf mein Buch zurück, da können Sie's auch nachlesen („Ernstfall Angriffskrieg“): „Aus deutscher Sicht ist nach wie vor eine erfolgreiche und erfolgversprechende politische und militärische Strategie für das Abenteuer am Hindukusch nicht erkennbar. Der sicherheitspolitische Analyst und bekennende Transatlantiker Lothar Rühl unternahm im Jahr 2007 in der Zeitschrift ‚Strategie und Technik‘ den Versuch einer Definition der strategischen Interessen Deutschlands am

Hindukusch: Nach der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 werden die nationalen Interessen euro - atlantisch definiert. Ein Bruch mit den USA und der NATO würde dieser Staatsräson widersprechen. Die Ausweitung des deutschen Engagements in Afghanistan ist auch als eine politische Kompensation für die Nicht – Beteiligung im Irak anzusehen. Wobei – in Klammern gesagt – schon die Nichtbeteiligung im Irak ein Mythos ist.

Die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik muss sich in Afghanistan beweisen. Das deutsche außenpolitische Interesse an einer hervorgehobenen internationalen Rolle schließt militärisches Engagement mit ein.

Das wird jetzt besonders interessant: Um einen reibungslosen Welthandel und die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, sind maritime Kapazitäten und schnell bewegliche Flottenpräsenz im Mittelmeer, in der arabischen See, im Persischen Golf und im Indischen Ozean besonders wichtig. Die EU-Staaten können diese nicht allein herstellen und dauernd einsatzbereit halten. Maritime Sicherheit setzt die Verbindung zu den USA, zu den US-See-Streitkräften in der NATO voraus. Die alliierten Seestreitkräfte in der NATO sind im deutschen Interesse unersetzlich. Damit sind der Erfolg der NATO in Afghanistan und der Bestand der Allianz ein deutsches strategisches Interesse.

Die Lage in Afghanistan hat sich seit Beginn des Einsatzes so weit verschlechtert, dass die NATO nicht einfach einen Schlussstrich ziehen und das Feld räumen kann, ohne eine Katastrophe zu hinterlassen. Deshalb seien mehr Bodentruppen für verstärkte Präsenz und vermehrten Einsatz erforderlich. Auf den Punkt gebracht folgt daraus: Die Mission am Hindukusch wird zum Prüfstein des nordatlantischen Bündnisses erklärt. Bündnisräson dient als Ersatz für mangelnden sicherheitspolitischen Verstand.

Die deutschen Soldaten sterben und töten für das Bündnis mit

den USA, für den Fortbestand der NATO und für mehr politisches Gewicht Deutschlands auf der Weltbühne.“ (Aus „Ernstfall Angriffskrieg“ von Jürgen Rose, S.108)

Noch ein paar Worte zu der Frage: Wie sieht die Lage heute aus? Der von mir erwähnte Lothar Rühl hatte am 21. Januar 2010 in der FAZ einen sehr interessanten und aufschlussreichen Beitrag mit dem Titel „Ohne gute Optionen – die Schwierigkeiten einer Konfliktbeendigung in Afghanistan“. Dort stellt er fest: „Der strategische Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan in den nächsten Jahren ist unvermeidlich“. Und Helmut Schmidt, auch nicht gerade als Fundamentalpazifist bekannt, schreibt

Verhältnis bestehen bleiben müssen, wenn er sagt: „Deutschland darf sich nicht einseitig zurückziehen, nur im Bund mit den Amerikanern darf das der Fall sein.“ Alles andere wäre sozusagen ein deutscher Sonderweg. Warum das dann möglich ist für die NATO-Partner Holland und Kanada, Sonderwege zu beschreiten, bleibt mir schleierhaft. Man muss eben diese heilige Kuh der NATO schlachten, wenn man aus Afghanistan raus will.

Renate Börger: Erwähnen möchte ich noch, dass die deutsche Rüstungsindustrie in Afghanistan sehr gut verdient und es dort offenbar so etwas wie eine Rüstungs- und Waffenschau gibt. Wenn man die Liste der Konzerne, die in diesem Raum und auch in Pakistan Geschäfte machen, liest, wird einem

Sauberes Wasser hat fast keiner und die Lebensmittelpreise haben sich seit 2007 verdreifacht.

Jetzt haben wir das Spektrum eröffnet. Wir haben von Ihnen die Folgen des Krieges innerhalb des Landes gehört, die mit fast bürgerkriegsartigen Zuständen im Land einhergehen, und dieses Land hat seit so vielen Jahrzehnten keinen Frieden erlebt, nur Not, Elend und Streit. Wir haben von den geostrategischen Interessen gehört, die uns in der Friedensbewegung am meisten beschäftigen, weil wir darin das große Problem sehen. Wir haben gesagt, das ist der Hauptgrund des Krieges. Und wir haben gehört von den Interessen der NATO, die sich dort als Welt-herrschafts- und Durchsetzungsmacht behaupten will und an der die Bundeswehr und die deutschen Interessen mit dranhängen.

Und wir versuchen jetzt, mit diesen ganz verschiedenen Verhandlungsgruppen, um die es geht, also den Menschen vor Ort mit ihren ganz eigenen Überlebensproblemen, ihren ganz eigenen Problemen von Identität, mit der NATO in der Region, die uns vor allem als geostrategische Region beschäftigt, einen Friedensplan zu entwerfen.

Wie Frieden machen?

Christoph Hörstel:

Wir müssen ja, wenn wir Frieden machen wollen, sagen: Was für ein Frieden soll es sein? Das muss ja etwas Nachhaltiges sein, wenn wir wirklich ernsthaft und ehrlich anfangen wollen. Etwas, das bleibt, wenn wir uns zurückgezogen haben. Eine Ordnung und geheilte Wunden, die wir hinterlassen. Ich habe mal aufgeschrieben, was dafür notwendig ist: Respekt bei allen, Begeisterung bei den meisten und selbstlose Mithilfe bei einigen Führungskräften.

Die Afghanen müssen wir erreichen, wenn irgend etwas Stabilität haben soll, was wir da hinterlassen. Und wie geht das wohl? Was würden Sie meinen? Noch ein paar Bomben drauf schmeißen? Oder wollen wir es doch versuchen mit uneigennütziger Hilfe zum Wohl Afghanistans? Afghanen haben in den 30 Jahre



letzte Woche in der ZEIT ganz groß: „Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen.“ Er sagt aber dazu - und das markiert vielleicht das Dilemma, das wir im Folgenden diskutieren können - „Ich muss vermuten, dass sich der Westen nur unter großen Verlusten in der Zivilbevölkerung, an Soldaten, Verlust an Ansehen, an politischem Prestige aus Afghanistan herauswur-steln kann. Wenn überhaupt.“

Das heißt, auch er stellt zwar fest, der Krieg ist nicht zu gewinnen, hat aber keine Lösung, wie man ihn vernünftig beenden kann, weil er eben daran festhält, dass diese NATO und das transatlantische

ganz anders. Da haben wir die EADS, die Kieler Werft HDW und natürlich auch das G3-Gewehr von Heckler & Koch., das man bei den pakistanischen Kämpfern im Fernsehen immer sieht. Und natürlich die U-Boote und die Drohnen und die Ausbildung deutscher Soldaten an den Drohnen, was zur Zeit gerade in Israel passiert.

Ich möchte auch noch Zahlen nennen, die wir neulich von Matin Baraki gehört haben, der hier einen Vortrag gehalten hat: Nur 6% der Afghanen haben Strom, das durchschnittliche Lebensalter ist auf 42 Jahre gesunken, die Alphabetisierungsrate von 28 % auf 23 %, um nur einige Dinge zu nennen.



Krieg ihre Erfahrungen gemacht und merken sehr schnell, wer ihnen wirklich helfen will und wer nicht. Wir, die NATO, lügen. Seit acht Jahren. Wir lügen die Leute einfach an. Auch die eigene Bevölkerung. Die Regierungen lügen ihre eigene Bevölkerung an.

Kriterien für einen nachhaltigen Frieden: Der kann nur entstehen im Spannungsfeld sozialer Stakeholder-Gruppen. Da gibt es Stämme, politische Führungszirkel, lokale Machthaber, traditionelle Werte, Islam, Rangfolgen, Vorgehensweisen.

Und eines ist ganz klar: Frieden in Afghanistan kann nur aus den Regionen entstehen. Das macht man lokal, und in den Provinzen vielleicht. Sonst gibt es keinen Frieden. Und er kann auch nur erreicht werden, wenn man eine große Mehrheit der Afghanen dafür gewinnen kann. Sonst muss man gar nicht erst anfangen. Frieden entsteht nicht, indem man ein Viertel oder ein Fünftel oder wie wir das machen, vielleicht zwei Prozent der Afghanen glücklich macht.

Eine große Mehrheit muss man gewinnen. Und es geht auf jeden Fall nicht gegen die islamische Bewegung. Das ist auch klar. Die ist zu stark geworden in der letzten Zeit. Auch militärisch. Man wird sie also ins Boot holen müssen. Deswegen sag ich seit Jahr und Tag: Wir müssen anfangen, mit den Taliban zu reden. Und nicht mit diesen beiden netten Herrn in Kabul, mit denen man ganz leicht reden kann. Sondern wir müssen tatsächlich mit

der Spitze reden, mit Mullah Omar und seinen Leuten. Das dürfte eigentlich ganz leicht fallen, denn die sitzen in Queta in Pakistan und trinken Tee. Und das machen sie unter CIA-Aufsicht. Hillary Clinton hat der New York Times erzählt, dass Mullah Omar in Queta ist und dass sie eigentlich findet, man müsste den verhaften.

Die Glaubwürdigkeit der Akteure ist natürlich zu befragen. Die Amerikaner und Briten haben in Afghanistan unheimlich viel Glaubwürdigkeit. Dreihundert Prozent mehr Entwicklungshilfe müsste dringend sein, aber natürlich strategisch und koordiniert. Strategisch heißt, man weiß, warum man wann was wo macht. Genau das, was wir nicht wissen. Die vierzig bestgemanageten Länder der Welt, Deutschland, die USA, Frankreich, Großbritannien kriegen es nicht hin, ein bisschen Entwicklungshilfe zu koordinieren. Was lernen wir daraus, meine Damen und Herren? Die wollen es gar nicht. Wir brauchen viel mehr Glaubwürdigkeit bei der Mittelverwendung. Wenn die Caritas – auch so ein linker Vorkämpferverein – sich beschwert, dass 50 % der Mittel an die Geberländer zurückfließen, dann wissen wir, was das ist. Ein Drittel versickert, hat ein Minister in Kabul gesagt.

Ja, Frieden entsteht in zahlreichen Ratssitzungen - auch der Afghanen - oder gar nicht. Und glaubwürdige vermittelbare und kongeniale Führungspersönlichkeiten aus dem In- und Ausland müssten mitwirken. Glaubwürdig. Da scheidet schon mal Frau Merkel aus, Herr Westerwelle usw. Die ganzen Leute, die einfach Kriegstreiberei betreiben. Da wird es schon leicht utopisch. Es muss eine kontrollierte Nicht – Einmischung von außen geben durch eine internationale Konferenz. Fünf plus drei. Wer sind die fünf? Die USA, Iran, Pakistan, China, Russland. Und dann brauchen Sie noch die drei nördlichen Nachbarn, Turkmenistan,

Usbekistan, Tadschikistan. Und da muss es bindende Beschlüsse geben. Und natürlich muss es Strafbarkeit geben.

Was wir dringend machen müssen, ist, dass deren Geheimdienste sich aus Afghanistan heraushalten.

Wenn das Thema nicht heißt „Afghanistan den Afghanen“, können wir den Frieden am Hindukusch vergessen. Und deswegen haben wir im Moment etwas, was Obama durchführt, aber schon unter Bush geplant wurde. Die Red Corporation hat das sehr schön aufgeschrieben. Krieg wird in Afghanistan demnächst – wenn wir weg sind – mit kleinen Gruppen geführt, die mit Dollarsäcken ausgerüstet und jetzt schon von uns aufgestellt werden. Ein Bremer Anwalt hat herausgefunden, dass dafür auch Strafgefangene entlassen werden, um in diese ehrenwerten Milizen hineingesteckt zu werden. Alles unter NATO-Aufsicht selbstverständlich. Und dann wird ein Bürgerkrieg organisiert. Dauerhaft soll am Hindukusch gekillt werden. Und wir halten uns da raus. Das machen die Afghanen untereinander, mit unserem Geld. Das ist der heimliche Plan. Und der Grund, warum Obama die Truppen so stark erhöht hat und auch die nichtamerikanischen NATO-Mitglieder noch mal neuntausend Mann draufgesetzt haben, ist ganz einfach, dass wir den militärischen Rahmen schaffen müssen, um diese Milizenausbildung richtig in die Wege leiten zu können. Und dann können wir uns getrost zurückziehen. Das Morden geht weiter und wir sind nicht mehr schuld. Ist das nicht intelligent?

Renate Börger: Darf ich noch mal zurückfragen. Die Milizen als Kanonenfutter? Aber vorher hatten Sie noch die Geheimdienste im Blick. Das sollten Sie noch mal erklären.

Christoph Hörstel:

Das Wort „Terrormanagement“ ist gefallen. Wenn Herr Erös im Jahr 2001, um das Bombardement der Amerikaner auf Afghanistan zu verhindern, dem Bundesnachrichtendienst anbietet, dass er mit seinen Stammesführerfreunden Osama bin

Laden verhaftet, und der BND das ablehnt, dann haben wir nur einen von vielen, vielen Fakten. Ich habe jetzt nicht die Zeit, das genauer auszuführen. Aber wir haben zum Beispiel die Verhaftung von Obeido la Chunt, des früheren Verteidigungsministers der Taliban in Pakistan. Der saß beim Tee mit Mullah Omar und dann kamen sie und sagten: „Komm mal mit, Junge. Wir brauchen dich für ein paar Tage.“ Dann ist Dick Cheney angereist und Pakistan musste mal kamerawirksam versprechen, dass es nun ein bisschen eingreift gegen diese bösen Taliban. Dann haben sie den verhaftet. Ein halbes Jahr später haben sie ihn wieder freigelassen. Der größte Fang dieses ganzen Krieges seit 2001, Obeido la Chunt, der Verteidigungsminister der Taliban, wurde sang- und klanglos freigelassen - keine Meldung in den pakistanischen Zeitungen. Ich war dort zu der Zeit.

Und dann natürlich die ganzen heimlichen Friedensschlüsse. Ich geh mal kurz auf einige von den Amerikanern eingesetzte Personen ein. Neuer Chef von NATO und ISAF am Hindukusch ist Generalleutnant Stanley Mc Chrystal. Als der noch für den Irak zuständig war, hat er dort Al Qaida aufgebaut. 37 - sagt die New York Times, - 64 oder 63 - sagt Human Rights Watch - seiner Untergebenen sind im Irak wegen Folter verurteilt worden. Und der Mann hat acht Jahre lang als oberster bezahlter Killer der Vereinigten Staaten dem JSOC, dem Joint Special Operations Command, mit direktem Report zu Vizepräsident Dick Cheney vorgestanden. Das ist die Mördertruppe und sie war, wie gesagt, auch für Folter zuständig. Das ist Stanley Mc Chrystal, ein Ehrenmann, klar.

Und Nummer zwei, der Botschafter der Amerikaner in Kabul, der ehemalige General Carl W. Ikenberry. Als der noch General war, hat er an seinem letzten Amtstag am 31. Januar 2007 den Cousin des Verhandlungspartners der Briten in der Provinz Helmand, wo die nächste Offensive stattfand, mit einer Bombe umgelegt. Da war dann

Schluss mit dem britischen Sonderfriedensschluss in Helmand. Das hat er einfach so als Chaos hinterlassen. Aber in seiner Amtszeit als oberster Kommandeur wurden durch einen Sonderfriedensschluss mit den Taliban deren Aktivitäten in Afghanistan von 2006 bis 2007 praktisch verdoppelt. Das hat der gemanaget. Dafür ist er heute zur Belohnung Botschafter.

Auf jeden Fall ist eines klar: Ohne CIA können wir eine bestimmte Terror - Szene natürlich nicht aufrecht erhalten. Der CIA baut das schönste Hotel in Peschawar, ein riesiges Gebäude - gerade zur CIA - Zentrale aus. Dort wird diese geheime Kriegsführung organisiert. Von dort aus werden wichtige Taliban beschützt. Wichtige Talibankämpfer haben Verbindungsoffiziere mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI. Die ganze Sache, meine Damen und Herren, stinkt. Das gilt besonders für alle NATO-Regierungen, die da weiter lügen.

Renate Börger: Ich würde gerne wissen, wie die NATO mit dem CIA zusammen arbeitet. Wie kann man sich das vorstellen? In der NATO sind doch eine Menge Länder, nicht nur die USA.

Christoph Hörstel:

Dazu will ich Egon Bahr zitieren. Er hat gesagt: „Herr Hörstel, reden Sie doch bitte nicht von der NATO. Reden Sie einfach von Washington. Die NATO, das ist Washington.“ Die Überwachung des pakistanischen Militär - Geheimdienstes ist allerdings exklusiv Aufgabe der CIA. Aber weil wir da sind, haben wir natürlich Anteil an den Informationen. Das ist deshalb besonders wichtig, weil es ja Leute gibt, die bei uns - so wie die Polizei und Herr Schäuble gerne behaupten - Bomben legen wollen, und weil die ja angeblich in Pakistan von Al Qaida ausgebildet werden. Ein Problem ist natürlich, dass die Al Qaida - Truppe, die unsere Bombenleger hier ausbildet, von der CIA gegründet und beaufsichtigt wurde. Das ist Terror-Management.

Die CIA weiß es, kennt alle Beteiligten, der BND auch, der Verfassungsschutz ebenfalls. Und

so kommt es dann zum Beispiel, dass ich hier einen hochrangigen bayrischen Polizisten am Schießstand treffe, der mir sagt: „Terror - Anschläge? Das machen wir doch selber.“ Und wie läuft das im Prinzip? Die Verbindungen zu Al Qaida, zu wichtigen Talibanhäuptlingen, das managet der ISI, den kenne ich gut, denn ich habe in den 90er Jahren teilweise eng mit denen zusammen gearbeitet, als ich die pakistanische Regierung beraten habe. Wie gesagt, der immer noch allmächtige Militärgeheimdienst Pakistans führt die Agenten, die ihrerseits die Taliban dirigieren, Al Qaida - Gruppen managen und für den Nachschub sorgen. Ich könnte - bei bester Verkleidung - in Pakistan keine 50 km mit dem Taxi fahren, ohne dass der ISI das mitkriegt. Und da sollen die Taliban unentdeckbar einen ganzen Riesenkrieg führen in der Region? Ausgeschlossen, dass unsere Geheimdienste nicht dabei sind. Ich sag das mal zur realistischen Einschätzung.

Renate Börger: Darf ich mal die zwei anderen fragen, ob sie das ähnlich sehen oder sehen Sie es anders?

Jürgen Rose:

Was dieses Terrorismomanagement betrifft, kann ich da nur zustimmen. Ich hatte letztes Jahr im Juli bei mir zuhause den Generalleutnant Assad Dorani zu Gast. Dorani war zwischenzeitlich Chef des ISI. Dorani war in Deutschland Verteidigungsattaché. Er war an der Führungsakademie der Bundeswehr, wurde dort ausgebildet. Und er war pakistanischer Botschafter in Deutschland. Und er war zum Schluss Botschafter Pakistans in Saudi - Arabien. Ich kenne ihn seit über 10 Jahren, weil ich mit meiner Frau von Karatschi bis Karimabad durch die ganze Region gereist bin und er mir da behilflich war. Er spricht sehr gut deutsch, sein Sohn hat hier studiert und lebt hier in München mit seiner Familie. Er ist ein ausgesprochen freundlicher älterer Herr, der dem Westen und insbesondere Deutschland sehr wohlgesonnen ist. Er hat mir genau dasselbe bestätigt, was ich gerade von Todenhöfer zitiert

hatte, nämlich, dass der ISI und andere Geheimdienste Terrorismomanagement dahingehend betreiben, dass so genannte rouge-groups, also Schurkengruppen, eingesetzt werden und diese rouge-groups so genannte false flag operations durchführen. Also Operationen unter falscher Flagge. Wir kennen das ja, also diese Sender Gleiwitz – Szenarien. Man schickt diese Gruppen los, damit sie Terroranschläge verüben, um dann unter anderem, was zum Beispiel die Taliban betrifft, die Gefolgschaft zu unterminieren. Damit also der Bevölkerung vor Augen geführt wird, aha, wenn die Taliban, die behaupten, für unsere Interessen zu kämpfen, wenn die solche mörderischen Terroranschläge begehen, und dann sterben so und so viele von uns – Zivilisten, Kinder – dann können die so gut nicht sein. Und dann hofft man auf diese Art und Weise, eine Front gegen diese Guerilla aufbauen zu können. Das findet definitiv statt. Das wird aus verschiedenen Quel-

aber man kann sagen, sie tun es, indem millionenschwere Logistik – Kontrakte verteilt werden an die Transportunternehmer. Und diese Transportinfrastrukturen in Pakistan sind natürlich in weiten Teilen unter anderem auch in der Hand der Taliban. Also das US-Militär – entweder sind sie zu dumm oder sie machen es mit Absicht oder es ist ihnen gleichgültig, wie auch immer – sie füttern sozusagen den Feind.

Christoph Hörstel:

Größenordnung: mehrere Hundert Millionen Dollar im Jahr, schreibt die amerikanische Zeitung „The Nation“, auch nicht gerade ein linkes Vorkämpferblatt.

Herbert Sahlmann:

Ich kann das nicht bestätigen, aber ich kann es auch nicht widerlegen. Ich kann nur sagen, dass ich einige Leute vom BND in Kundus kennen gelernt habe und weiß, was die gemacht haben. Das war vernünftige Aufklärungsarbeit mit

Sondereinheit eingesetzt hat. Das ist geheim und über diesen Einsatz sind nicht einmal die Bundestagsabgeordneten informiert worden. Die haben es erst hinterher erfahren. Ich habe es in Afghanistan von Afghanen erfahren und habe auch unseren Kommandeur, einen Bundeswehroffizier, in Kundus daraufhin angesprochen. Der hat es erst gelehnt und ich habe ihm dann konkrete Dinge gesagt. Dann hat er es schließlich zugegeben und gesagt, es sei geheim und die würden in der Tat da operieren. Ich würde nicht ausschließen, dass von denen auch Menschenrechtsverletzungen begangen werden und dass auch Leute getötet werden. Ich halte das für glaubwürdig, was der Deutschtürke gesagt hat, der Bremer Bürger, dass er von Amerikanern und deutschen Soldaten gefoltert worden ist. Das sind KSK - Leute gewesen.

Christoph Hörstel:

Sie sprechen von Murat Kurnaz.

Renate Börger (zu Christoph Hörstel): Das war eine Abschweifung. Wir kommen jetzt zu dem, was Sie als Plan vorschlagen.

Modelle für einen Friedensplan

Christoph Hörstel:

Ich habe jetzt einfach mal versucht, diesen Geheimdienstsalat, den wir da in Afghanistan haben, einigermaßen darzustellen, damit wir eben wissen, was für eine Herkulesaufgabe das ist, unser Establishment dazu zu bringen, mit diesem Wahnsinn aufzuhören. Ich habe meinen



len bestätigt. Auch der Berater von General Petraeus hat das bestätigt, dass solche Operationen stattfinden. Es ist so, dass das US-Militär selber die Taliban mit Millionenbeträgen unterstützt und zwar, da kann man nicht sagen, willentlich, vielleicht wissen sie es auch nicht,

vielen Kontakten zur afghanischen Bevölkerung. Keiner von denen ist bewaffnet gewesen. Ich wüsste auch nicht, dass irgend einer vom BND in Afghanistan Waffen eingesetzt hätte. Ich würde es aber auch nicht ausschließen können. Ich weiß, dass die Bundeswehr die KSK- Truppe als

ursprünglichen dreistufigen Plan über drei geographische Steigerungsstufen hinweg verkürzen müssen, weil wir militärisch so erfolglos sind. Im letzten Jahr habe ich gesagt, mein Friedensplan sei tot, weil wir militärisch schlicht völlig am Ende waren. Wenn jetzt aber Obama noch

mal 40.000 Mann dorthin schafft, dann haben wir ein Pfund, mit dem wir versuchen können, uns planvoll zurückzuziehen. Die Alternative zum planvollen Rückzug heißt weglaufen. Und wenn wir das machen, heißt das, dass wir große interne afghanische Auseinandersetzungen befördern würden. Deswegen rate ich zu einem Stufenabzug und deswegen habe ich lange Zeit auch gegen die linke Partei argumentiert, die da ganz schnell raus will. Wenn wir das täten, dann hätten wir für niemanden in Afghanistan gesorgt. Wenn wir uns aber weiterhin mit Bomben in Afghanistan engagieren, dann bringen wir viele Zivilisten um, in den letzten drei Jahren mindestens 100.000, wenn nicht vielleicht sogar 300.000, wie der Kasseler Friedensratschlag veröffentlicht hat. Und dann ist es natürlich besser, wir gehen sofort raus, weil dieses Morde natürlich unerträglich ist.

Also: Im ersten Jahr in den ersten fünf Provinzen Befriedung. Was heißt das? Alle hören auf mit Aktionen. Keine Aktionen der Taliban, keine nächtlichen Überfälle der NATO-Truppen. Nichts mehr passiert. Die Taliban dürfen auch nicht Waffenlager anlegen oder Kämpfer einsickern lassen. Alles dies ist besprochen mit ihnen und ist gutgeheißen.

Im zweiten Jahr geht es um Demokratisierung. Achtung bei diesem Begriff! Demokratie ist ja auch, wenn die palästinensische Bevölkerung die Hamas wählt und wir sagen „Das ist aber schlecht, diese Regierung mögen wir nicht.“ Also sind wir dagegen und reden nicht mit denen, sondern bekämpfen sie.

Also Demokratisierung in Afghanistan heißt: Ein System von Ratsitzungen mit Distriktschefs und Provinzgouverneuren als wichtigen Figuren. Diese Systeme sollten so bestehen bleiben. Es ist ein Mischsystem aus traditionellen Stammesverhaltensweisen und westlichen Regierungssystemen. Das müssen wir den Afghanen natürlich genau so lassen, wie sie es gerne hätten, auch wenn es nicht eine Abbildung unserer Vor-

stellungen ist. Dann muss es Wahlen geben, einvernehmliche Wahlen. So, wie man das in Afghanistan eigentlich gewöhnt ist. Da sitzen die Stämme zusammen und bestimmen: Diesem Mann vertrauen wir alle gemeinsam, also wird er Distriktschef; und sie halten vielleicht Wahlen für das Amt des Provinzgouverneurs ab. Zur Zeit werden die Provinzgouverneure von Karsai ernannt.

Souveränisierung im dritten Jahr heißt: Der schon im ersten Jahr der Befriedung begonnene Truppenabzug, der im zweiten Jahr fortgesetzt wurde, wird im dritten Jahr vollendet.

Und während dieser Zeit wird die Entwicklungshilfe so stark hochgefahren, dass - auch wenn wir uns die Hälfte davon in die Tasche stecken - noch genügend bei den Afghanen ankommt.

Das führen wir zunächst in fünf Provinzen durch. Das hat den Vorteil, dass man es dann im Verantwortungsbereich einer NATO-Macht halten könnte. Deutschland verantwortet zum Beispiel den Nordosten Afghanistans und da sind genügend Provinzen, um einen solchen Fünf-Provinzen-Plan durchzuführen. Und dann käme der Rest von Afghanistan dran. Das ist nun eine Kurzversion. Ich habe mit einer Truppe von guten intelligenten Postgraduates gearbeitet, also Studenten, die im Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik IFSH ihr Zweitstudium begannen, und wir haben herausgefunden, dass der geeignete Mediationsansatz für ein solches Projekt bei John Paul Lederach zu finden ist. Er ist jetzt Institutsleiter vom Crock-Institute for International Peace Studies in den USA, hat in vielen Ländern schon Frieden geschaffen und er sagt, man solle Lösungen nicht vorgeben, sondern mit den Beteiligten erarbeiten. Wenn wir die Konflikte also tatsächlich beenden wollen, statt wie im Moment den Bürgerkrieg zu organisieren, dann müssen wir uns etwas einfallen lassen und wir müssen gleichzeitig Finanzmittel einsetzen und dafür sorgen, dass

die öffentliche Ordnung auch dann aufrechterhalten bleibt, wenn wir ganz offiziell mit Drogen – Warlords zusammenarbeiten. Und da einer der größten Drogen – Warlords des Landes der neue Vizepräsident Fahim ist und wir seinen Statthaltern in Kundus jeden Monat zig Tausende Dollars im Köfferchen vorbei tragen, wie es im Spiegel-Interview herauskam, dann wird es schon interessant, dass wir gegen diese Strukturen tatsächlich auch Sicherheit schaffen können. Das heißt, wir brauchen Geld und wir brauchen tatsächlich einen vernünftigen zurückhaltenden Sicherungseinsatz durch Truppen. Das könnte vielleicht durch die Bundeswehr geleistet werden, die dazu kulturell in der Lage wäre. Aber bei den amerikanischen Truppen, so wie die jetzt eingesetzt werden und acht Jahre lang eingesetzt wurden, halte ich das für ausgeschlossen. Ihre Art Türen einzutreten, Verhaftungen vorzunehmen und auf Zivilisten zu schießen, scheint mir für einen Friedenseinsatz nicht geeignet zu sein.

Renate Börger: Darf ich mal kurz dazwischenfragen. Warum, sagen Sie, können wir nicht mit der Besatzung gleich Schluss machen und einen Waffenstillstand erreichen und zum Beispiel die islamischen Nachbarstaaten einsetzen als die, die die kontrollierte Nichteinmischung kontrollieren, wie es z.B. Matin Baraki vorgeschlagen hat?

Christoph Hörstel:

Das finde ich eine sehr gute Idee, und zwar dann, wenn die Afghanen dem zustimmen. Meine ganzen Vorschläge sind nichts wert, wenn Afghanen dabei nicht zustimmen. Und es hat sich gezeigt, dass manchmal unter Muslimen das Misstrauen größer ist als gegenüber Fremden. Ich bin also nicht informiert, was die Taliban zu so etwas sagen würden und ohne die Taliban geht es nicht. Aber ich bin absolut nicht dagegen.

Renate Börger: Man könnte sie ja fragen.

Christoph Hörstel:

Man müsste sie fragen. Die Ratsversammlung zum Beispiel. Und deswegen wäre es wichtig, dass man nicht

nur eine internationale Konferenz macht, sondern dass man auch und möglicherweise diskret unterm Tisch – das kann man ja machen – sich mit den Taliban ernsthaft unterhält. Nun haben ja solche diskreten Verhandlungen schon in Saudi-Arabien stattgefunden, so diskret, dass sie durch alle Medien gingen. Solche Verhandlungen haben aber auch zum Beispiel in Katar stattgefunden - und das ging dann nicht durch die Medien und war bestimmt substanzieller. Aber diese Runden haben nichts gebracht. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern so vieler Verhandlungen ist bei den NATO-Staaten der mangelnde Friedens- und vor allem der fehlende Nichtbeherrschungswille. Denn im Grunde genommen würden wir uns ja gerne zurückziehen und unseren Resteinfluss da belassen. Aber das soll – nach meinen Vorstellungen - auf keinen Fall gelingen. Denn ich meine, dass Freiheit unteilbar ist und dass die Völker ein Recht darauf haben, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Ich meine, es scheitert alles an unserem Machtwillen in der Region. Wir müssen uns davon verabschieden. Der Rest wäre gar nicht so schwierig. Aber das ist der wichtige Punkt.

So, jetzt gehen wir kurz und im Überblick darauf ein, mit wem wir eigentlich reden müssten, wenn wir lokal oder in einer Provinz oder in ganz Afghanistan Frieden schließen wollten. John Paul Lederach hat eine gute hierarchische Pyramide erfunden, mit der man da arbeiten könnte. Ansprechpartner im Spitzensegment wäre eben Deutschland, wenn wir in „unseren“ Provinzen Frieden machen wollten - insgesamt sind es neun, die wir beaufsichtigen. Die NATO, Deutschland, die Taliban, Kabul, die Provinzregierung, Fahim natürlich, weil er aus der Region kommt und da stark ist. Fahim ist der jetzige Vizepräsident, der große Drogen-Warlord, von dem ich eben geredet habe, der in und um Kundus sehr starke Truppenverbände stehen hat, um seine Drogentransporte dort abzusichern. Die wir natürlich erlauben, klar. Auch die Deutschen sehen die durchrollen und lassen sie durchrollen. Dann die Islampartei

Afghanistans. Das ist das Spitzensegment.

Im Mittelsegment wären das deutsche Stellen vor Ort: wenn Herr Sahlmann hier Entwicklungshilfe betrieben hat, dann wäre er Teil von Gesprächsrunden, in denen man sich einigt, wie man da Frieden macht. Provinzregierung, Distriktchefs, NGO's und entsprechende weitere Notabeln, das ist in jedem Distrikt verschieden. Das sind die Gruppen, die da zusammensitzen und die sagen: Wie machen wir das? Und jeder muss sich da irgendwie repräsentiert fühlen. Sonst hat das keinen Sinn. Es muss ethnisch ausgeglichen sein, es muss politisch ausgeglichen sein. Afghanistan ist ja nach tausend Strängen zerstritten. Wir haben dafür ja mit gesorgt. Ist also nicht so ganz leicht.

Letzte Folie: Es gibt natürlich noch sehr viel mehr zu sagen, aber das können wir hier nicht leisten. Wie lange dauert so etwas? John Paul Lederach meint sechs Monate. Ich setze für die Befriedung ein Jahr an, weil es in Afghanistan schwieriger ist. Zu einem Krisenmanagement gehören Vorbereitung und Ausbildung von intervenierenden Akteuren. Das sind die Leute, die Gesprächsrunden leiten und die den ganzen Prozess im Sinn einer Mediation professionell begleiten können. Das müssen Afghanen selbst machen. Und dann gibt es einen Aktionsrahmen, in dem dieses System des Miteinanders gebaut wird. Das dauert dann fünf bis zehn Jahre. Lederach sagt sehr realistisch aus seiner internationalen Vermittlererfahrung: Zwanzig Jahre dauert das bei langen Konflikten, bis echte nachhaltige Heilungswirkung erzeugt ist. Und ich sage, über den Daumen gepeilt: Eine Konfliktheilung dauert so lange, wie die Konflikte selbst gedauert haben. Und deswegen müssen wir realistischerweise von dreißig Jahren ausgehen. Und das Gute ist natürlich: Das machen wir alles ohne fremde Truppen. Aber wir müssen da refinanzieren. Und ich sage mal, das Refinanzieren wird insgesamt viel billiger werden als das, was wir da an Kriegskosten reingedrückt haben.

Das ist ja immer so.

Vielen Dank.

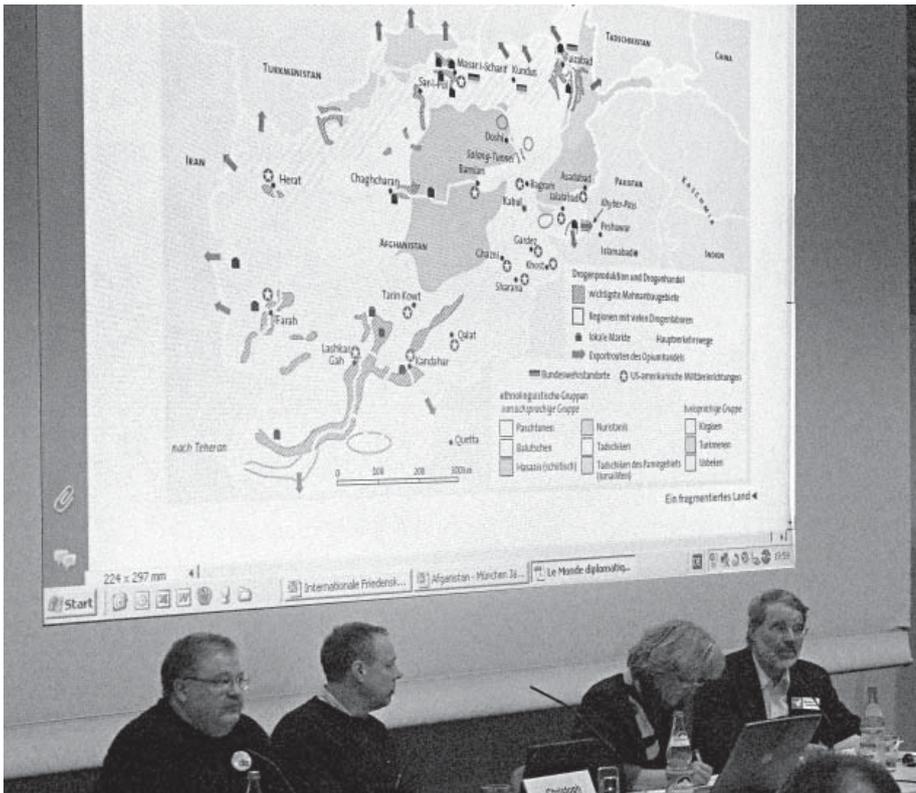
Renate Börger: Auch Herr Sahlmann hat viele Vorschläge gemacht und trägt sie jetzt vor.

Herbert Sahlmann:

Ja, ich kann vieles bestätigen von dem, was Herr Hörstel gesagt hat. Ich halte sehr viel von Mediation. Ich glaube auch, dass es ganz wichtig ist, dass die Afghanen endlich selbst entscheiden können, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen. Das fehlt bisher und in der Tat ist die Frage ganz wichtig: Wollen wir in Afghanistan auf Dauer Macht ausüben oder wollen wir das nicht? Wollen wir in freien Verhandlungen mit den Afghanen unsere Interessen wahrnehmen, zum Beispiel, indem wir langfristige Öl- oder Gasverträge oder ähnliches aushandeln? Oder wollen wir das erzwingen mit Gewalt und mit militärischen Lösungen? Ich denke, dass auch vieles kaputtgemacht worden ist durch die Militärpräsenz. Am Anfang gab es durch die UNO gesteuerte oder überwachte Prozesse der Entmilitarisierung, das heißt, es gab einen so genannten DDR-Prozess¹, der aber von den Amerikanern leider nicht unterstützt worden ist. Auch nicht von der Bundeswehr. Die UNO ist weitgehend allein gelassen worden.

Da hat man versucht, die großen Waffen, die durch die vielen Bürgerkriege und Auseinandersetzungen im Land waren, auch durch die Amerikaner und die Russen, auf vernünftigen Wege heraus zu holen oder zumindest zu mindern. Die Frage wäre, ob man einen solchen Prozess noch einmal aufnehmen müsste. Wenn der Wille dazu vorhanden ist. Denn ohne den Willen auf der westlichen, der militärischen Seite geht es natürlich nicht. Ich denke, das wäre ganz wichtig auch für die Zivilgesellschaft, denn es gibt unheimlich viele Waffen. In jedem Haushalt. Und es gibt auch ganz viele zivile Konflikte, die mit Waffen

1 DDR-Prozess: Disarmament, Demobilisation and Reintegration



Herbert Sahlmann:
Es ging um alle Truppen.

Christoph Hörstel:
Überhaupt Truppen? Ja, dann haben wir uns falsch verstanden.

Herbert Sahlmann:
Es gibt in der Tat Gebiete, wo die Afghanen ausdrücklich sagen: Wir brauchen die Bundeswehr noch zur Stabilisierung, weil wir uns sonst untereinander die Köpfe einschlagen. Wir sind dabei, es zu lösen, aber wir müssen erst mal unsere eigene Polizei aufbauen und wir brauchen dafür noch Zeit. Also das gibt es auch. Bei den Amerikanern teile ich die Skepsis, weil die sehr viel robuster, wie sie das nennen, mit den Afghanen umgehen.

Christoph Hörstel:
Die Wortwahl ist wunderbar. Wir kennen uns damit aus. Aber es geht ja auch um Soldaten und Polizisten. Und was wir damit treiben, ist eine so gewaltige Lüge und Augenschere. Die Amerikaner haben im Dezember in „Foreign Policy“ geschrieben - die haben gute Wissenschaftler - dass 30% der afghanische Soldaten jedes Jahr wieder abhauen.

Wenn unser Verteidigungsminister heute hinginge und wollte von Karsai wissen, wie viel Mann dienen eigentlich zur Zeit in der afghanischen Nationalarmee, dann müsste Karsai, wenn er ehrlich wäre, sagen „ich weiß es nicht“. Denn es gibt überhaupt kein Überwachungssystem. 2007 oder 2008 sollen es 16.000 Mann gewesen sein.

Jürgen Rose:
Erstens: eine alte militärische Weisheit sagt, dass man einen Krieg, den man nicht gewinnen kann, beenden muss. Davon sind die NATO und all die anderen willigen Koalitionäre meilenweit entfernt und da darf auch diese Propaganda in London und auch die Diskussion hier nicht darüber hinwegtäuschen.

Zweitens: Es gibt einen rhetorischen Taschenspielertrick der Bellizisten und der heißt: Wir dürfen die Afghanen nicht im Stich lassen und wenn wir das Militär abziehen, dann

ausgetragen werden.

Auf der dörflichen Ebene, in Familien. Schreckliche Dramen spielen sich da ab und das wird erst aufhören, wenn die Waffen reduziert sind.

Ich denke, ein Friedensprozess, in den die verschiedenen Konfliktgruppen eingebunden sind, muss schrittweise passieren. Ich denke, dass man nicht sofort alle Truppen abziehen kann, weil das zumindest in einigen Landesteilen zu viel heftigeren Konflikten führen würde. Es würde sicher auch Regionen geben in Afghanistan, wo die Konflikte erheblich reduziert wären, wenn die amerikanischen Militärs raus wären. Aber das würde nicht für das ganze Land gelten. Ich kann jetzt nicht meine zwanzig Punkte vortragen, das würde zu weit führen. Ich denke, in der Diskussion können wir darauf zurückkommen.

Wichtig erscheint mir, dass die Afghanen selbst entscheiden. Wir müssen ganz viel zuhören lernen und die Afghanen müssen letztlich entscheiden, was sie wollen. Nur, wenn sie irgend etwas wollen, dann sollten wir ihnen die Mittel dafür geben, soweit wir das nach unseren Rechtsvorstellungen vertreten

können. Und da sollten wir nicht kleinlich sein. Ich glaube, dass man mit mehr Zusammenarbeit, auch mit Ausbildung von Friedensfachkräften, in Afghanistan eine ganze Menge erreichen kann. Ich könnte Beispiele nennen, wo das gelungen ist und wo das auch jetzt gelingt, aber es müssen ganz andere Ressourcen zur Verfügung stehen. Wenn wir die 4.500 Soldaten schrittweise ablösen würden durch Friedensfachkräfte, die professionell ausgebildet sind für solche Mediation, für solche zivile Konfliktlösungen, dann würden wir in Afghanistan wesentlich mehr Frieden schaffen können.

Und die Afghanen hätten eher eine Chance, selbst Frieden zu schaffen, als wenn wir so weitermachen, wie das in London besprochen worden ist.

Christoph Hörstel:
Herr Sahlmann hat gesagt, amerikanische Truppen. Wenn die weg gingen, dann wäre das an manchen Stellen nicht gut. Ich glaube, ich kann Ihnen keine Stelle benennen, wo der Sofortabzug von Amerikanern nicht besser wäre als das, was die da machen.

lassen wir die ja im Stich und dann geht sofort und unversehens das Morden weiter. Es wird ja die ganze Zeit schon in Afghanistan gemordet, ob internationale Truppen da sind oder nicht. Letztes Jahr, das kann man aus dem neuesten UNAMA-Bericht (also dem Bericht der UNO-Mission) entnehmen, waren es etwa 2.500 Afghanen, die Kriegsoffer geworden sind. Und ein militärisches Disengagement heißt ja noch nicht, dass man sich dann komplett aus dem Land zurückzieht. Das ist ein Taschenspielertrick, der uns unterschoben wird: Wer für einen Abzug des Militärs aus Afghanistan argumentiert, lässt die Afghanen im Stich. Ganz im Gegenteil: Das, was man an Militär und an militärischen Ressourcen herauszieht, muss man natürlich zivil kompensieren. Und zwar erheblich - das kann man aber nicht, wenn man das ganze Geld fürs Militär verplempert. Dann bleibt für den zivilen Aufbau nichts übrig. Ich habe da heute zufällig eine eindrucksvolle Grafik in der ZEIT vom 28. Januar 2010 gefunden: Der große graue Kasten, das ist das Geld, das die USA ausgegeben haben für die Kriege in Afghanistan und Irak, etwa 1.250 Mrd. Dollar. Und hier, der kleine rote Kasten, das ist das Geld, das nötig wäre, um die Armut in der Welt zu halbieren, nämlich 32 Mrd. Dollar, das sind die Millenniumsziele. Und wenn man das ins Verhältnis setzt, wenn man nur einen Teil des grauen Quadrats nehmen würde, könnte man die Armut in der Welt auf ein Minimum reduzieren. Aber für das Militär sind unbegrenzte Geldbeträge verfügbar und für das, was wichtig wäre, für die Menschen, bleibt nichts mehr übrig. Das ist die Logik der Bellizisten.

Zweiter Punkt, und da kann ich mich nur anschließen: Das Problem in Afghanistan sind primär die amerikanischen und die britischen Truppen. Und deswegen muss die Forderung erst mal heißen: Amis raus und Briten raus. Die haben da nichts verloren. Der ganze Krieg in Afghanistan hat begonnen wegen Mr. Brziszinski. Der hat nämlich 1979 im Juli seinem Präsidenten Carter ein Memorandum untergeschoben

und gesagt: Wir müssen den Sowjets in Afghanistan ein Vietnam bereiten, wir müssen sie in die afghanische Falle locken. Und das findet er nach wie vor gut und es hat auch funktioniert. Eine der Rückwirkungen dieser verheerenden Geostrategie, die dahinter steckt, war dann der 11. September. Das war die lange Welle, das war der back-lash, der dann zum 11. September geführt hat.

So, was könnte man konkret machen? Ich hatte schon Lothar Rühl genannt mit seinem Beitrag. Rühl analysiert die Situation und zeigt dann auch eine Möglichkeit auf. Sein Ausgangspunkt für einen Friedensschluss oder zumindest für einen langfristigen Waffenstillstand sind drei historisch fundierte Erkenntnisse.

Das eine, das kann Christoph Hörstel bestätigen, das habe ich schon vor zwei Jahren in Aachen erzählt: Frieden muss man mit Feinden schließen. Mit Freunden muss man keinen Frieden schließen, klar, mit denen lebt man ja schon im Frieden.

Christoph Hörstel:

Der Spruch ist inzwischen mein Credo geworden.

Jürgen Rose:

Zweitens muss man zwischen diesen Feinden unterscheiden, um keine Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen und um die eigenen Kräfte nicht zu verzetteln. Und drittens muss man sich mit dem Hauptfeind einigen, wenn es nicht gelungen ist, ihn niederzuwerfen und kriegsunfähig zu machen.

Also das ist O-Ton Rühl, wenn der Sieg nicht erreichbar ist.

Jetzt wissen wir: Seit den vergangenen 8 Jahren, seit dem Einfall in Zentralasien, sind die Aussichten für einen militärischen Erfolg nicht besser geworden, sondern immer schlechter.

Und selbst die eingefleischtesten NATO – maniacs sagen, militärisch geht da nichts.

Jetzt hat man einen Strategiewech-

sel vorgenommen, hat die Zielsetzung heruntergeschraubt. Statt hochtrabender Nation-Building-Ambitionen zielt man jetzt darauf ab, gesichtswahrend den Rückzug vorzubereiten. Und Rühl sagt in diesem Kontext, man muss von diesen hysterischen Bedrohungsvorstellungen über die radikalislamischen Terrorkrieger am Hindukusch Abschied nehmen. Man muss also differenzieren zwischen autochthonen aufständischen Kämpfern gegen die bis ins Mark korrupte, hochgradig kriminelle Zentralregierung in Kabul und deren Ableger in den Provinzen einerseits und den arabischen Terroristen der Al Quaida. Und jetzt wieder O-Ton Rühl: „Auch kann nicht wie bisher einfach vorausgesetzt werden, dass die verschiedenen Taliban und sonstigen Aufständischen für eine Rückkehr von Al Quaida nach Afghanistan kämpfen oder diese auch nur wollten. Die schematische Gleichsetzung von Afghanistan, Al Quaida, Taliban und Terror ist weder für die Politik im Orient noch für die Strategie in Südwestasien nützlich.“

Jetzt ist der afghanische Widerstand eben sehr disparat. Man hat im Grunde genommen - das kam jetzt auch zum Ausdruck - gar keine kompetenten und zuverlässigen Ansprechpartner für solche Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Und da sagt Rühl - aus seiner Sicht, und er steht ja der NATO sehr wohlgesonnen gegenüber - die NATO hätte nur eine einzige realistische Option, um diesem desaströsen Schlamassel am Hindukusch zu entkommen.

Er sieht drei Elemente: Erstens Abstützung auf Kräfte mit regionaler Autonomie in einer lockeren Konföderation Afghanistan, verbunden mit der Unterstützung regionaler Milizen. Zweitens: Verzicht auf groß angelegte Operationen, denn deren Erfolg drängt die Aufständischen nur nach West-Pakistan, schwächt dort die Sicherheit weiter und erhöht das Risiko für den Staat Pakistan. Und das gilt ebenso für die Fortsetzung der Luftangriffe in Pakistan. Und drittens die Fortsetzung des Aufbaus

afghanischer Sicherheitskräfte mit Schwerpunkt auf regionalen, möglichst ethnisch homogenen Organisationen. Soweit das, was Rühl vorschlägt.

Jetzt kann man das erst mal kritisieren. Wenn man nämlich diese neue Afghanistan-Strategie der Londoner Konferenz anschaut, die Merkel jetzt mit Verve präsentiert hat, dann spricht eher wenig dafür, dass am Hindukusch nunmehr die große Wende zum Guten bevorsteht. Erstens lässt der in Oslo gekürte Friedensfürst Obama die feigen und verheerenden US- Drohnenangriffe auf Pakistan mit gesteigerter Intensität und entsprechenden zivilen Opferzahlen fortführen. Zweitens bedeuten die vollmundigen Zusagen für mehr finanzielle Hilfen für den zivilen Aufbau noch längst nicht, dass die Mittel auch wirklich fließen werden oder überhaupt in sinnvolle und erfolgversprechende Entwicklungsprojekte investiert werden können, so lange die westlichen Besatzungsmächte unbeirrt ihren unsinnigen Krieg gegen den Terror weiterführen. Und im übrigen wird auch durch die jüngsten Entscheidungen die extreme Schieflage zwischen dem Ressourcenaufwand für den militärischen und den zivilen Sektor nicht durchgreifend korrigiert.

Und schließlich sollte auch ein Blick in die Geschichte alle strategischen Schönfärber Lügen strafen, denn schon Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts ist in Südvietnam grundlegend misslungen, was nun erneut am Hindukusch versucht werden soll: Die Ausbildung von kampfkraftigen und auch zum Kampf motivierten einheimischen Streitkräften durch ausländische Instrukteure unter den Bedingungen des Krieges. Das ist nämlich dortzulande ebenso kläglich gescheitert wie das parallel betriebene Nation-Building à la USA. Das Menetekel von Saigon sollte nicht nur dem Bürgermeister von Kabul, sondern auch allen siegerpichtigen Militärschranzen eine eindringliche Warnung sein. Soweit die Kritik.

Wenn man jetzt mal versucht, das

aufzugreifen, was vielleicht realistisch und in dem Vorschlag von Rühl enthalten ist und auch unter dem Aspekt, den Herr Sahlmann gebracht hat, so könnte man ja sagen, es sind nicht alle Afghanen gegen die ausländischen Truppen und auch nicht gegen alle ausländischen Truppen. Die Profiteure der ausländischen Truppenpräsenz möchten sie natürlich gerne behalten und diese Profiteure sind vor allem die Leute aus der Nord – Allianz, die Verbrecher der Nord – Allianz. Und die sitzen vor allem im Westen und im Norden, also im Regional Command North and West, während der paschtunische Widerstand sich vor allem fokussiert auf das Regional Command East and South. Jetzt könnte man natürlich versuchen, unter dem Ansatz der Föderalisierung oder Konföderalisierung Afghanistans und der Regionalisierung des Konflikts mit den Hauptträgern der Paschtunen ins Gespräch zu kommen und mit denen einen Deal zu machen.

Die Hauptsiedlungsgebiete der Paschtunen sind im Süden und Osten. Man könnte denen anbieten: Wir ziehen uns aus dem Süden und Osten zurück und ihr bekommt euer Paschtunistan. Wir werden uns dort gewaltsam nicht einmischen. Der Deal lautet: Und ihr mischt euch dafür im Westen und Norden nicht ein. Und das wäre eine Verhandlungsoption, auf die sich die Afghanen auch einlassen könnten. Ob das funktionieren kann, vermag ich nicht zu sagen. Aber man könnte es ja mal probieren, dass man auf diese Art und Weise unter Umständen zu einem Ausgleich kommt, der den verschiedensten Interessenlagen auch der ortsansässigen Bevölkerung gerecht wird. Die Karte besagt da relativ wenig, denn sie zeigt nur die Gebiete, wo der paschtunische Widerstand aktiv ist. Der Deal ginge ja genau darum, dass der Widerstand im Norden und Westen nicht mehr so aktiv ist bzw. schon gar nicht mehr gewaltsam aktiv ist. Das ist ja das Problem, das gelöst werden soll, aber nicht der Zielzustand, den Christoph Hörstel jetzt an die Wand geworfen hat.

Kurz und gut: Man muss Verhandlungen aufnehmen, das ist der 1. Punkt, und man muss versuchen, differenziert zu verhandeln entlang den unterschiedlichen Interessenlagen, die bei den unterschiedlichen Volksgruppen und Gruppierungen in Afghanistan selber existieren.

Renate Börger: Ich würde gerne noch eine letzte Frage stellen, bevor ich die Runde für das Publikum öffne. Der politische Wille, ist der nicht da zu den Wegen, die wir hier eigentlich so schön wüssten? Das hat die Afghanistan – Konferenz jetzt gezeigt. Und wie kann man auf die NATO Druck ausüben? Wie kann der politische Wille von anderen Organisationen oder von anderen Kräften beeinflusst werden außer von uns als Friedensbewegung? Ich denke da vor allem an zwei Zusammenschlüsse: an die Organisation islamischer Staaten, zu denen Afghanistan ja gehört, und an die Shanghai – Cooperation – Organisation (SCO), die ja eine Art Anti – NATO ist. Da sind Russland, China, Usbekistan drin, Beobachter sind Indien, Pakistan, Iran, Mongolei. Ich möchte wissen, welche Vorstellungen und Konzepte es bei diesen beiden Organisationen gibt und wie auch andere Zusammenschlüssen auf der Welt auf die NATO einwirken könnten.

Jürgen Rose:

Der Einfluss der islamischen Länder dürfte eng begrenzt sein. Davon darf man sich nicht zu viel versprechen. Abgesehen davon, dass es auch da Akteure gibt wie Pakistan oder Iran, die selber eigene Interessen in der Region verfolgen. Und dann natürlich nicht notwendiger Weise an einer neutralen Mediation interessiert sind, sondern vor allem an ihren eigenen Interessen. Das markiert im Grunde auch die Problematik der Shanghai-Cooperation-Organisation. Da haben wir zwei Akteure drin, die sich ganz gemächlich zurücklehnen und zucken können, wie der Westen, um es mal drastisch auszudrücken, da am Hindukusch verblutet. Und das sind China und Russland. Die Chinesen haben schon eine Menge an Aktivitäten unternommen, um Verträge vorzubereiten für die Nachkriegs-

phase, wenn die NATO mal draußen ist, für die Ausbeutung afghanischer Rohstoffvorkommen. Die Chinesen sind ungeheuer geschickt, sie treten nicht militärisch auf. Insofern sind sie sehr viel schlauer als der Westen mit seiner brachialen Militärgewalt. Das markiert allerdings auch die tiefere Konfliktlage am Hindukusch. Das ist ja genau der Punkt, warum die Amerikaner dort sind und nicht wieder abziehen wollen. Man baut in Baghlan nicht die weltgrößte Militärbasis auf, um im nächsten Jahr dort mit dem Rückzug zu beginnen, sondern man gräbt sich für die nächsten Jahrzehnte dort in Baghlan ein. Das Gebiet ist ganz schön auf dieser Karte zu sehen, ganz oben im Nordosten im Wahram – Korridor, der an China grenzt. Wenn man also eine uigurische Aufstandsbe-
wegung unterstützen möchte oder eine Aufstandsbewegung tibetischer laizistischer Gotteskrieger, dann ist das hervorragend, wenn man in Afghanistan die logistischen Basen dafür hat. Das muss man immer berücksichtigen, wenn man sich dieser Konfliktlage annähert. Auf der Propaganda – Ebene pflegen wir die Suggestion, dass wir aus Gründen des Wiederaufbaus und der Stabilisierung, also aus philanthropischen Motiven, am Hindukusch seien. Das können wir getrost ad acta legen. Es sind knallharte geostrategische und geoökonomische Interessen, nachzulesen u.a. in Brziszynski's Buch „Die einzige Weltmacht“, wo er unverblümt wortwörtlich von der „zentralasiatischen Front“ spricht, um die es da geht. Insofern ist es natürlich ein Stück weit Wolkenkuckucksheimbau, wenn wir uns da hinsetzen und darüber rasonieren, wie friedlich man diesen Konflikt lösen könnte, weil das an der Interessenlage von maßgeblichen Akteuren, die da diesen Krieg mit allen Mitteln betreiben, vorbei geht.

Christoph Hörstel:

Es geht um die Ansprechpartner im Widerstand. Ich weiß, Lothar Rühl behauptet, wir hätten da keine.

Auf eine Zwischenfrage von Renate Börger ergänzt Christoph Hörstel:
Lothar Rühl ist Professor, er war

früher Journalist, der u.a. einen Lehrauftrag an der Uni Köln hat. Er ist ein knochenkonservativer, bis ins Mark NATO-loyaler politikwissenschaftlicher Analyst, der sich immer wieder in den entsprechenden Foren zu Wort meldet und natürlich auch über entsprechenden Einfluss verfügt. Hier wird er eher selten auftreten. Er (Rühl) hat eben behauptet, wir hätten keine Ansprechpartner im Widerstand. Ich weiß nicht, wenn der Mann nicht lesen kann, hat er wahrscheinlich nicht gehört, dass es Mullah Omar gibt. Die Tatsache, dass die CIA den beaufsichtigt, nimmt ja Mullah Omar gar nichts von seiner politischen Kraft in Afghanistan.

Auf eine weitere Zwischenfrage von Renate Börger nach Mullah Omar führt Christoph Hörstel aus: Von Mullah Omar gibt es, wenn man googelt, zwei oder drei Fotos. Da sieht man eine finstere Gestalt, ich hab' das immer bei der Bundeswehr vorgeführt und habe gesagt, das ist auch eine PR-Strategie, dass man den als dunkle, schattenhafte Figur wahrnimmt, mit kaputtem Gesicht und einem wilden Turban. Mullah Omar ist ein Mullah von sehr strikten Ansichten. Außerdem ist er offenbar führbar. Der pakistanische Geheimdienst ISI hat seine kleine Gruppe von fünf Mann immerhin zur Afghanistan umspannenden Militärmacht ausgebaut. Das ist keine kleine Leistung. Und Mullah Omar hat das personalpolitisch überlebt. Also das sind so die Verhältnisse, mit denen wir da zu tun haben.

Im Prinzip muss man sagen, wir können natürlich mit den Widerstandsführungen reden und tatsächlich auch was erreichen und wir müssen das regional begleiten. Es ist nicht so, dass es da keine nationalen Ansprechpartner gäbe. Die Leute, die es leugnen, sind häufig eng verbandelt mit unseren Machtpolitikern, die es nicht gerne haben, dass wir dort eigenwillige tragfähige nationale Strukturen bilden. Und wir haben als NATO – Besatzungsmacht in Afghanistan alles getan, damit solche Strukturen sich nicht bilden können.

Renate Börger: Jetzt danke ich erst mal herzlich für so viel interessanten Input, für so viele gehaltvolle Beiträge. Und ich weiß, dass hier sehr viele kundige und engagierte Menschen mit eigenen Meinungen sitzen, deshalb nicht nur Fragen, sondern auch Anmerkungen. Nur die Bitte, sich kurz zu fassen. Wir machen jetzt erst mal eine Runde und dann gucken wir, wie wir das sortieren.

Auszüge aus der Diskussion:

Teilnehmer:

- Die Kompetenz unserer drei Referenten und unserer Moderatorin stelle ich überhaupt nicht in Frage, auch die Integrität. Aber ich möchte zu der Veranstaltung doch etwas anmerken. Seitdem Frau Merkel und ihre Mannschaft die neue Regierung gestellt haben, werden wir zugeschüttet mit Diskussionen über Exit – Strategien. Wie viel Soldaten wir hinschicken, mit wem können wir reden, wer ist böse bei den Taliban, die Zeitschiene und so weiter. Und jetzt machen wir dieses Spiel mit als Friedensbewegung. Das möchte ich für meine Person ablehnen. Es ist nicht meine Aufgabe, Exit – Strategien zu entwickeln, weil wir bevormunden. Wir sagen zwar bei jedem Statement, das ich gehört habe, Afghanistan den Afghanen, aber dann erzählen wir, wie sie zu handeln hätten.

Ich möchte die Frage so stellen: Was kann die Friedensbewegung heute tun? Die Friedensbewegung hat diesen schrecklichen Krieg zu thematisieren, mit allen seinen – auch völkerrechtlichen - Aspekten zu erklären. Dass wir so weit sind, dass gezielte Tötungen sogar von deutschen Historikern in der FAZ offen diskutiert werden, das ist ein Rückschritt im Rechtsempfinden der deutschen Bevölkerung. Ich lass mich nicht zuschütten mit Exit – Strategien. Ich kann nur Eckwerte herstellen, ich kann nur grundsätzliche Erwägungen sagen, wie: Afghanistan den Afghanen, sofortigen Rückzug, internationale Konferenzen mit regionalen Mächten. Alle regionalen Mächte haben Interessen in

dieser Region. China hat Interessen, Iran hat Interessen, auch wenn es gegensätzliche Interessen sind. Also internationale Konferenzen mit Einbeziehung der Staaten, die wirklich dort sind. Also nicht Deutschland und die USA, weil sie ja dort die Szene beherrschen. Und die Vereinten Nationen.

Beispiel Libanon: dort haben die internationalen Mächte mitgemischt, USA, Frankreich usw. Und was haben die Libanesen gemacht? Die sind nach Katar gefahren, haben 72 Stunden getagt und haben das Problem gelöst. Ich sage, mehr oder weniger gelöst.

Also: Afghanistan den Afghanen, und sie nicht zuschütten mit irgendwelchen Meditationen. Die Afghanen werden es auf ihre Art lösen. Wir können nur von außen helfen.

- Ich stimme da zu. Ich habe da ein etwas seltsames Gefühl, wenn von außen ein Mediator einfliegen soll. Das als Vorbemerkung. Das Zweite: Es wurde mehrmals betont: Ein Krieg, der nicht zu gewinnen ist, da zieht man sich zurück. Was wäre denn, wenn der Krieg von den NATO-Staaten gewonnen würde? Das ist doch ein enormer Widerspruch. Wenn wir einerseits sagen, welche geostrategischen Gesichtspunkte da sind, warum die NATO in Afghanistan ist. Ich finde, wenn dieser Krieg gewonnen würde, wäre es ja noch schlimmer. Wir haben in Afghanistan nichts zu suchen.

- Die Referenten haben sich ja sehr stark konzentriert auf die Konfliktlinien und die militärischen Fragen. Aber man darf nicht vergessen, dass die Präsenz von über 100.000 Militärs und 70.000 Semi-Militärs, also Leute wie Blackwater und wie die alle heißen, zu einer endgültigen Zerstörung der Ökonomie - oder was noch da war - geführt hat. Es ist ja kein Zufall, dass Afghanistan voll in den Globalisierungsprozess integriert ist und das einzige globalisierungsfähige Produkt ist bekanntlich Heroin. Etwa 90% der weltweiten Produktion stammen aus Afghanistan und das ist ja auch das Einkommen,

nicht nur der Taliban, sondern auch von Teilen der Nordallianz, die teilweise auch in Kabul das Sagen haben. Aber diese Entwicklung ist ja verbunden mit einer massiven Zerstörung der afghanischen Agrikultur. Es wird zwar gesagt, die Bauern sollen doch Produkte anbauen, die die Bevölkerung benötigt, aber das ist unter den Bedingungen, dass dieses Land völlig dem globalisierten Markt ausgesetzt ist, unmöglich. Eine einheimische Produktion in Afghanistan ist viel zu teuer. Das Ergebnis ist, dass etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Afghanistan entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt sind. Ohne dieses Problem zu lösen, ist ein Friede in diesem Land kaum vorstellbar. Im Übrigen zu den Zahlen: Nach meinen Informationen hat das militärische „Engagement“ der 44 Staaten 243 Mrd. Dollar gekostet. Die zivile Hilfe (nicht gerechnet die Hilfsorganisationen) soll 19.6 Mrd. Dollar, ich glaube sogar, Euro, gekostet haben. Und von diesem Geld soll es so sein, dass sich mindestens ein Viertel, manche nennen auch höhere Zahlen, auf westlichen Konten befindet. Das zeigt, wie viel Hilfe in diesem Bereich geleistet worden ist.

- Ich fand die Analyse von Herrn Hörstel über die ökonomischen Hintergründe des Krieges in Afghanistan sehr wichtig und bedeutsam, auch die Schilderung der innerafghanischen Verhältnisse, aber es fällt mir schwer, die Konsequenzen, die Sie gezogen haben, nachzuvollziehen. Was ist das für eine Logik, wenn Sie sagen, man muss mehr Truppen hinschicken, um abziehen zu können. Ich verstehe auch nicht, wenn Sie sagen, mit dem ersten Schritt in Ihrer Tabelle muss der Abzug beginnen. Was spricht dagegen, zu sagen: sofortiger Beginn des Abzugs. Es ist doch eine Illusion, zu glauben, man kann über Frieden reden mit Menschen in einem besetzten Land. Die Menschen haben sogar ein völkerrechtlich zugestandenes Recht auf Widerstand gegen die Besatzungstruppen. Dieser ganze Plan, den Sie genannt haben, hat doch nur eine Chance, wenn wir sagen, wir beginnen unverzüglich mit dem Abzug. Erst dann können die Dinge

eintreten, die Sie genannt haben. Ich verstehe auch nicht, wenn Sie sagen, wir müssen uns Gedanken machen, welche Ordnung wir in Afghanistan hinterlassen. Wir haben in Afghanistan keine Ordnung zu hinterlassen, weil diese Ordnung eine Sache der Afghanen ist. Die Ordnung, die bisher hinterlassen ist in Afghanistan, ist Armut, ist kein Strom, ist kein Wasser.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der mich stört: Wenn Sie sagen, die doofen Amerikaner, die nur Türen eintreten können, werden gehasst, aber die Bundeswehr könnte Sicherungsaufgaben übernehmen. Das leuchtet mir nicht ein. Spätestens seit der Bombardierung des Tanklastzuges in Kundus ist es vorbei mit diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen. Zum Abschluss noch eine Frage: Ich habe von Ihnen gelesen, ich glaube es war 2008 auf der Konferenz der Friedenskooperative: „Wer jetzt dem sofortigen Abzug der Bundeswehr das Wort redet, will die Bundesrepublik in ihren beiden wichtigsten Orientierungen beschädigen, Europa und die NATO, die jahrzehntelang ihre Friedensfähigkeit bewiesen haben.“ Das ist etwas ganz anderes, als was Sie heute erzählt haben. Könnten Sie diesen Widerspruch aufklären?

Renate Börger: Sollen wir das direkt aufgreifen, weil Sie direkt angesprochen wurden?

Christoph Hörstel:

Es ist sehr schwierig, wenn man in zwei, drei Minuten versucht, etwas zu erklären, was in einer Kurzvariante schon 25 Buchseiten lang ist. Also: Das Prinzip „Afghanistan den Afghanen“ habe ich selbst erwähnt. Es ist ein Unterschied, ob man sagt, wir beginnen sofort mit dem Abzug, oder ob man sagt: Sofort alle Soldaten raus. Dies nämlich hieße, dass man die Strukturen, die man aufgebaut hat, also die NATO, hinterlässt und sofort verschwindet, ohne sich zu kümmern, was mit den Afghanen los ist. Und das Sich – Drum – Kümern kann ja nicht ein militärisches sein, das muss schon eines sein, das auf die Bedürfnisse der afghanischen

Menschen eingeht, während wir heute vor allem um die Bedürfnisse einer Besatzungsmacht gerungen haben. Also, Abzug sofort, das ist überhaupt keine Frage. Wenn Sie jetzt sagen, es sei ein Widerspruch, wenn ich sage, wer einem sofortigen Abzug das Wort redet, beschädigt die wichtigsten Orientierungen der Bundesrepublik, dann tue ich doch nicht so, als würden wir hier in einem politisch luftleeren Raum agieren.

Ich meine, die Friedensbewegung hat sich in den letzten Jahren – ohne dass ich hier jemandem zu nahe treten möchte – an den Rand der Gesellschaft manövriert. Die ist längst nicht mehr so stark, wie sie mal war. Das sind teilweise Rentnertruppen, die da zusammensitzen, das ist traurig.

Auf einen Zwischenruf: Überhaupt nichts gegen die Alten, aber wenn die Jugend nicht mehr mitmacht, wo wollen Sie dann hin politisch? Ich wünschte mir ja, dass die Friedensbewegung das Schicksal dieses Landes stärker mitbestimmt und nicht am Rande agiert mit ein paar Hanseln. 15.000 Leute demonstrieren jedes Jahr gegen den Krieg in Afghanistan. Fünfzehntausend! Ich wünschte mir, dass es 500.000 sind. Also müssen wir natürlich auf die politischen Gegebenheiten dieses Landes eingehen. Es ist doch klar, dass wir mit den paar Abgeordneten der Linkspartei – ich rede mit denen gerne – die Veränderung nicht hinkriegen, die wir brauchen, um eine andere Politik zu machen. Wie können wir denn einer breiteren Schicht im Bürgertum den Gedanken schmackhaft machen, dass wir etwas für unser Europa und auch für das Verteidigungsbündnis NATO, das es mal war, bevor wir auf dem Balkan den Krieg angefangen haben, tun. Ich rede jetzt politisch. Ich rede nicht als ein fundamentaler Gesellschaftskritiker. Als der befinde ich mich im politischen Abseits und werde nie etwas bewegen. Wir haben die Aufgabe, ich jedenfalls sehe es so, einer möglichst großen Zahl von Menschen zu erklären, wie man sich praktisch aus Afghanistan

herausziehen könnte, ohne dass man sich international völlig isoliert.

Renate Börger: Aber die Anzahl sagt doch noch nichts über die Richtigkeit eines Arguments.

Christoph Hörstel:

Grundsätzlich nicht. Aber wenn Sie sich gerne in der politischen Irrelevanz aufhalten, dann machen Sie weiter.

Renate Börger: Sie haben doch selbst die geostrategischen Gründe aufgezählt und jetzt argumentieren sie, ja wir müssen sie alle mit hinein nehmen, sie überzeugen...

Christoph Hörstel:

Wer bestimmt, ob unsere Truppen in Afghanistan bleiben? Der Bundestag.

Deswegen rede ich mit Abgeordneten aller Fraktionen. Glauben Sie mir, wenn ich da als radikaler „Sofort-Abzügler“ auftrete, würden die ihre Zeit nicht mit mir verschwenden.

Dann könnte ich gar nichts machen. Also muss ich auch solchen Leuten, denen ich politisch weniger nahe stehe, versuchen, Schritt für Schritt Gedanken nahe zu bringen, wie es gehen könnte, ohne dass man hinterher politisch am Pranger steht. Ich sag mal was ganz Simples:

Was wollen Sie denn machen, wenn es eine Nacht der langen Messer gibt, nachdem wir da innerhalb von drei bis vier Wochen unsere Truppen eingepackt haben. Und es kommt jeder Afghane ums Leben, der je mit uns kooperiert hat? Der Kleine Prinz hat mal gesagt, wir haben für nichts in der Welt Verantwortung, außer für das, was wir uns vertraut gemacht haben. Da wäre ich dankbar, wenn wir mal darüber nachdenken würden. Und die Friedensbewegung, wenn sie nicht darüber nachdenkt, wie solche Szenarien aussehen könnten, dann hat sie sich von der Gestaltung der Politik verabschiedet. Ich möchte Sie bitten, denken Sie aktiv über die Lösung von Problemen nach! Sonst machen das Leute für Sie, die Sie und ich nicht mögen können.

Teilnehmer:

- Ich bin von dem letzten Beitrag geschockt. Und ich muss sagen, dass es nicht geht, auf einer Veranstaltung der Friedensbewegung eine Beschimpfung der Friedensbewegung vorzunehmen. Wir saßen schon zusammen auf einem Podium, aber das, was Sie eben gesagt haben, ist eine Unverschämtheit. Gerade eben auf dieser Kundgebung waren insbesondere jüngere Leute und morgen bei der Demonstration werden es auch überwiegend jüngere Leute sein, die gegen diese Politik demonstrieren und ich bin froh, dass sie dieses tun. Die Friedensbewegung als das zu bezeichnen, was Sie eben gemacht haben, tradiert ein Bild, das in den Medien über die Friedensbewegung gezeichnet wird, was aber der Realität der Friedensbewegung nicht entspricht. Da gibt es sehr viele, sehr aktive, sehr verschiedene Gruppen und ich will sehr deutlich sagen, das sollten wir auch berücksichtigen. Dann hat es einen Sinn, auf solchen Veranstaltungen diese Positionen auch originär zu Wort kommen zu lassen. Und eine Position der Friedensbewegung ist, dass man sagt, man will einen sofortigen Abzug aus Afghanistan und das hat gute Gründe.

Ich will mal zurückblicken. Vor sieben Jahren war es so, dass die Positionen, die wir heute vertreten, die ich vor sieben Jahren vertreten habe und jetzt immer noch vertrete, eine Position ist, die gesellschaftlich eher am Rande war. Inzwischen ist die Forderung nach einem Truppenabzug ein Teil der Mainstream-Debatte, das ist mitten drin in der Gesellschaft. Und da haben wir, die diesen Militäreinsatz von Anfang an kritisiert haben, eine ganz wesentliche Rolle. Das ist eine Danksagung an die Friedensbewegung, weil die von Anfang an diese Position formuliert hat. Deshalb bin ich so allergisch, wenn Sie gerade einen Angriff auf die Friedensbewegung gefahren haben (Zwischenruf Hörstel: Das tut mir leid).

Der zweite Punkt ist die Frage: Wie kriegt man eine gewisse Entwicklung durchgesetzt? Und da ist meine

Erfahrung, dass man mit klaren Positionen diejenigen unter Druck setzen kann, die sich nicht einmal an ihre eigenen Vorgaben halten.

Jürgen Rose war einmal von mir eingeladen im Europäischen Parlament. Man muss sie damit konfrontieren, mit ihren eigenen Positionen, dass sie nämlich Frieden schaffen wollen. Dass das tatsächlich umgesetzt wird. Ich glaube, wir haben gesellschaftlich eine Situation bezüglich Afghanistan gehabt, die sehr spannend war: Das Kundus – Massaker hat die gesamte Grundstimmung gewendet und seitdem, das ist meine Erfahrung, ist es mehrheitsfähig, wenn man sagt, man will einen Rückzug aus Afghanistan, einen sofortigen Rückzug. Alles andere verlängert die Besatzung. Sie haben vorhin einen Satz gesagt, Herr Hörstel, den fand ich sehr bezeichnend. Sie haben gesagt, der Abzugsplan, den Sie damals vorgelegt haben, sei unter den jetzigen Bedingungen obsolet. Ich sehe das auch so. Inzwischen sieht selbst Herr Westerwelle es für notwendig an, sich zumindest verbal für einen Abzug auszusprechen. Genau genommen tut er das nicht; er sagt, man muss über eine Abzugsperspektive für 2012 oder 2014 nachdenken. Und für mich

ist die zentrale Frage, wie kriegen wir es gesellschaftlich hin, dass die Truppen tatsächlich aus Afghanistan abgezogen werden.

Und da hat die Demonstration morgen einen wichtigen Signalcharakter. Je größer und deutlicher sie ist, desto größer ist auch der Druck. Außerdem müssen wir deutlich machen, welche Argumente für diesen Abzug sprechen. Das sind sehr viele. Deshalb beschäftige ich mich intensiv mit diesem Kundus – Massaker, weil es die Rolle der Deutschen in diesem Konflikt sehr deutlich zeigt. Diese sind nämlich inzwischen zu Hardlinern in dem Krieg geworden. Und das ist etwas, was wir sehr deutlich herausarbeiten müssen. Die Deutschen sind nicht mehr diejenigen, die so tun können, als ob sie nur in irgend etwas hineingerutscht seien. Nein, nein, nein, sie sind die Hardliner und es war ja Oberst Klein, der ganz bewusst die NATO – Kriterien, die für einen solchen Einsatz gegeben sind, nicht erfüllt hat. Er hat sie umgangen. Und er hat gelogen. Und genau dieses wird der Untersuchungsausschuss Stück für Stück zeigen. Infofern sind wir als Friedensbewegung und Antikriegsbewegung in Bezug auf Afghanistan in einer Offensive. Die sollten wir nut-

zen mit den ganzen Argumenten. Ich will noch mal abschließend sagen: Für mich ist sehr wichtig, herauszuarbeiten, mit wem wir uns politisch beschäftigen müssen, und das ist immer wieder die eigene Regierung, weil es diejenigen sind, auf die wir die Möglichkeit haben, Druck auszuüben. Das heißt, ich will insbesondere, dass es einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gibt, und dafür sollten wir als Friedens- und Antikriegsbewegung kämpfen.

Renate Börger: Ich habe die Zeit völlig aus dem Blick verloren. Wir müssen in einer Viertelstunde aus dem Saal. Deshalb bitte ich die letzten drei, sich kurz zu fassen, damit unsere Gäste noch ein Schlusswort haben.

Teilnehmer:

- Nur ganz kurz: Tobias, du hast immer die Friedens- und Antikriegsbewegung genannt. Da muss man fairerweise sagen, nicht alle Antikriegsleute sind Friedensbewegung, sondern sie sind gegen Krieg und vielleicht auch nicht grundsätzlich gegen Kriege, sondern gegen Kriege, so lange es NATO-Kriege sind. Ich kenne viele Antikriegsleute, die ich hoch schätze und die mir knallhart sagen: Ich bin kein Pazifist. Gerade von den Jungen, die du erwähnt hast.



Zu Herrn Sahlmann: Ich war doch etwas verblüfft über Ihre sehr milde Einschätzung, was den BND betrifft. Ich habe Fotos gesehen von Militärlagern speziell von Massar-Al Sharif. Dort sind die Deutschen. Da gibt es zwei Eingänge. Den einen für das normale Volk. Und dann gibt es einen zweiten Eingang, der wird relativ selten benutzt, der ist für die KSK-Leute. Und dann gibt es im Lager noch ein Gebäude, sozusagen ein Lager im Lager, das völlig neutral ist, und das ist für den BND. Also ist ganz klar, dass die BND-Leute, nicht nur der KSK, in die Militärstrukturen eingebunden sind in Afghanistan.

Zu den Kritiken an Herrn Hörstel: Meiner Ansicht nach sind einfach ganz verschiedene Baustellen, ganz verschiedene Strategien ergänzend möglich. Ich denke, man muss mit Leuten reden, mit denen ich jetzt nicht reden möchte, aber irgend jemand muss mit denen reden. Ich denke, ohne Druck von der Straße, ohne Druck von der Friedensbewegung und von der Antikriegsbewegung würden Sie, Herr Hörstel und vielleicht auch Sie, Herr Rose, nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen. Insofern sehe ich es ganz wichtig an, für die Friedensbewegung und die Antikriegsbewegung, dass sie komplementär und ergänzend ist.

Renate Börger: Weil wir nur noch so wenig Zeit haben, habe ich Herrn Hörstel gebeten, dass er jetzt das Wort an Herrn Sahlmann und Herrn Rose gibt und selbst auf ein Statement verzichtet.

Herbert Sahlmann:

Ganz kurz zu vier Punkten:

1. Agrarwirtschaft: Die Agrarwirtschaft hat in Afghanistan eine enorme Blüte erreicht. Da hat sich sehr viel getan. Ich weiß das von den Kollegen der Welthungerhilfe, die in Afghanistan tätig sind. Wir haben es geschafft, dort eine Fülle von Bewässerungssystemen wieder in Ordnung zu bringen und die Ernährungslage ist wesentlich besser. Gut, in den Trockenanbaugebieten hat es in den einzelnen Jahren unterschiedliche Wetterlagen gegeben, aber insgesamt hat sich die Landwirtschaft erheblich verbessert und den Bauern

geht es wesentlich besser als vor der Zeit, als wir dort tätig geworden sind mit der Entwicklungszusammenarbeit.

2. Die zivile Hilfe: 19 Mrd. Ich weiß nicht, das sind möglicherweise die Zahlen der amerikanischen Hilfe. Wir haben bescheidene 70 Mio. gehabt für ein Gebiet im Norden Afghanistans, das größer ist als Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Und wenn man das vergleicht mit dem, was wir in Deutschland einsetzen im Rahmen der Wiedervereinigung, dann sind das alles peanuts. Trotzdem ist eine Menge geschehen, Infrastrukturverbesserung, und vor allem durch die Afghanen geschehen. Die Afghanen arbeiten hart, um ihr Land voranzubringen, und da gibt es bewundernswerte Erfolgsgeschichten, wo die Afghanen selbst ihr Schicksal in die Hand genommen haben. Teilweise mit unserer Unterstützung, teilweise nur aus eigener Kraft.

3. Frieden ist unteilbar. Wir dürfen als Friedensbewegung – und ich zähle mich dazu – nicht nur für uns Frieden wollen, sondern wir müssen als Deutsche überall da, wo wir Einfluss haben, wo wir Export treiben, wo wir Entwicklungszusammenarbeit leisten, wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Menschen selbst Frieden schaffen können. Und wenn die Afghanen, und wenn es Teile sind – es gibt sowieso sehr unterschiedliche Stämme und sehr unterschiedliche Vorstellungen in Afghanistan – wenn also einige Stämme sagen, wir brauchen für einige Zeit noch den Schutz ausländischer Truppen, weil wir uns sonst gegenseitig die Köpfe einschlagen, dann sollten wir das zumindest ernst nehmen. Deswegen eine differenzierte Herangehensweise. Im Prinzip bin ich auch dafür, dass die Bundeswehr so schnell wie möglich herausgeht.

4. Die Aussage, ich beurteile den BND zu milde. Ich kann nur beurteilen, was ich persönlich gehört und gesehen habe. Ich kann bezeugen, dass bei den zwei Leuten, mit denen ich gesprochen habe, die direkte Kommunikation mit der Bundeswehr

ausgeschlossen war. Die haben gelegentlich berichtet im Militärlager in Kundus, aber die haben privat gewohnt. Und der Kollege vom Auswärtigen Amt, der im Militärlager gewohnt hat, war so sauer, dass die Bundeswehr und er keine Informationen kriegten über das, was der BND gesammelt hat. Das kam erst wieder über die Zentralen in Berlin zurück ins Feld und dann natürlich gefiltert. So weit dazu. Aber ich schließe nicht aus, dass der BND ganz schlimme Sachen macht.

Renate Börger: Herr Rose, bitte.

Jürgen Rose:

Ja, vielleicht gleich anknüpfend an den letzten Punkt. Was in Kundus gelaufen ist, war eine von langer Hand vorbereitete Operation. Das war keine Zufallsoperation aus dem hohlen Bauch. Das war eine von langer Hand und mit Special Forces vorbereitete Operation und da war beteiligt der BND, das kann man nachlesen in dem Feldjägerbericht, der mittlerweile an die Öffentlichkeit gedrungen ist, auch im NATO-Bericht, es war der BND beteiligt, es war das KSK beteiligt, es waren Fernspäher beteiligt und es spricht vieles dafür, dass auch Verbindungs-offiziere der US – oder UK - Special Forces bei dieser Operation beteiligt waren. Was nicht geplant war, ist, dass die Afghanen sich in einem Flussbett festgefahren haben und an einer Stelle bombardiert werden mussten oder wurden, die so nicht geplant war. Ich kann das jetzt nicht weiter ausführen, aber wir können alle gespannt sein, was der Untersuchungsausschuss in der Affäre noch zutage fördert.

Zweiter Punkt: Nicht nur Westerville, auch Guttenberg hat schon von Truppenabzug geredet. Er will eigentlich schon diesen Herbst anfangen nach eigener Aussage. Was nicht dazu passt, ist eine Aussage, die er letzte Woche in der ZEIT gemacht hat: Die Bundeswehr steht aus handfesten deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen am Hindukusch. Stichwort: Energie. Das ist wortwörtlich Guttenberg.

Die Politik wird langsam ehrlich. Und was die NATO angeht: Die NATO ist für mich die größte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Sie ist der Transmissionsriemen der US – Imperialmacht und insofern sehne ich es sogar herbei, dass die NATO am Hindukusch in Trümmer fällt. Das wäre sozusagen der Kollateralnutzen. Traurig ist natürlich, dass das auf dem Rücken von Millionen oder zumindest Hunderttausenden Afghanen passieren wird.

Eines muss man fairerweise erwähnen: Die ISAF – ich rede jetzt nicht von dem unseligen und völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Terror – ist vom UNO–Sicherheitsrat mandatiert. Das heißt, diese ISAF–Mission hat eine völkerrechtliche Grundlage und damit hat auch das Mandat, das der Bundestag der Bundeswehr im Rahmen des ISAF erteilt hat – ich rede jetzt nicht von OEF - , eine völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlage. Das heißt, wir können nicht sagen, dieser Krieg sei nicht rechtmäßig. Wir können ihn aber politisch kritisieren. Das ist wichtig, diese Ebenen nicht zu verwechseln.

Vorletzter Punkt: Wenn ich gesagt habe: Einen Krieg, der nicht zu gewinnen ist, den muss man beenden, dann schließt das natürlich nicht aus, dass man Krieg am Besten gar nicht anfängt. Das denke ich als

Voraussetzung mit. Das Argument richtet sich vor allem an die Bellizisten, die der trügerischen Auffassung anhängen, man könnte Kriege gerecht führen oder auch gewinnen. Das ist jetzt nicht das Argument, das man denjenigen entgegenhält, die ohnehin für den Frieden sind. Völlig klar.

Abschließend: Was kann die Friedensbewegung tun? Sie kann und muss protestieren. Sie muss aufklären und sie muss sich selbst vergewissern und sie muss diskutieren. Und zwar ohne Denkverbote. Natürlich dürfen wir hier zusammensitzen und uns Gedanken machen: Wie kommt man aus Afghanistan raus? Das ist unser gutes Recht und ist auch unsere Pflicht als demokratische Staatsbürger, die am Frieden interessiert sind. Was wir natürlich nicht dürfen, ist, das anderen aufkotzen zu wollen. Aber ich kann ja auch mit einem Afghanen darüber reden und mich austauschen und sagen: Ich hab hier eine Idee, wie beurteilst du das? Hat das eine Chance, realisiert zu werden?

Ohne Diskussion begeben wir uns auch der Einflussmöglichkeiten, die wir als Friedensbewegung haben. Denn wir wollen das ja mit friedlichen Mitteln machen und das einzige friedliche Mittel ist das des besseren Arguments. Dieses Argument, das müssen wir uns natürlich erst mal erarbeiten.

Insofern plädiere ich schon dafür, dass wir uns hier Gedanken machen, wie wir das bewerkstelligen können, dass die Bundeswehr und natürlich auch alle anderen Truppen aus Afghanistan rausgehen und die Afghanen endlich eine Chance kriegen, Herr ihres eigenen Schicksals zu sein.

Renate Börger: Ja, das war ein Schlusswort. Ob Alt, ob Jung, ich bin stolz auf die Friedensbewegung, wie sie hier wieder mal in voller Klugheit anwesend war, und ich danke Ihnen für Ihre engagierten Ideen. Jede gute Idee ist willkommen. Wir machen uns natürlich über die Gesamtlage keine Illusionen und wissen, warum wir morgen auf die Straße müssen und abends zur Friedenskonferenz. Und wir danken denen, die heute schon auf der Straße waren und dem Empfang für die Leute von der Sicherheitskonferenz „mit Flöte und Tröte“ lautstark entgegen getreten sind.

Danke an Herbert Sahlmann, danke an Christoph Hörstel, danke an Jürgen Rose. Danke an Sie für Ihre Aufmerksamkeit.

Dank auch und als kleine Aufmerksamkeit von Ulla Klotz vom Organisationsteam: Friedenskugeln - garantiert sicher.

Dank an Renate Börger für die Moderation.

**FRIEDEN für
AFGHANISTAN**



Rückzug der Bundeswehr

Friedensgebet der Religionen



Das Friedensgebet der Religionen fand am 31. Januar 2010 zur Mittagszeit im Pfarrsaal von St. Anna im Lehel statt. Es wurde von VertreterInnen einer erweiterten Gruppe von Religionen vorbereitet, von Juden, Christen, Muslimen, Baha´í und Buddhisten. Die Männer und Frauen im Vorbereitungsteam sind überwiegend Laien, die sich für Frieden engagieren und Kontakte über die eigenen Religionsgrenzen hinaus suchen. Korrektes Verhalten gegenüber dem Rang eines Religionsvertreters spielt eigentlich keine Rolle. Aber alle wollen voneinander erfahren, was zu dem vorgeschlagenen Thema ihr jeweiliges Anliegen ist. Von einer Muslima hörten wir z.B., wie wichtig ihr die Verständigung zwischen den Religionen ist, während es für den Vertreter der Baha´í-Religion ein besonderes Thema war, wie Gewalt durch Liebe überwunden werden kann. Aus dem Austausch über das, was uns individuell, aber auch gemeinsam bewegt, ergibt sich das Motto des Friedensgebets, in diesem Jahr „Feindbilder abbauen – aufeinander zugehen – Gewalt überwinden“.

Die ReligionsvertreterInnen wählen jeweils ihre eigene Form der Darbietung, so dass ein buntes Bild entsteht, in dem Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten deutlich werden. Auf diese Weise wächst ein offener Raum für das Miteinander. Bei unserem Friedensgebet war dieser Geist der Offenheit, der Neugier aufeinander und der Achtung füreinander spürbar, der eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglicht.

Die Feier wurde musikalisch wieder sehr schön eingerahmt von der Gruppe Contra-Ensemble und klang mit einem regen Austausch bei Gebäck und Getränken aus. Unser besonderer Dank gilt dem Pfarrer der Franziskaner-Kirche St. Anna, Pater Cornelius, der nach seiner Begrüßung während des ganzen Friedensgebets mit dabei war.

ישרה שלום עלי אדמות

السلام للعالم أجمع

Möge Friede auf Erden sein

May Peace Prevail on Earth

世界人類が平和でありますように

Niech będzie pokój na Ziemi

Puisse la paix régner dans le monde

ישרה שלום עלי אדמות

السلام للعالم أجمع

Möge Friede auf Erden sein

May Peace Prevail on Earth

世界人類が平和でありますように

Niech będzie pokój na Ziemi

Puisse la paix régner dans le monde

ישרה שלום עלי אדמות

السلام للعالم أجمع

Möge Friede auf Erden sein

Smalltalk mit Generälen

OB Ude lädt Teilnehmer der Sicherheitskonferenz ins Rathaus ein – Gegner planen lautstarken Protest

Das Besteck klimperte unhöflich laut, und auch ihren Smalltalk wollten manche der Minister, Ministerialbeamten und Generäle nicht einstellen, als der Gastgeber sein Wort erhob. Dabei bemühte sich Oberbürgermeister Christian Ude, den hohen Gästen des städtischen Empfangs zur Münchner Sicherheitskonferenz in deutlichem Englisch zu erklären, warum er einen Angriff auf den Irak nicht gutheißen konnte – und er persönlich zur Demonstration gegen den kriegstreibenden Teil der Anwesenden aufgerufen hatte.

Das war 2003. Im Jahr darauf lud der oberste Anti-Kriegs-Demonstrant der Stadt noch einmal zum Empfang. Diesmal öffnete das Buffet erst nach seiner Rede, und so konnten alle eingeladenen Sicherheitspolitiker seinen sarkastischen Spott über die Nichtauffindbarkeit der angeblich im Irak gestapelten Massenvernichtungswaffen vernehmen. 2005 spottete Ude nicht mehr: Es gab keinen städtischen Empfang für die Konferenzteilnehmer mehr. Offizieller

Grund: Bundespräsident Horst Köhler brauchte den Abend, um ein Dinner auszurichten.

Dass das nicht das wahre Motiv der Absage war, zeigte sich in den Folgejahren. Da kam der Bundespräsident nicht, die Stadt lud dennoch nicht zum Empfang. Der sei von Seiten des Konferenzchefs Horst Teltschik nicht mehr erwünscht gewesen, heißt es im Rathaus – es klang wie Kalter Krieg zwischen Stadtspitze und Tagungsleitung.

Es musste also erst ein ehemaliger Spitzendiplomat kommen, um eine Entspannung einzuleiten. Teltschiks Nachfolger Wolfgang Ischinger hat nachgefragt, ob Ude wieder einen Empfang geben würde – und darum lädt die Stadt die internationalen Gäste am 5. Februar wieder ein, nicht mehr wie vor 2005 in den Bayerischen Hof, sondern ins Alte Rathaus. Ude wird reden, und natürlich wird draußen wieder demonstriert.

Dabei soll es lautstark zugehen, die Konferenzgegner wollen mit einem „antimilitaristischen Platzkonzert“, bei



Protest vor dem Rathaus gegen die Sicherheitskonferenz. Foto: ahead

dem Lärminstrumente vom Topfdeckel bis zur Posaune zum Einsatz kommen sollen, gegen den städtischen Empfang protestieren. Doch dies ist nur der Auf-

takt: Zur zentralen Demonstration am Samstag, 6. Februar, 13 Uhr, erwartet das „Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“ 5000 Teilnehmer.

Für Claus Schreer, einem der Sprecher der Konferenzgegner, ist das Münchner Treffen „eine Kriegstagung der Nato“. Dabei gehe es nicht um den Frieden, sondern um strategische Absprachen sowie um aktuelle und künftige Militäreinsätze. Nach Angaben der Veranstalter haben bisher 78 Organisationen den Aufruf des Bündnisses unterzeichnet. Im Mittelpunkt des Protests steht die Forderung, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Die Truppen seien dort stationiert, um geostrategische Interessen und den Zugang der „reichen und mächtigen Nato-Staaten“ zu Rohstoffen und Märkten militärisch durchzusetzen. Die Münchner Attacke Gruppe, die den Protest unterstützt, den Aufruf aber nicht unterzeichnet hat, fordert anstelle der Sicherheitskonferenz eine internationale Friedenskonferenz. Jan Bielicki, Wolfgang Görl

SZ 27. 1. 2010:

Frieden als Exportartikel

Warum Siko-Gegner heuer wieder an der Konferenz teilnehmen

MÜNCHEN Es wird ihn wieder geben: den Gegner der Sicherheitskonferenz auf der Sicherheitskonferenz. Wie im vergangenen Jahr wird Thomas Mohr von Pax Christi im Saal sitzen mit Ministern, Generälen und Waffen-Lobbyisten. Sicherheitskonferenz-Leiter Wolfgang Ischinger setzt mit der Einladung seine „Linie des Dialogs“ fort.

Die Vertreter von 25 Frie-

dens-Initiativen trafen sich mit Ischinger unter beinahe konspirativen Umständen im Kolpinghaus, Presse war erst nach dem Gespräch zugelassen – die Geheimnistuerei war offenbar auch der Angst geschuldet, Zielscheibe der radikaleren Siko-Gegner zu werden: „Wir wollen nicht bedroht werden, weil wir mit Ischinger reden“, hieß es.

Ischinger, Botschafter und Ex-Außenstaatsekretär unter Joschka Fischer, blieb ganz Diplomat: „Ich höre gerne zu und freue mich über die Dialogbereitschaft“, sagte Ischin-

ger. Wer ihn allerdings immer noch als Kriegstreiber bezeichne, „der gehört zum Arzt“.

Mohr hofft, auf der Konferenz sein Anliegen weiterzubringen: „Sicherheit nicht gegeneinander, sondern miteinander schaffen“, sieht Psychotherapeut Mohr als Ziel. Und wenn er schon dabei sein kann bei der Siko, die Gegnern immer noch als Meeting der Waffen-Lobby gilt, dann wolle er den Ministern der neuen Regierung sagen, dass „deutscher Friedensdienst auch ein Exportartikel“ sein könne. **mm**

Siko-Chef trifft Friedensaktivisten

Wolfgang Ischinger hat Projekt „MSK verändern“ wieder eingeladen

Wolfgang Ischinger ist dieser Tage ein ebenso gefragter wie beschäftigter Mann. Der Chef der 46. Münchner Sicherheitskonferenz (Siko/MSK) muss der internationalen Tagung den letzten organisatorischen Schliff verpassen, zugleich unzählige Vorgespräche führen. Insofern ist es mehr als nur eine Randnotiz, wenn er sich neun Tage vor der Siko zwei Stunden Zeit nimmt, um mit der Friedens-Initiative „MSK verändern“ über den Begriff der „Sicherheit“ zu debattieren.

Es ist kein Geheimnis, dass Ischinger dieses Treffen ganz bewusst inszeniert. Er weiß, dass die Medien das registrieren – und genau so will er es haben. Der Diplomat, der heuer seine zweite Siko leitet, will zeigen, dass er einen anderen Stil pflegt als sein Vorgänger Horst Teltschik. Der hatte sich den Siko-Kritikern stets verweigert. Ischinger dagegen geht auf sie zu.

Zwei dutzend gemäßigte Friedensaktivisten haben sich am Dienstagabend in einem kargen Raum im Kolping-Haus versammelt, um auf ihn zu warten. An der Wand hängt eine Friedenstaube, auf den Tischen stehen rote Rosen. Die Luft hier unten ist stickig, die Stimmung entspannt. Ischinger doziere nicht, er höre zu, berichten Teilnehmer. Später wird er sagen, er nehme „die Anregung mit, über wichtige

Aspekte wie die zivile Sicherheitsarbeit und die Krisenprävention“ stärker nachzudenken. Er wolle sehen, wie sich diese Ideen in Zukunft auf der Siko einbauen ließen.

Freilich: Das sind unverbindliche Worte, die an der Struktur und am Selbstverständnis der Tagung kaum etwas verändern werden. Das sieht wohl auch Klaus Mittlmeier vom Bündnis „MSK verändern“ so. Er freut sich trotzdem darüber, dass „Herr Ischinger sich auf einen Dialog mit uns eingelassen hat“. Fünf Mal habe man sich seit der letzten Siko getroffen. „Das hat uns sehr ermutigt, weiterzuarbeiten.“ Ob sich Mittlmeiers Vision einer „Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit, ge-

prägt vom Geist der Geschwisterlichkeit“ und von dem Leitgedanken einer „Sicherheit miteinander“ realisieren lässt, bleibt fraglich.

Im Vorjahr hat der Aktivist Thomas Mohr die Erfahrung gemacht, „dass die Sicherheitskonferenz von einem Grundvertrauen in Militär und Rüstung geprägt ist“. Er wird auf Einladung von Ischinger heuer ein zweites Mal als Beobachter an der Siko teilnehmen. Wenn er Glück hat, trifft er auf Guido Westerwelle (FDP) oder auf Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Bei Gelegenheit wolle er sie mal darauf ansprechen, was sie von der Idee einer „Sicherheit miteinander“ halten, sagt Mohr. **THIERRY BACKES**



Wofür steht der Begriff „Sicherheit“? Siko-Chef Wolfgang Ischinger (M.) mit Klaus Mittlmeier (l.) und Thomas Mohr. **RK**

„Und täglich grüßt das Murmeltier“. Wohl jeder, der irgendwie mit der Münchner Sicherheitskonferenz zu tun hat, wird schon bei Erwähnung des Kürzels „Siko“ an jenen Film denken, in dem die Wiederholung zum Ritual wird. So ähnlich laufen seit Jahren die Aktionen rund um die einst Wehrkundetagung genannte Veranstaltung ab: Die Gegner aus allen Lagern zwischen links, friedensbewegt

Im Vorfeld der Sicherheitskonferenz

und autonom laden zu Pressekonferenzen immer gleichen Inhalts, die Polizei tut desgleichen und warnt vor zahlreich anreisenden Chaoten, was die Anwesenheit mehrerer tausend Polizeikräfte zu Siko-Zeiten notwendig mache. Parallel dazu tagt die von

christlichen Organisationen getragene „Friedenskonferenz“. Nun aber könnte es sein, dass sich das Bild ein klein wenig ändert. Seit 2009 der Diplomat Wolfgang Ischinger die Konferenz leitet, klingen aus dem Heer der angeblichen Kriegstreiber im Bayerischen Hof Worte wie „atomwaffenfreie Welt“, kommt es gar zu Gesprächsangeboten an Attac. Diplomatie oder Annäherung? fok

Empfang der Stadt

Fünf Jahre lang hatten die Gegner der Sicherheitskonferenz einen Grund weniger zum Frohen – es gab es nämlich keinen städtischen Empfang für die Politiker, Manager und Militärs aus aller Welt. Zuletzt 2004, damals noch im Bayerischen Hof, hatte Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) den Verantwortlichen ins Gewissen geschrieben, dass er den Angriff auf den Irak ablehnt. Das war wohl einer der Gründe dafür, dass der damalige Organisator Horst Teltschik den städtischen Empfang für die Tagungsgäste eher als Zumutung empfand.

Offiziell hieß es zwar, der Termin kollidierte mit dem Abendessen, das Bundespräsident Horst Köhler zu Gedenke in der Rathaus kam die Botschaft dennoch an: Ein Empfang von Seiten der Stadt ist nicht mehr erwünscht. Unter dem neuen Konferenz-Chef Wolfgang Ischinger, einem ehemaligen Diplomaten, änderte sich die Stimmung, so dass den Empfang diesmal nach der fünfjährigen Pause wieder gibt. Diesmal wird OB Christian Ude im Alten Rathaus reden, voraussichtlich mehr über Afghanistan als über Irak.

Umstritten ist der Empfang auch innerhalb des rot-grünen Bündnisses im Rathaus, obwohl der Etat der Stadt davon unberührt bleibt, denn die Sicherheitskonferenz zahlt. Der Grünen-Fraktionschef Siegfried Benker lehnt den Empfang klar ab, er gehört zu den Unterstützern der Kampagne „Nicht in unserem Namen“. Prominente wie der Sänger Konstantin Wecker oder der Schauspieler Josef Bierbichler erläutern auch auf der Homepage der Initiative, warum sie den Empfang ablehnen. Im Rathaus hielt sich Benker mit seinem Protest allerdings zurück, um eine Konfrontation mit Ude und der SPD zu vermeiden. Als Ude einen Vorstoß der Linkspartei, dass der Stadtrat den Empfang ablehnen möge, im Dickicht der Geschäftsordnung untergehen ließ, kritisierte Benker dies nicht in der Sitzung selbst, sondern nur am Rande. Erschwerend für die Grünen kommt hinzu, dass auch der rechtsextremistische Stadtrat Karl Richter die Konferenz und den Empfang ablehnt – Beifall also von der falschen Seite.

Ebenfalls am Freitag erwartet der Münchner Anwalt Wolfgang Seybold im Kater-Restaurant ein traditionelles „Deutsch-amerikanisches Freundschaftsdinner“ diesmal die ehemaligen US-Außenminister Madeleine Albright und Henry Kissinger. Am Tag darauf gibt sich dann Ministerpräsident Horst Seehofer die Ehre – er lädt Samstagabend in die Residenz. Berthold Neff



Auch US-General James L. Jones (li.), heute US-Sicherheitsberater, war Gast bei Wolfgang Seybold. Foto: eath



Routine im Vorfeld der Sicherheitskonferenz: Jeder Gullydeckel wird versiegelt und von Sprengstoffhunden überprüft.

Foto: Robert Haas

Neue Töne aus dem Bayerischen Hof

Tagungs-Chef Wolfgang Ischinger geht auf Attac zu und nimmt der Auseinandersetzung die Schärfe

Von Stefan Kornelius

Das Feindbild Sicherheitskonferenz beginnt sich zu wandeln, und woran könnte man das besser erkennen als am Spielplan der Münchner Kammerpiele. Die brachten im Oktober ein Stück mit dem Titel „Sicherheitskonferenz“ im Neuen Haus, in dem die Zuschauer mitten in den Ballsaal des Bayerischen Hofes hineingezogen wurden, quasi als Teilnehmer an einem großen, ovalen Konferenzstück. Wenn die Konferenz schon zu Theater wird, welches Theater lohnt also die eigentliche Konferenz?

Das Treffen von 300 Außen- und Sicherheitspolitikern hat in den vergangenen Jahren an Reibungsfläche verloren. Im vergangenen Jahr waren lediglich 500 Demonstranten auf der Straße. Das hat zum einen mit der großen Weltpolitik zu tun. Seitdem Barack Obama Präsident im Weißen Haus ist, fehlt das Feindbild, das Vorgänger George Bush noch so trefflich abgegeben hatte. Der Irak-Krieg ist vorüber, im Sommer sollen die US-Truppen abgezogen sein, und für Afghanistan ist die letzte Runde eingeleitet.

Für die Konferenz selbst hat Tagungsleiter Wolfgang Ischinger ebenfalls Neuerungen eingeführt, die dem Treffen die harten Kanten nehmen. Bedeutend für den langsamen Imagewandel war der Wechsel an der Spitze der Konferenz selbst: Ischingers Vorgänger Horst Teltschik war für die Tagungsgegner zur Pro-

jektionsfläche allen Zorns geworden, vielleicht weil Teltschik am Ende alle Kooperationsbereitschaft aufgegeben hatte und sein Unverständnis für die Demonstranten nicht mehr verbarg. Ischinger nutzte den Wechsel und brach das Eis, indem er auf die Gegner zugeht. Ein halbes Dutzend Mal traf er sich mit verschiedenen Gegner-Gruppen, diskutierte, hörte zu, versuchte zu überzeugen, zeigte Verständnis. Wer den Dialog

„The Munich conference“, weltweit ein Treffen mit gutem Klang

will, kann nicht der Unnahbarkeit bezichtigt werden – Ischinger will diese Dynamik nutzen, um das Bild der Sicherheitskonferenz in München zu ändern. Nirgendwo auf der Welt wird das Treffen mit so viel Kritik bedacht wie am Ausrichtungsort selbst. „The Munich conference“ hat in Amerika und Delhi, in Moskau und in London einen guten Klang – nicht aber in der Gastgeber-Metropole.

Die meisten Punkte sammelte Ischinger im vergangenen Juli, als eine Attac-Veranstaltung von einer linken Gruppe gepregelt und Ischinger bedrängt und am Rande gehindert wurde. Wer so viel Intoleranz zeigt, der darf für sich keine höhere Ration in Anspruch nehmen, zumal die Sache mit der Moralkeule alle-

mal schwierig wird, wenn man die mitunter grobe Rhetorik durchleuchtet. Noch immer nennt sich ein Gegner-Kreis „Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“, obwohl die Nato mit der Konferenz nichts zu tun hat. Ischinger machte in den Gesprächen ebenfalls klar, dass es intellektuell unredlich sei, von den Konferenzteilnehmern als „Kriegstreibern“ zu reden, wenn es um Abrüstung, Energiesicherheit oder Verständnis zwischen den Großmächten China und USA geht. In diesem Jahr ist der chinesische Außenminister zu Gast – kein falscher Zeitpunkt, beobachtet man die Spannungen zwischen Washington und Peking. Immerhin setzt sich die Gegner-Szene untermal mit diesen Argumenten auseinander.

Auch in diesem Jahr wird wieder ein Beobachter von außerhalb eingeladen. Begeleitet wurde der Konflikt mit dem Rathaus, Oberbürgermeister Christian Ude wurde nach seiner Irak-Kritik 2003 von vielen, vor allem amerikanischen Konferenzteilnehmern ignoriert, später wurde der traditionelle Empfang der Stadt von einem Abendessen verdrängt. In diesem Jahr hat Ischinger die Brücke wieder repariert – und die Stadt lädt ins Alte Rathaus.

In der Konferenz selbst sind ebenfalls neue Töne zu hören. Zwar hat Ischinger den Teilnehmerkreis nicht verkleinert, wie ursprünglich geplant. Vielmehr wuchs die Zahl der akkreditierten Disku-

tant. Dafür wurde er noch breiter gefächert. Neben Russen, Chinesen, Iranern oder Pakistanen (die schon unter Teltschik angezogen waren) finden sich jetzt immer mehr Vertreter aus den Vorstandsetagen ganz unterschiedlicher Branchen. Die Finanzier und die Energiebetriebe haben gezeigt, dass Sicherheit ein breiter Begriff ist. Ischinger will die Themen auch für diese Kreise interessant machen, ohne aber am Kern der Veranstaltung zu rühren. Da geht es um klassische Sicherheitspolitik, um Abrüstung, Bündnisse, Terror oder Staatsaufbau.

Unter den Moderatoren: ZDF-Anchorman Claus Kleber

Auf der Konferenz selbst tritt Ischinger in diesem Jahr kaum in Erscheinung. Die Moderation der verschiedenen Runden überlässt er vor allem Journalisten, etwa dem ZDF-Moderator Claus Kleber. Und dann will er der Versuche widerstehen, aus der Marke „Munich“ ein Großereignis wie etwa das Weltwirtschaftsforum in Davos zu machen. Zwar ging „Munich“ im November auf Reisen und konferierte erstmals in Washington. Aber der Kreis war sehr klein, und es wurde intensiv gestritten. „Wehrkunde at the Potomac“ nannten das die Amerikaner. Ganz so wie früher.

Friedenskonferenz

Die Dame aus Kolumbien nach München einzuliegen, ist nicht ganz einfach. Denn auf das Visum für Alejandra Londoño mussten die Organisatoren der „Friedenskonferenz“ lange warten. Londoño arbeitet in Kolumbien im Jugendnetzwerk „Red Juvenil“ mit, das versucht, Jugendliche davor zu bewahren, zwischen die Fronten der Bürgerkriegsparteien zu geraten. Todesdrohungen gibt es immer wieder gegen die Mitarbeiter.

Parallel und als Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz findet auch in diesem Jahr die „Friedenskonferenz“ statt. Deren Veranstalter – dazu gehören der Kreisjugendring ebenso wie Paz Christi oder der „Internationale Friedenskonferenz“-wollen inhaltliche Alternativen zur Kriegspolitik aufzeigen. Überflüssig sei man auch nach dem Wechsel in der Leitung der Sicherheitskonferenz nicht, sagt Thomas Rodl, Mit-Organisator der Friedenskonferenz. Wobei er dem neuen Siko-Chef Wolfgang Ischinger immerhin bescheinigt, dass er ein „flexibler Kopf“ sei als sein Vorgänger Horst Teltschik.

Das internationale Forum im Alten Rathaus (Beginn 18 Uhr), das in den Jahren zuvor die Auftaktveranstaltung zur Friedenskonferenz war, ist nun für den Samstag geplant, da am Freitagabend Oberbürgermeister Christian Ude für die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz einen Empfang gibt. Alejandra Londoño wird an dem Forum „Frieden und Gerechtigkeit“ teilnehmen, dazu der britische Autor Michael Henderson und die US-Amerikanerin Cynthia McKinney, die im Präsidentschaftswahlkampf 2008 für die Grünen gegen Barack Obama angetreten war. McKinney, die selbst schwarz ist, setzt sich für die Rechte von Farbigen und die Abschaffung der Todesstrafe ein.



Prominenter Gast: Cynthia McKinney, Präsidentschaftskandidatin der amerikanischen Grünen. Foto: dapid

Bereits am Freitag gibt es eine Diskussionsrunde zur Afghanistan-Politik im DGB-Haus an der Schwannhaldenstraße (19.30 Uhr). Am Sonntag treffen sich die Teilnehmer des Internationalen Forums ebenfalls im DGB-Haus erneut zur Diskussionsrunde (10-13 Uhr). Die Trägerin des alternativen Nobelpreises 2008, die Somalierin Asha Hagi, musste allerdings aus gesundheitlichen Gründen absagen. Monika Maier-Albarg

Info unter: www.friedenskonferenz.info

Sperrzone Promenadeplatz

Polizei riegelt das Gebiet um die Tagungsstätte von Freitag an hermetisch ab

Von Susi Wimmer

So langsam gewöhnt sich der Münchner an die Sicherheitsringe: Nachdem die Wiesn 2009 schon hermetisch von der Polizei abgeriegelt worden war, gleich alle Jahre wieder im Februar das Gebiet um den Bayerischen Hof einem Hochsicherheitsstrakt. Von Freitag bis Sonntag darf am und rund um den Promenadeplatz nicht geparkt werden, die Zufahrt ist nur „Personen mit berechtigtem Anliegen“ gestattet, und auch zu Fuß darf nur passieren, wer entweder einen Ausweis des Veranstalters vorliegen oder ein „berechtigtes Interesse“ nachweisen kann. Da an dem Wochenende auch diverse Demonstrationen angesetzt sind, rat die Polizei den Münchnern, nicht mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren.

Wer im Bereich des Promenadeplatzes am Freitag um 6 Uhr früh noch ungeparkt hat, hat Pech: Die Polizei wird alle Fahrzeuge abschleppen lassen, die um diese Zeit noch im Sicherheitsbereich (auf der Skizze blau markiert) abgestellt sind. Auch der Betrieb der Straßenbahnlinie 19, die direkt am Hotel Bayerischer Hof vorbeifährt, wird für die Dauer der Sicherheitskonferenz eingestellt. Die Tram wird zwischen Stachus und Maximilianplatz über den Sendlinger-Tor-Platz umgelenkt.

Zu erwarten ist auch, dass die Münchner Polizei an diesem Wochenende wieder mit einem Großaufgebot an Uniformierten antreten wird. Im letzten Jahr waren gut 3500 Polizisten im Einsatz. In einem reibungslosen Ablauf der Sicherheitskonferenz und der Gegen-demonstrationen zu gewährleisten. Bereits am Freitag ist im Haus der Bayerischen Wirtschaft in der Max-Jo-



Nur wer ein „berechtigtes Interesse“ hat, darf am Wochenende während der Sicherheitskonferenz die Polizeischleusen passieren. Grafik: Polizei/Mainka

soph-Strasse ganztägig die Konferenz „Risiko Rohstoff – Versorgung, Strategie und Handlungsoptionen“ angesetzt. Am Samstag werden Siko-Gegner auf dem Marienplatz demonstrieren. Die Kundgebung beginnt um 12 Uhr, anschließend ist ein Protestmarsch vom Marienplatz zum Sendlinger-Tor-Platz und weiter über die Landwehrstraße, Goethestraße, Bayerstraße, Stachus, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Briener Straße bis hin zum Odeonsplatz angemeldet. Auch ent-

lang dieser Zugstrecke wird die Polizei teilweise Halteverbote errichten, außerdem werden einige Kreuzungen während der Demonstration für den Verkehr gesperrt werden.

Erwartungsgemäß wird es in der Innenstadt zu einigen Staus kommen, auch der öffentliche Busverkehr wird betroffen sein. Einzig und allein der U- und S-Bahnen wird am Wochenende von dem Rummel um die Sicherheitskonferenz verschont bleiben.

Protest gegen die „Kriegstagung“

Die Gegner der Konferenz um Claus Schreier geben sich unversöhnlich

Von Wolfgang Gori

Für Claus Schreier und seine Mitstreiter von „Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“ ist das Münchner Treffen eine „Kriegstagung“, egal ob der Konferenzleiter Horst Teltschik oder Wolfgang Ischinger heißt. In einem offenen Brief hat Schreier kürzlich den Vorwurf erhoben, er, Ischinger, stelle sich mit seiner Forderung nach Truppenverstärkung in Afghanistan „an die Spitze der Kriegstrommler unseres Landes“. Ischinger hat nun seinerseits in einem offenen Brief geantwortet, unter anderem mit der Bemerkung, er sei als Kriegstrommler beschimpft zu werden. In puncto Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr schreibt Ischinger, nicht die westlichen Soldaten brächten die Gewalt, sondern die aufständischen Taliban, die das afghanische Volk lange Jahre unterdrückt hätten.

Nach allem, was zuletzt zu lesen und zu hören war, wird es keine Annäherung zwischen dem Vorsitzenden der Konferenz und den Sprechern der Konferenzgegner geben. Schreier legte am Dienstag nochmal nach, indem er Ischinger als „Moderator und Organisator einer Propaganda-Veranstaltung der Nato-Kriegstrategen“ bezeichnete. Ischingers Angebot, mit den Konferenzgegnern ins Gespräch zu kommen, wies Schreier als durchgefallenen Versuch der Vereinnahmung zurück. Auch eine Einladung, an der Sicherheitskonferenz teilzunehmen, wurde Schreier ablehnen, weil Kriegsgegner dort nur eine „Feigenblattfunktion“ hätten. Anders sieht das offenbar Wolfgang Gehrke, der für die Linkspartei im Bundestag sitzt. Als Erster aus den Reihen der Linken wird er bei der Konfe-

renz zugegen sein. Claus Schreier ist von Gehrkes Teilnahme wenig begeistert: „Das ist seine Entscheidung. Wir halten nichts davon.“ Die Konferenzgegner um Schreier sehen ihren Platz auf der Straße. Im Hinblick auf die Demonstration, die am Samstag, 13 Uhr, auf dem Marienplatz beginnt, fordert Schreier die Polizei auf, jegliche Behinderung des Protestmarschs, beispielsweise Personenkontrollen und Festnahmen, zu unterlassen. Falls es zu Repressionen der Polizei komme, werde man die Demo auflösen. Die Demonstranten würden dann von sich

aus den Weg zur Abschlusskundgebung auf dem Odeonsplatz finden. Im Übrigen fordert Schreier eine Kennzeichnungspflicht der Polizei: „Gegen willkürliche Übergriffe der Polizisten konnten wir uns bisher nur mit einer Anzeige gegen unbekannt wehren.“

Die zentrale Forderung der Kundgebungen am Wochenende lautet: „Schluss mit dem Krieg – Nato- und Bundeswehrtruppen raus aus Afghanistan!“ Dort geht es allein um geostrategische Interessen sowie den Zugang zu Märkten und Rohstoffen, was mit Hilfe der Nato militärisch durchgesetzt werden sollte.



Auch in diesem Jahr gibt es Proteste gegen die Sicherheitskonferenz. Foto: dapid

Konzert mit Lärminstrumenten

„Feed the Rich“ lautet der Titel einer satirischen „Jubeldemo“, die am Mittwoch, 3. Februar, 18 Uhr, am Sendlinger Tor beginnt. Dabei will man ironisch auf die Verbindung von Krieg, Rüstungsindustrie und deren Profiteure hinweisen. Am Donnerstag, 4. Februar, findet von 15 bis 17 Uhr ein satirisches Monopoly auf dem Marienplatz statt. Veranstalter ist die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Eines „Antikriegs-Orchester“, bei dem jeder, der über ein Lärminstrument verfügt, Mitspielen kann, gibt am Freitag, 5. Februar, 18 Uhr, auf dem Marienplatz ein Protestkonzert gegen die Konferenz. Die Großdemonstration startet am Samstag, 6. Februar, 13 Uhr, auf dem Marienplatz. w9

Friedenskonferenz

Die Dame aus Kolumbien nach München einzufliegen, ist nicht ganz einfach. Denn auf das Visum für Alejandra Londono mussten die Organisatoren der „Friedenskonferenz“ lange warten. Londono arbeitet in Kolumbien im Jugendnetzwerk „Red Juvenil“ mit, das versucht, Jugendliche davor zu bewahren, zwischen die Fronten der Bürgerkriegsparteien zu geraten. Todesdrohungen gibt es immer wieder gegen die Mitarbeiter.

Parallel und als Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz findet auch in diesem Jahr die „Friedenskonferenz“ statt. Deren Veranstalter – dazu gehören der Kreisjugendring ebenso wie Pax Christi oder der „Internationale Versöhnungsbund“ – wollen „inhaltliche Alternativen zur Kriegspolitik“ aufzeigen. Überflüssig sei man auch nach dem Wechsel in der Leitung der Sicherheitskonferenz nicht, sagt Thomas Rödl, Mit-Organisator der Friedenskonferenz. Wobei er dem neuen Siko-Chef Wolfgang Ischinger immerhin bescheinigt, dass er ein „flexiblerer Kopf“ sei als sein Vorgänger Horst Teltchik.

Das internationale Forum im Alten Rathaus (Beginn 18 Uhr), das in den Jahren zuvor die Auftaktveranstaltung zur Friedenskonferenz war, ist nun für den Samstag geplant, da am Freitagabend Oberbürgermeister Christian Ude für die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz einen Empfang gibt. Alejandra Londono wird an dem Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ teilnehmen, dazu der britische Autor Michael Henderson und die US-Amerikanerin Cynthia McKinney, die im Präsidentschaftswahlkampf 2008 für die Grünen gegen Barack Obama angetreten war. McKinney, die selbst schwarz ist, setzt sich für die Rechte von Farbigen und die Abschaffung der Todesstrafe ein.



Prominenter Gast: Cynthia McKinney, Präsidentschaftskandidatin der amerikanischen Grünen. Foto: dapid

Bereits am Freitag gibt es eine Diskussionsrunde zur Afghanistan-Politik im DGB-Haus an der Schwanthaler Straße (19.30 Uhr). Am Sonntag treffen sich die Teilnehmer des Internationalen Forums ebenfalls im DGB-Haus erneut zur Diskussionsrunde (10-13 Uhr). Die Trägerin des alternativen Nobelpreises 2008, die Somalierin Asha Hagi, musste allerdings aus gesundheitlichen Gründen absagen.

Monika Maier-Albang

Info unter: www.friedenskonferenz.info

Großeinsatz zur Sicherheitskonferenz

Gerade einmal 17 Festnahmen verzeichnete die Polizei während der Sicherheitskonferenz 2009. „In den letzten beiden Jahren hat sich die Lage bei den Gegendemonstrationen entspannt“, sagt Polizei-Vizepräsident Robert Kopp. Trotzdem wird die Polizei bei der 46. Sicherheitskonferenz am kommenden Wochenende mit gewohnt starker Präsenz auftreten: 3700 Beamte aus mehreren Bundesländern werden in der Stadt zusammengezogen, um Konferenz, Demonstranten und Bürger zu schützen. „Wir tarieren die Lage schon richtig aus“, erklärte Kopp und kündigte an, die Münchner Linie beizubehalten: Bei Gesetzesverstößen werde die Einschreitschwelle der Beamten „sehr niedrig“ sein.

Von Freitag bis Sonntag wird die Innenstadt wieder fest in der Hand der Sicherheitskonferenz (Siko) sein: Hochrangige Politiker wie der neue Nato-Generalsekretär Anders Rasmussen und die Staatspräsidenten von Afghanistan und Aserbaidschan werden erwartet – und müssen von der Polizei geschützt werden. Gleichzeitig haben Tagungsgegner und Friedensaktivisten insgesamt neun Veranstaltungen für die drei Tage angekündigt. Am Freitag beispielsweise hat das „Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“ ab 17 Uhr eine Versammlung auf dem Marienplatz angemeldet. Erwartet werden rund 1000 Teilnehmer, aus Sicherheitsgründen wird die Polizei den Platz absperren. Die Veranstaltung geht bis 20 Uhr, „und wir denken, dass die Demonstranten mit ihrem Anti-Kriegs-Orchester den Empfang im Ratssaal stören wollen“, meint Kopp.

Schwerpunkt der Gegenveranstaltungen ist die Großdemo am Samstag, zu der die Veranstalter rund 5000 Menschen erwarten, darunter auch mehr als 500 Autonome, die im schwarzen Block durch München marschieren wollen, so Kopp. Im Internet kursierten Aufrufe, die Sicherheitskonferenz anzugreifen unter dem Motto „no war but glass“. Für eine Gefährdung aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus gebe es keinerlei Erkenntnisse, sagte der Vize-Präsident.

Die Münchner Einzelhändler forderten, die Sicherheitskonferenz aus der Innenstadt zu verlagern. „Wir haben massive Umsatzeinbrüche während der Tagung“, beklagte Bernd Ohlmann, der Geschäftsführer des Bayerischen Einzelhandelsverbands. Besonders der Bayerische Hof als Tagungsort sei „uns schon ein Dorn im Auge. Warum müssen die sich ausgerechnet in der Innenstadt treffen?“ Der Verband CityPartner der Innenstadthändler erwartet „ein relativ ruhiges Wochenende“ und fordert die Münchner auf, sich nicht vom Winterschlussverkauf im Zentrum abhalten zu lassen. Geschäftsführer Wolfgang Fischer verwies auf das vergangene Jahr: „Kein Chaos, keine Staus und in weiten Teilen der Innenstadt bummelten die Besucher völlig entspannt und ungestört!“ *wim, jbb, ddp*



Konferenzauftakt in bester Stimmung: OB Christian Ude (links) begrüßt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg im Rathaus. Foto: Tobias Hase, dpa

3700 Polizisten bewachen den Tagungsort Bayerischer Hof

„Eine Ehre für die Stadt“

OB Ude verteidigt den Empfang zum Auftakt der Sicherheitskonferenz – Proteste vor dem Rathaus

Von J. Bielicki, B. Kastner, C. Rost und Ph. Crone

Die Minister dinieren, und ihre Gegner protestieren. Mit einem Empfang und anschließendem Essen im Alten Rathaus begann am Freitagabend die Münchner Sicherheitskonferenz, auch in diesem Jahr begleitet von Demonstrationen in der Innenstadt.

Afghanistans Präsident Hamid Karsai hatte sich angemeldet, ließ kurzfristig absagen, eine halbe Stunde später sagte er wieder zu, dann erneut ab. Fast bis zum ersten Gang jonglieren die Protokollführer mit den Namenskärtchen auf den weiß eingedeckten Tischen im Ratssaal. Am Ende verspeisen Oberbürgermeister Christian Ude und Konferenzchef Wolfgang Ischinger neben Außenminister Guido Westerwelle und der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton Barbarie-Entenbrust mit Pflaumenkraut. Zuvor hat Ude erstmals seit sieben Jahren die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz wieder persönlich begrüßt.

In seiner auf Englisch gehaltenen Tischrede verteidigt Ude die Konferenz vehement gegen die Kritik ihrer Gegner: Was er auf den Tagungen erlebt habe, könne „den Vorwurf einseitiger westlicher Propaganda eindrucksvoll widerlegen“, findet der OB und erinnert an die Auftritte von Spitzenpolitikern aus Staaten wie Russland oder Iran, die dem Westen kritisch gegenüberstehen. Wer trotzdem behaupte, diese Konferenz diene nicht dem Nachdenken über die Chancen friedlicher Konfliktregelung, sei „einfach nicht fähig, Veränderungen wahrzunehmen und sich von alten Feindbildern zu trennen“, erklärt Ude. Eine „überwältigende Mehrheit der Münchner Bevölkerung“ sei „dankbar“, dass die Veranstalter „München die Ehre erweisen, Tagungsort eines so bedeutsamen internationalen Dialogs sein zu können“.

Verteidigungsminister Karl-Theodor von Guttenberg, der sich zuvor noch ein Gläschen des von der Stadt spendierten Aperitifs genehmigt hat, ist beim Essen, gesponsert von einem großen europäischen Rüstungskonzern, nicht mehr dabei. Einige hochrangige Teilnehmer, vor allem Senatoren aus den USA, ziehen einen Ausflug ins Bogenhausener Restaurant Kafer vor. Dorthin lädt der gut ver-



Als Münchner Kindl und darüber ein Skelettkostüm: Ein Demonstrant kritisiert die Sicherheitskonferenz. Foto: Angelika Warmuth, dpa



Wollte Präsidentin von Amerika werden: Die US-Grüne Cynthia McKinney schenkt Hep Monatzeder ihr Wahlkampf-Shirt. Foto: Stephan Rumpf

Auf dem Marienplatz demonstrieren derweil die anderen, die sich zum „Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“ zusammengeschlossen haben. Gegen die Siko tun sie das routinemäßig, aber an diesem Abend richtet sich der Protest auch gegen die Stadt, ja, gegen den Oberbürgermeister. Udes wichtigstem Partner im rot-grünen Rathausbündnis, dem grünen Fraktionschef Siegfried Benker, ist gar nicht nach Miteinander zumute: „Dieser Empfang ist bestenfalls bedeutungslos“, wettet er auf der Internetseite der Siko-Gegner, „im schlechtesten Fall aber eine überflüssige positive Stellungnahme zu den Kriegen und den Kriegsmethoden, die derzeit stattfinden. Ein Empfang, der nicht in meinem Namen stattfindet.“ Linken-Stadtrat Orhan Akman zieht Ude auf der Bühne vor dem Rathaus gar der politischen Feigheit. Der OB habe mit einem Verfahrenstrick verhindert, dass der Stadtrat einen Antrag der Linken gegen den Empfang diskutiert.

Laut Polizei sind rund 300 Demonstranten an diesem kalten Abend gekommen – angemeldet waren 1000. Und wäre nicht ein Münchner Kindl unter ihnen, das, in einer Figur, von einem mächtigen Gevatter Tod überragt wird – den Passanten würden fast nur die unzähligen Polizisten auffallen, die aus halb Deutschland angereist sind. Als die Minister drinnen beim Tartar von Aumühler Forelle sind, hat sich die friedliche Versammlung draußen längst aufgelöst.

Bereits am Nachmittag empfing Bürgermeister Hep Monatzeder eine Parteifreundin aus den USA im Rathaus. Cynthia McKinney sei „the first Member of the Green Party“, das zu einem offiziellen Besuch nach München komme, freute sich der Grünen-Politiker bei einem Meinungsaustausch in seinem Amtszimmer. Dabei konnte sich die ehemalige Kongressabgeordnete – obwohl sie sogar zur US-Präsidentschaftswahl angetreten war – eher bei Monatzeder Tipps für erfolgreiche Politikvermarktung holen als umgekehrt. Denn die Grünen spielen in den USA nur in der zweiten Liga. McKinney erreichte gerade 0,1 Prozent der Stimmen. Am Samstagabend wird die 54-Jährige an der Friedenskonferenz im Alten Rathaus (18 Uhr) teilnehmen und für die Demilitarisierung der Welt werben.

netzte Münchner Anwalt Wolfgang Seybold seit 28 Jahren Konferenzteilnehmer zu einem privaten Dinner.

Im reservierten ersten Stock des Restaurants geht es ziemlich gemütlich zu, um nicht zu sagen heiß und eng. Die frühere US-Außenministerin Madeleine

Albright müht sich durch den verstopften Gang vorbei an einer humpelnden Veronica Ferres. Diese sagt nur: „Skifahren!“ John Kerry und Henry Kissinger scheinen sich wohl zu fühlen in der Masse. Sie nippen ganz entspannt an ihren Champagner-Gläsern.

Sicherheitskonferenz in München: Die Demos und der Glamour außenrum



Auch diesmal waren die Fronten bei der Sicherheitskonferenz klar: Martialisch der Polizist mit Helm und runter geklapptem Visier - ihm gegenüber steht ein Demonstrant, verkleidet als Nato-Clown. Fotos: dpa, ddp

TEURER SPASS

Polizeieinsatz kostet rund 3,6 Millionen

5000 Demonstranten, darunter etwa 500 gewaltbereite Autonome wurden in München erwartet. Dieses Szenario lieferte mal wieder den Anlass für Münchner Polizeifeiern: 3700 Beamte sowie 250 Bundespolizisten waren das gesamte Wochenende über auf den Beinen. Ihr Einsatz verschlingt Millionen Steuergelder. Innenminister Joachim Herrmann hat vor einiger Zeit die Kosten pro Beamten und Einsatzstunde mit rund 45 Euro angegeben. Bei 4000 Beamten und 2,5 Einsatztagen macht das vorsichtig geschätzt rund 3,6 Millionen Euro.

Die Bilanz ist mager: 40 abgeschleppte Autos. Über das gesamte Wochenende verteilt hat die Polizei im Zusammenhang mit den Protesten sechs Personen kurzzeitig festgenommen, 17 waren es 2009.

Die Zahl der Demonstranten hat sich in den letzten Jahren fast halbiert. Trotzdem bleibt das Präsidium bei seiner Linie. „Nur weil die Polizei massiv präsent zeigt, ist es in der Stadt friedlich geblieben“, betont Polizeivizepräsident Robert Kopp.

Protest säuft im Regen ab

Nur etwa 2200 Demonstranten beteiligen sich an der Friedensdemo. Der Marsch durch die Münchner Innenstadt wird vorzeitig abgebrochen. Die Polizei nimmt vier Demonstranten fest

Von Ralph Hub

Schnürriegen und Temperaturen nur knapp über Null Grad – keine Frage, Petrus

stand am Samstag klar auf Seiten von Wolfgang Ischinger und dessen Sicherheitskonferenz. Während Politiker und Militärs im Bayerischen Hof im

Warmen saßen, standen rund 2200 Gegendemonstranten mit ihrer Forderung nach Frieden und mehr Gerechtigkeit in der Welt frierend im Regen.

Anfangs sind es gerade mal 600 Demonstranten auf dem Marienplatz. Trotz halten sie Transparente hoch. „Kriegsgerät verschrotten“ und „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ for-

dern sie. Zwei Frauen tragen ein Holzbrett mit drei kleinen schwarzen Särgen herum. Drauf steht: „Süß und ehrenvoll ist's, fürs Vaterland zu sterben.“ Auch US-Präsident Barack Obama mischt sich unter die Demonstranten, allerdings nur als Pappkamerad mit einer toten Friedenstaube in der Hand. Bei strömendem Regen for-

miert sich die Demo. 2200 Teilnehmer sind es laut Polizei – halb so viel, wie vom Friedensbündnis erhofft. „Das kalte Wetter ist schuld“, sagt Mitorganisator Claus Schreier.

Viele junge Leute marschieren mit. Einige tragen schwarze Kapuzenshirts, was sie in den Augen der Polizei zu Sympathisanten der autonomen Szene macht. Doch der „schwarze Block“ bleibt friedlich.

Die Polizei nimmt während der gesamten Demo vier Leute fest, meist wegen Beleidigung. Darunter einen Neonazi, er hatte einen Linken als „antifaschistische Schwuchtel“ beschimpft. Eine 13-Jährige zieht die Beamten aus dem Verkehr. Sie ist völlig betrunken.



Als trauernde Mutter verkleidet protestiert diese Demonstrantin auf dem Marienplatz. Im Hintergrund Präsident Obama als Pappkamerad.



Demonstranten auf dem Marienplatz, seit Jahren beteiligen sich immer weniger an dem Protest, 2200 waren es dieses Jahr. Foto: SG

Frankengipfel mit Kissinger und Guttenberg

Staatsempfang in der Residenz – nur die Russen wollten lieber in den Franziskaner

Die prunkvollen Kandelaber tauchen den Kaisersaal der Residenz in mildes Licht, das Streichquartett spielt, während Exzellenzen und Minister an der 30 Meter langen Tafel Platz nehmen und pflichtschuldigst ein wenig über aktuelle Sicherheits-Fragen diskutieren. Zum Beispiel jene, ob auch ganz sicher endlich der geraucherte Saibling mit Apfelmeerrettich aufgetragen wird.

Dunkler Anzug ist Pflicht, eine Ausnahme gilt ausschließlich für den afghanischen Präsidenten Hamid Karzai und seinen berühmten grünen usbekischen Kaftan. Er plaudert beim



Die Kandelaber-Formation macht was her: Der Staatsempfang im Kaisersaal der Residenz. Foto: ddp

Rinderfilet mit gehackten Kräutern etwas angestrengt mit Theodor zu Guttenberg, der wiederum geschmeichelt den Worten von Henry Kissinger lauscht. Dem 86-jährigen Alt-Star der internationalen Politik hört man seinen Geburtsort Fürth noch an: „Herr zu Guttenberg hat mich darauf aufmerksam

gemacht, dass mein Deutsch einen fränkischen Akzent hat.“

Zu diesem Zeitpunkt hat Horst Seehofer bereits erklärt, dass er auf seine vorbereitete Rede verzichtet, weil: „Alles, was Guttenberg und Westerwelle gesagt haben, ist auch die Meinung der bayerischen Staatsregierung.“



Afghanistans Präsident Hamid Karzai in mildem Licht.

Als Frankreichs Außenminister dem ehemaligen Nato-Generalsekretär Javier Solana die Ewald-von-Kleist-Medaille verleiht, schläft ein Sicherheitsmann ein. Diese schöne Szene verpasst die komplette russische Delegation. Die schwänzt den Empfang – und feiert lieber im Franziskaner. mak

Stinkefinger für Innenminister Joachim Herrmann

„Krieg dem Krieg überall“, dröhnt es aus Lautsprechern. Die Demonstranten haben seitlich am Zug Transparente, was sie laut Auflage nicht dürfen. Ein Unterstützungskommando marschiert auf, ausgerüstet mit Helmen und Schlagstöcken. Die Transparente verschwinden, tauchen an anderer Stelle wieder auf. Das Katz- und Mauspiel bringt die Demo immer wieder ins Stocken. Regen lässt die Transparente aufweichen, von den Fahnen mit Hammer und Sichel tropft das Wasser.

„Zu viele Reden, zu wenig Diskussion“

Menschenrechtler Ken Roth sagt, warum die Siko trotzdem nicht sinnlos ist



AZ-INTERVIEW
mit
Kenneth Roth

Der New Yorker Jurist ist Direktor der unabhängigen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch.

AZ: Herr Roth, Sie kommen gerade von einem Gespräch mit Außenminister Westervelle. Mit welchem Eindruck?

KENNETH ROTH: Wir sehen positive Entwicklungen im Auswärtigen Amt unter Westervelle. Er hat das Thema Menschenrechte vor allem in China offen angesprochen, viel offener als sein Vorgänger – und wissen Sie was? Der Himmel ist nicht eingestürzt! Genauso in Russland, Saudi-Arabien und Jemen. Das ist ein guter Anfang.

Er hat's nicht leicht. Das Lob wird ihm freuen.

Und es ist eine große Chance. Russlands Präsident Medwedew hat gerade von mehr Rechtsstaatlichkeit gesprochen. Wir wüssten gerne, wie ernst er es meint. Und

gebe eine Tradition russischer Außenpolitik, niemals die Grenzen anderer Staaten anzugreifen. So, als hätte er noch nie von Tschetschenien gehört. Menschenrechtler, kritische Journalisten verschwinden dort seit zehn Jahren. Eine richtige Strafverfolgung findet nicht statt. Auf der Konferenz wissen das alle, der ganze Saal lacht verzweifelt auf, aber niemand widerspricht ihm.

Die Konferenz geht am Thema vorbei?

Nehmen Sie Afrika. Das steht überhaupt nicht auf der Tagesordnung. In keinem Krieg der Welt sterben derzeit mehr Menschen als im Osten Kongos! Kommt hier nicht vor. Der Gaza-Krieg mit seinen Menschenrechtsverletzungen – ist das Aufstandsbekämpfung oder nur die Schaffung neuen Hasses? Die Frage wird nicht behandelt.

Was sagen sie zum Auftritt des chinesischen Außenministers?

Noch mehr Phrasen – völlig abseits der Realität! Er sagt: China wird niemals einer anderen Nation ihren Willen aufzwingen. Tatsächlich hat China gerade Kambodscha gezwungen, Asylbewerber auszuliefern. Diese Menschen sind seitdem verschwunden. Er sagt: Wir glauben an Redefreiheit. In Wahrheit ist die große Firewall in der Computer-Sphäre nichts als Unterdrückung der Redefreiheit.

„Solche Konferenzen neigen dazu, Probleme auszublenden“

Sie sind nicht das erste Mal bei der Konferenz, und sie klingen desillusioniert wie die Kritiker, die der Veranstaltung den Sinn absprechen.

Sie ist nicht sinnlos. Ich bin hier zwar eine Minderheitsstimme, aber immerhin hatte

ich in den vergangenen Jahren die Gelegenheit, das Thema von Streubomben anzusprechen. Inzwischen gibt es ein Abkommen, das diese Waffen ächtet und das 107 Staaten unterzeichnet haben.

Bei all den wichtigen Themen, die hier nicht angesprochen werden: Was würden Sie am liebsten behandelt wissen?

Ich hätte gerne eine globalere Perspektive auf den Begriff Sicherheit. Wie bekämpft man wirklich Terrorismus? Hilft Guantanamo im Kampf gegen den Terrorismus? El Kaida liebt Guantanamo. Es ist das beste Rekrutierungsargument für Terrorismus.

Obama hat versprochen, Guantanamo zu schließen.

Aber nur die Anlage. Die Politik dahinter bleibt. Wenn Obama Leute ohne Anklage festhält, dann gefährdet das auf Dauer die internationale Sicherheit. Die soll doch hier das Thema sein.

Interview: mm.

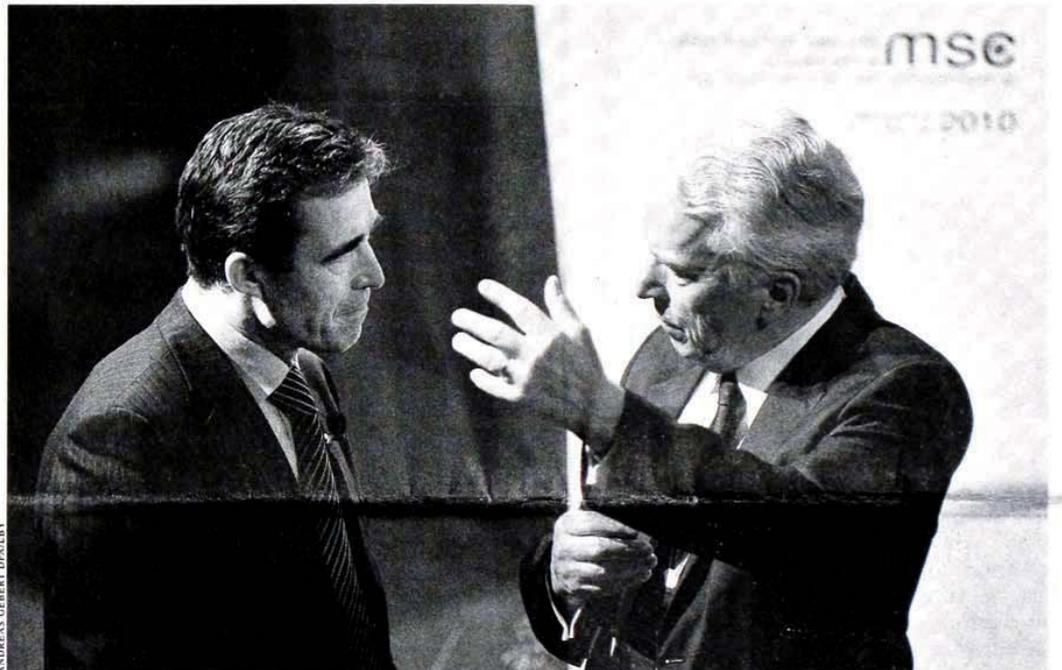
Drohung gegen Teheran

Erst verschärfte Sanktionen, dann Krieg? US-Senator fordert in München »militärische Aktionen« gegen Iran. Ahmadinedschad-Initiative offenbar gescheitert. **Von Knut Mellenthin**

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat am Sonntag die iranische Atomenergiebehörde beauftragt, mit der Anreicherung von Uran auf 20 Prozent zu beginnen. In einer ersten Reaktion rief US-Verteidigungsminister Robert Gates »die Welt« auf, gegen Iran »fest zusammenzustehen« und neue scharfe Sanktionen zu beschließen.

Das Uran wird für den Betrieb eines Reaktors in Teheran benötigt, der Isotope zur Behandlung von Krebspatienten herstellt. Iran hat seit September 2009 vergeblich versucht, das Material unter Einschaltung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) auf dem internationalen Markt zu erwerben. Die IAEA schlug statt dessen ein Tauschgeschäft vor, bei dem Iran die dringend benötigten Brennstoffe für den Reaktorbetrieb erst in einem Jahr erhalten würde. Außerdem soll Iran mit der Lieferung von 70 Prozent seines Vorrats an schwachangereichertem Uran in Vorleistung treten.

Teheran versucht seit Monaten, Verhandlungen über die technischen Details des IAEA-Vorschlags zu erreichen. Das wird von der US-Regierung und ihren europäischen Verbündeten kategorisch abgelehnt. Am Dienstag voriger Woche deutete Ahmadinedschad in einem Fernsehinterview Bereitschaft an, die westlichen Bedingungen weitgehend zu akzeptieren. Ob es sich dabei nur um einen persönlichen Vorstoß oder um eine Kursänderung der iranischen Führung handelte, blieb unklar. Die – entmutigende – Reaktion der USA, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens bestand lediglich darin, einen Resolutionsentwurf für neue Sanktionen



Angriffsziel Iran: US-Senator Lieberman (rechts) mit NATO-Generalsekretär Rasmussen am Sonntag in München

des UN-Sicherheitsrats in Umlauf zu bringen. Bisher widersetzen sich Rußland und mehr noch China einem solchen Schritt.

Bei seinen Auftritten während der »Münchener Sicherheitskonferenz« am Wochenende kam Außenminister Manuchehr Mottaki nicht auf Ahmadinedschads spektakuläre Äußerungen zurück, sondern wiederholte im wesentlichen die alte iranische Position. Diese sieht vor, das eigene schwachangereicherte Uran in mehreren Schüben direkt gegen die Brennstoffe zu tauschen.

Letztlich haben die Diskussionen um das Material für den Teheraner Re-

aktor mit dem grundsätzlichen Streit um das iranische Atomprogramm nichts zu tun und könnten so oder so wenig zu dessen Lösung beitragen. USA und EU wollen den Iran im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag dazu zwingen, seine Urananreicherung und alle damit in Zusammenhang stehenden Arbeiten zeitlich unbefristet einzustellen. Darüber hinaus soll Iran seine gesamten Vorräte an schwachangereichertem Uran vollständig abliefern. Diese rechtlich unbegründeten Forderungen, mit denen Iran einen Paria-Status akzeptieren müßte, würden selbst dann auf dem Tisch bleiben, wenn Teheran den von

der IAEA vorgeschlagenen Deal mit dem auf 20 Prozent angereicherten Uran akzeptieren würde.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz war es vor allem US-Senator Joseph Lieberman, der ganz offen mit »militärischen Aktionen« gegen Iran drohte, falls »harte Wirtschaftssanktionen« am Widerstand von Rußland und China scheitern sollten. Unterdessen meldeten arabische Medien, daß zwei mit Raketen bewaffnete israelische Kriegsschiffe am Donnerstag den Suezkanal passiert haben und zum Persischen Golf unterwegs sind.

◆ Siehe Seiten 2 und 8

»So macht man keine Außenpolitik«

Bei »Schurken« ist Schluß mit der Diplomatie. Beobachtungen eines Linken bei der »Münchener Sicherheitskonferenz«.

Ein Gespräch mit Wolfgang Gehrcke

Sie haben soeben als erstes Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke an der »Münchener Sicherheitskonferenz« im Luxushotel Bayerischer Hof teilgenommen. Welche Eindrücke konnten Sie dort sammeln?

Mein Gesamteindruck ist, daß hier sehr viel altes Denken mit moderner Sprache kombiniert wurde. Die Sprache der »Sicherheitskonferenz«, die früher »Wehrkundetagung« hieß, hat sich der Zeit angepaßt – aber das Denken nicht. Es wurde in alten Kategorien diskutiert – im Zentrum standen das NATO-Militärbündnis – und der Irrglaube, daß die Probleme dieser Welt



Wolfgang Gehrcke ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

im militärisch zu lösen sind. Unter den rund 300 Teilnehmern war die Wunschvorstellung einer entgrenzten NATO verbreitet, die als weltweite Organisation in Konkurrenz zu den Vereinten Nationen steht.

Die Teilnehmerliste ist ja schon mit wenigen Ausnahmen ein Who is Who einer elitären Sicherheitspolitik – sie läßt einen entweder in Ehrfurcht erstarren oder man wendet sich mit Grausen ab, es kommt nur auf den Standpunkt an. Hinzu kommen standesgemäße Eitelkeiten, die mich ein wenig an die Galopprennbahn in Hamburg erinnert haben – man führt mal eben seinen neuen Hut oder seinen neuen Anzug spazieren. Sehen und gesehen werden, das gehört offensichtlich dazu – ich will damit nichts verhallen lassen, aber man muß auch mal über den politischen Gegner spotten können. Beängstigend war, daß deutlich erkennbar »Schurkenstaaten« ausgemacht wurden, auch man sie nicht direkt so benannt hat.

Sie spielen auf Irans Außenminister Manuchehr Mottaki an, der im Streit um die Nutzung der Atomenergie gesagt hat, Teheran wäre leicht angereichertes Uran zur weiteren Aufbereitung ins Ausland geben, wenn es als Ersatz höher angereicherte Brennelemente für einen Forschungsreaktor bekommt?

Ja. Klug wäre es gewesen, dieses Angebot auf seine Substanz abzuklopfen. Es gibt sicher mehrere Konferenzteilnehmer, die das technisch gar nicht beurteilen können, dazu gehöre ich selbst auch. Mein Eindruck war allerdings, daß die ablehnende Haltung schon vor Mottakis Rede feststand. Sofort hieß es »Nichts Neues, die wollen nur

Zeit schinden« und »Alles nur Geschwätz«. So macht man keine Außenpolitik, wenn man auf Frieden interessiert ist. Aus diplomatischer Sicht ist dieser Umgang empörend – und US-Senator Joe Lieberman, der dem Iran sogar mit Militärschlägen gedroht hat, ist schließlich kein einflußloser Mann.

Wie war Ihr Eindruck von der Diskussion über den eskalierenden Krieg in Afghanistan?

Versammelte Hilflosigkeit – gepaart mit militärischer Gewaltbereitschaft. Von der Sprache darf man sich nicht täuschen lassen. Ein Fragesteller hat gesagt, er finde es erleichternd, daß die NATO nun endlich ausspricht, daß sie sich in Afghanistan im Krieg befindet. Das ist einerseits die Realität, die wir immer eingeklagt haben – aber die Absicht ist natürlich eine andere: Man will, daß Kriegesrecht angewandt wird; und man will die Bevölkerung an Kriege gewöhnen. Die Grundlinie ist: Der Krieg in Afghanistan muß militärisch gewonnen werden. Die »Afghanisierung des Krieges« durch Hochrüstung der afghanischen Armee ist auch kein neues Konzept. Es ist eine alte koloniale Herangehensweise, die als neue Strategie und »Übergabe der Verantwortung« verkauft wird. Der Zeitraum von fünf Jahren, der für einen möglichen Rückzug der NATO-Truppen genannt wurde, ist völlig willkürlich.

Sie selbst hatten auf dieser Konferenz kaum Gelegenheit, ihren Standpunkt einzubringen. Ihre Teilnahme ist auch im Vorfeld unter Linken auf Kritik gestoßen. Hat es sich aus Ihrer Sicht trotzdem gelohnt?

Man lernt dort sehr viel über die Strategie der anderen. Für reformierbar halte ich diese Konferenz nicht. Aber wenn sonst Vertreter aller Parteien im Bundestag daran teilnehmen, dann sollen die Veranstalter ruhig daran erinnert werden, daß es eine parlamentarische Kraft mit grundlegend anderen außenpolitischen Prinzipien gibt. Wir haben als Linke Jahre lang eine Einladung gefordert, weil die Konferenz ja auch mit öffentlichen Geldern subventioniert wird, also können wir nicht kniefen, wenn es so weit ist. Trotzdem fand ich es verständlich und beruhigend, daß Linke und Friedensbewegung über meine Teilnahme nicht unkritisch in Jubel ausgebrochen sind.

Interview: Claudia Wangerin



Kundgebung vor Thälmann-Gedenkstätte. Etwa 200 Menschen nahmen am Sonntag an der traditionellen Protest- und Gedenkkundgebung vor der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin teil. In der damaligen Gaststätte fand am 7. Februar 1933 eine illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD statt. Die von der DDR eingerichtete Gedenkstätte, die nach 1990 von einem Verein betreut wurde, ist seit einigen Jahren für die Öffentlichkeit geschlossen, nachdem sie ein hoher Beamter des Landes Brandenburg ersteigert hatte und den Abriss vorbereiten ließ. Zu den Teilnehmern sprachen die Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Ellen Brombacher, und der Vorsitzende des Freundeskreises der Gedenkstätte, Max Renkl. (jw)

Pace-Fahnen im Regen

2 500 Menschen protestierten gegen »Münchener Sicherheitskonferenz«

Rund 2 500 Menschen haben am Samstag in der bayerischen Landeshauptstadt gegen die 46. »Münchener Sicherheitskonferenz« demonstriert. Während Politiker und NATO-Militärs im Luxushotel Bayerischer Hof unter anderem über die Zukunft Afghanistans diskutierten, hieß es auf der Straße »Krieg dem Krieg, überall – bringt die NATO jetzt zu Fall«. Um 13 Uhr hatten sich die Teilnehmer zur Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz versammelt. Bunte Pace-Fahnen wehten im Regen, auf Schildern und Transparenten wurde der Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan gefordert. Mehrere Redner griffen die Verleihung des Friedensnobelpreises an US-Präsident Barack Obama auf, der im Jahr nach seinem Amtsantritt die Zahl der US-Soldaten in Afghanistan verdoppelt hatte. »Das

ist die Logik eines besoffenen Feuerwehrmannes, der meint, man müsse zunächst noch mehr Öl ins Feuer gießen, um es zu löschen«, sagte Walter Listl vom »Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz« in dem neben Gewerkschaftsgliederungen und Friedensgruppen auch die Partei Die Linke und die DKP vertreten waren.

Als prominenteste Rednerin trat die ehemalige Kongreßabgeordnete und Präsidentschaftskandidatin der Grünen in den USA, Cynthia McKinney, auf. Die 54jährige Afroamerikanerin beschrieb die Hoffnungen, die viele ihrer Landsleute mit der Wahl Obamas verbunden hatten: »Voller Erwartung, daß Folter und Verschleppung; das Ausspionieren unschuldiger Amerikanerinnen und Amerikaner mit abweichenden Meinungen; Krieg und Besatzung; Verbrechen gegen die Verfas-

sung der USA und Verbrechen gegen den Frieden enden würden«. Leider sei dies ein Jahr nach dem Amtsantritt nicht der Fall. Die Polizei begleitete die Kundgebung mit einem Großaufgebot – insgesamt waren 3 700 Beamte im Einsatz. Mehrfach stoppte die Polizei den Demonstrationszug mit der Begründung, einzelne Teilnehmer hätten ihre Transparente seitlich getragen und damit gegen den Auflagenbescheid verstoßen. Insgesamt blieb die Zahl der Demonstranten hinter den Erwartungen des Protestbündnisses zurück, das überregional aufgerufen und mit 5 000 Teilnehmern gerechnet hatte. »Das liegt sicher zum Teil an der bundesweiten Mobilisierung gegen den Neonaziaufmarsch am 13. Februar in Dresden«, sagte Claus Schreer vom Münchner Aktionsbündnis am Sonntag gegenüber jw. Claudia Wangerin

NACHRICHTEN

Irak: Video von entführtem US-Bürger

BAGDAD. Eine schiitische Widerstandsgruppe hat ein Video mit einem im Irak verschleppten US-Bürgers veröffentlicht. Der 60jährige arbeitet nach Pentagonangaben als Auftragnehmer für die US-Truppen und wurde seit zwei Wochen vermißt. Auf den im Internet veröffentlichten Aufnahmen erklärt er, seine Entführung von der »Liga der Gerechten« forderten die Freilassung von Aufständischen, den sofortigen Abzug der US-Besatzer aus dem Irak und die Strafverfolgung von Mitarbeitern der privaten Sicherheitsfirma Blackwater wegen der Tötung von 17 Irakern im Jahr 2007. (apn/jw)

Dorfbewohner »aus Versehen« erschossen

KABUL. Im Süden Afghanistans erschossen afghanische Grenzpolizisten versehentlich sieben Dorfbewohner. Sie hätten die Gruppe, die vor Morgengrauen Holz sammelte, für Aufständische

gehalten und aus rund 400 Metern Entfernung das Feuer eröffnet, sagte Abdul Rasik, der Kommandeur der Grenzpolizei im Süden Afghanistans, am Samstag. Ermittlungen zu dem Vorfall in der Provinz Kandahar unweit der pakistanischen Grenze seien eingeleitet worden. Die sechs Beteiligten Polizisten wurden festgenommen. In der benachbarten Provinz Helmand erschossen afghanische und NATO-Truppen bei Gefechten drei Aufständische. Das teilte die NATO am Samstag mit. In der Nähe von Kandahar wurden am Sonntag nach Polizeiangaben fünf Polizisten bei einem Anschlag getötet. (apn/jw)

Öffentliches Training für Sitzblockaden

HAMBURG. Die Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft hat für Dienstag zu einem öffentlichen Sitzblockadentraining eingeladen. Dieses soll am Dienstag um 11 Uhr im Saal A des Rathauses stattfinden. Damit wolle man »ein solidarisches Zeichen für die antifaschistische Demonstration gegen

Europas größten Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden« setzen, heißt es in einer am Wochenende veröffentlichten Erklärung der Fraktion. (jw)

Platzek besteht auf Solidaritätszuschlag

BERLIN. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzek (SPD) hat Forderungen nach einer Reform des Solidaritätszuschlages für den Aufbau Ost zurückgewiesen. »Wir brauchen im Osten Verlässlichkeit bei der Förderung bis 2019, um den im Grundgesetz garantierten gleichartigen Lebensverhältnissen näher zu kommen«, sagte Platzek in einem am Sonntag vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift *Super Illu*. Die Förderung werde ohnehin jedes Jahr weniger. Für schädlich hält Platzek Äußerungen, wonach die Mittel für den Aufbau Ost zu Lasten des Westens gingen. »Diese Parolen sind geeignet, das wirkliche Miteinander von Ost und West in den vergangenen 20 Jahren zu kontarkieren und zu verunglimpfen«, sagte er. (dtp/jw)

DEMO GEGEN DIE SICHERHEITSKONFERENZ

Der Protest wird immer leiser

Die befürchtete Randalie ist ausgeblieben: Die Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz verlief am Samstag friedlich. Es gab nur vier Festnahmen. Das Wetter kühlte die Gemüter deutlich ab.

VON PHILIPP VETTER

Um kurz nach halb fünf kamen die Demonstranten doch noch einem Politiker ganz nahe. Eigentlich sind die Mächtigen im Bayerischen Hof so gut abgeschirmt, dass sie vom Protestzug durch die Münchner Innenstadt nichts mitbekommen. Aber einer traute sich an die Landwehrstraße: Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) steht – begleitet vom Polizeipräsidenten und geschützt durch zwei Reihen Polizisten – am Straßenrand und schaut sich den Demonstrationszug an. „Herzlich willkommen auf unserer Demo“, ruft ihm ein Protestler über die auf einen Lastwagen montierten Lautsprecher zu. „Reih’ dich ein!“

Dieser Aufforderung kommt der Innenminister freilich nicht nach. Schließlich sind die Demonstranten eher am anderen Ende des politischen Spektrums beheimatet.

Wie in den vergangenen Jahren hatte sich mittags eine bunte Protestgruppe auf dem Marienplatz versammelt, um anlässlich der Sicherheitskonferenz gegen die Ungerechtigkeiten in der Welt zu demonstrieren. Auf Transparenten forderten sie ein Ende der Kriege, der Krisen und des Kapitalismus. Aber auch gegen Hinrichtungen im Iran demonstrierte ein Grüppchen. Knapp 2200 Menschen waren gekommen – weit weniger als die vom Veranstalter angekündigten 5000.

Sorgen machte der Polizei nicht die bunte Truppe, sondern die rund 450 ganz in schwarz gekleideten Autonomen. Die teilweise als gewaltbereit bekannten Mitglieder des sogenannten Schwarzen Blocks waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist. Doch die befürchtete Randalie blieb heuer aus. Ständig begleiteten



Rund 450 Autonome bildeten am Samstag bei der Demonstration einen Schwarzen Block, blieben aber friedlich.



Innenminister Joachim Herrmann kam als Zaungast an die Landwehrstraße, demonstrierte aber nicht mit. DPA



Feuchte Vorahnung: Diese Demo-Teilnehmer hatten ihren Protest gleich auf Regenschirme gesprüht. FOTOS: BODMER (2)

rund 700 Polizisten den Protestzug, bei den geringsten Anzeichen für eine mögliche Eskalation ließ die Polizei die Muskeln spielen, bis zu 200 schwarz uniformierte Beamte des Unterstützungskommando marschierten auf und setzten ihre Helme auf. Diese Drohkulisse reichte, um die Gemüter wieder abzukühlen. Die starke Polizeipräsenz habe sich „deeskalierend auf poten-

zielle Störer und deren Absichten ausgewirkt“, sagte Polizeivizepräsident und Einsatzleiter Robert Kopp.

Nur vier Teilnehmer wurden wegen Beleidigung, Widerstands und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz festgenommen. Ein Demonstrant entzündete an der Goethestraße eine Rauchkerze und wurde nach dem Ende des Protestzuges festgenommen.

2009 nahm die Polizei noch 17 Personen fest.

Um 17.15 Uhr lösten die Veranstalter die Demonstration am Stachus vorzeitig auf. Eigentlich wollten sie zu einer weiteren Kundgebung am Odeonsplatz marschieren, die fiel aber mangels Teilnehmer aus. Die Protestler hatten genug vom nasskalten Wetter.

„Ich bin mit dem Einsatz insgesamt sehr zufrieden“, sag-

te Kopp. Am ganzen Wochenende waren rund 3700 Polizisten im Einsatz. Sie begleiteten den Protestzug, sperrten das Umfeld des Tagungshotels und begleiteten die rund 130 Fahrten der teils hochrangigen Staatsgäste durch die Stadt.

 merkur-online.de zeigt mehr Fotos.

Pro und Kontra auf und neben der 46. Internationalen Sicherheitskonferenz in München

Proteste gegen die Kriege der NATO-Staaten

Demonstranten kritisieren die »Versammlung der Kriegstreiber«



Am Samstag demonstrierten nach Veranstalterangaben 3000 Menschen gegen die Sicherheitskonferenz. Foto: dpa

Militärs und Wirtschaftsvertreter teil. Gegenüber ND sagte Gehrcke, sein Versuch, sich in einer Pleinumsdiskussion zu Wort zu melden, sei nicht gelungen, er habe jedoch viele nützliche Gespräche führen können.

Als einer der Hauptredner der Protestkundgebung stellte Tobias Pflüger, ein früherer Abgeordneter der Linksfraktion des Europaparlaments, fest: Bei dem Massaker in Kundus seien auch das Kommando Spezialkräfte und der Nachrichtendienst der Bundeswehr beteiligt gewesen. Oberst Klein hätte beföhlen, nicht erst Warnschüsse abzugeben, sondern gleich zu bombardieren. Pflüger dankte Ischinger dafür, dass er Klartext gesprochen habe, indem er sagte, Soldaten seien auch zum Töten da. Pflüger bekräftigte die Forderung nach ei-

dem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Auf die zunehmende Konkurrenz um schwindende Rohstoffe und Energiequellen wies der Vorsitzende von Verdi München, Harald Pürzel, hin. Die Geopolitik altden Stils kehre zurück, das militärische Gewaltpotential werde zur Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen eingesetzt. Darum in erster Linie gehe es bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

Kriege und Besatzung ausgegeben, sagte die Politikerin, die 2008 als US-Präsidentenskandidatin der Grünen gegen Barack Obama angetreten war. Obama habe große Hoffnungen enttäuscht. Er lasse mit Kampfdrohnen unschuldige Menschen in Pakistan, Afghanistan, Jemen und Somalia töten. Die politische Führung der USA sei Komplize von Kriegsverbrechen, Folter und Verbrechen gegen den Frieden geworden.

Der Demonstrationsszug war von der Polizei in der Innenstadt gestoppt worden, weil sich ein »schwarzer Block« über das Verbot von Seitentransparenten hinweggesetzt hatte. Diese wurden dann aber ohne weiteren Polizeieinsatz von den Demonstranten selbst entfernt.

Empörung löste am Abend Münchens Bürgermeisterin Hep Monatszeder (Die Grünen) auf einer Veranstaltung der alternativen Münchner Friedenskonferenz im Alten Rathaus aus, auf der auch McKinney sprach. Bei seinem Grußwort ließ Monatszeder bei einer Aufzählung der wichtigsten gegenwärtigen Kriege ausgerechnet den Afghanistan-Krieg unerwähnt. Ein aufgebracht zweisehnenrufer, der darauf hinwies, in Afghanistan seien schließlich deutsche Soldaten eingesetzt, erntete starken Beifall.

Im gleichen Saal gab am Abend zuvor Münchens Oberbürgermeister Christian Ude einen Empfang für die Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz. Dabei machten er in einer auf Englisch gehaltenen Tischrede Äußerungen, die bei Gegnern der Sicherheitskonferenz nach Veröffentlichungen durch lokale Zeitungen heftige Kritiken hervorriefen. Der SPD-Politiker sagte, als die Konferenz tatsächlich noch eine Rüstungskonferenz gewesen sei, habe keiner demonstriert, aber inzwischen habe die Konferenz ihren Charakter verändert. Ude meinte, wer trotzdem behauptete, die Konferenz diene nicht dem Nachdenken über Chancen friedlicher Konfliktregulierung, sei »einfach nicht fähig, sich von alten Feindbildern zu lösen«. Gegner der Konferenz argumentieren dagegen, der Zweck der Konferenz habe sich nicht geändert.

Angekommen im Kalten Frieden

Notizen aus dem Münchner Konferenzsaal

Von Wolfgang Gehrcke



Das Teilnehmerverzeichnis der 46. Münchner Sicherheitskonferenz lässt die einen vor Ehrfurcht erstarrten, die anderen sich mit Abscheu abwenden. Nicht nur Inhalte, wie immer vorgegeben wird, sondern auch der Wunsch zu sehen und gesehen zu werden, treibt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der »Bayerischen Hof« in München zusammen. So manche und so mancher, deren oder dessen Name mit Kriegen und Umstürzen aufs Engste verbunden ist, hält hier in Münchens Hof, Altmeyer Henry Kissinger, der Architekt des CIA-Putsches in Chile, Madeleine Albright, Mitverantwortliche für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, General Stanley McChrystal, ISAF-Commander in Afghanistan, ebenso wie Veteranen der Irakkriege. Andere, nachdenklichere fallen weniger auf, gehören offensichtlich selten zu den Stars. Und doch sind sie da: Serbien, regt ein gemeinsames Nachdenken über eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa an. Die Reaktion darauf ist freundlich und mildtätig desintressiert. Lady Catherine Ashton, der neue Euro-Star, bescheidet ihn freundlich: Wir haben doch schon alles.

Aus dem Saal steigt eine Wolke versammelten alten Denkens. Der Wunsch, stabile Rezepte zur Behebung der großen Krisen unserer Zeit zu haben, macht un kreativ. Immer wieder wird auf die NATO verwiesen. Der Krieg gegen den Terror soll fort-

geführt werden und der Einsatz neuer Waffensysteme wird nicht ausgeschlossen. Die Vorstellung des US-Präsidenten Barack Obama für eine Welt ohne Atomwaffen findet Sympathie und Zuspruch, über Zeiträume und Wege dorthin wird nachgedacht. Das ist gut. Selbst hochrangige Militärs werden für einen Moment zu Pazifisten. Aber spricht man über taktische Atomwaffen, über Mini-Nukes und dass gegenüber Iran alle Optionen, ausdrücklich auch gegen den Tisch bleiben müssen. Die Forderung aus Saudi-Arabien, der Türkei und Ägypten nach einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten wird nicht ernsthaft erörtert. Nicht ernsthaft erörtert wird auch der Vorschlag des iranischen Außenministers, die Urananreicherung im Ausland, genauer gesagt in Russland und Frankreich, vornehmen zu lassen. Es mag sein, dass der Vorschlag und seine Präsentation unzureichend sind. Aber dass man eine solche Chance nicht näher prüft, ist völlig unverständlich. Es sei denn, dass man gar keine Gelegenheit schon vorher feststand.

Wenn US-Senator Joseph Lieberman Iran als Schurkenstaat brandmarkt und der stellvertretende israelische Außenminister Daniel Ayalon die arabischen Diplomaten von oben herab abkanzelt, kommt Stimmung in dem ansonsten so kultivierten Saal auf. Immerhin, Fortschritt sind erreicht worden: Statt Kaltem Krieg betreibt man Kalten Frieden.

Der Autor sitzt für die Linksfraktion im außenpolitischen Ausschuss des Bundestages. ND-Foto: B. Lange

Teheran lässt Atomkonflikt anreichern

ATOMBOMBE Nachdem Irans Außenminister die Münchner Sicherheitskonferenz mit Verhandlungsaussagen beschäftigt, gab Ahmadinedschad am Sonntag den Startschuss zur 20-prozentigen Urananreicherung

BERLIN taz | Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad verkündete am Sonntag im Fernsehen, Iran werde „so Gott will“, nun auf 20 Prozent angereichertes Uran produzieren. Dem Chef der iranischen Atombehörde, Ali Akbar Salehi, sagte er: „Herr Salehi, beginnen Sie die Produktion von 20 Prozent“ angereichertem Uran.

Der Atomstreit zwischen Iran und dem Westen erreicht damit eine weitere Stufe. Iran wird verdächtigt, an der Atombombe zu arbeiten. Ab einem Anreicherungsgrad von 20 Prozent mit dem U235-Isotop spricht man von „hoch angereichertem“

Uran. Als bombenfähig werden heutzutage 85 Prozent erachtet. Iran gibt an, das 20-Prozent-Material für einen Forschungsreaktor zu brauchen, wo an Krebsstherapien gearbeitet werde.

Den vorangegangenen Auftritten Ahmadinedschads in Teheran und seines Außenministers Manutschehr Mottaki auf der Münchner Sicherheitskonferenz raubte die 20-Prozent-Ankündigung den Rest an Glaubwürdigkeit. Vergangenen Dienstag erklärte Ahmadinedschad noch, der Iran sei bereit, Uran im Ausland anreichern zu lassen. Damit schien er auf einen Vor-

schlag des UN-Sicherheitsrats und der Internationalen Atomenergiebehörde einzugehen. Ebenso überraschend beschäftigte am Freitag der iranische Außenminister Mottaki in München die 300 versammelten Außenpolitiker sowie Militärapolitiker, -experten und -lobbyisten mit seinen Ausführungen zu Irans Verhandlungsbereitschaft und deren Bedingungen. Doch schienen die Vertreter etwa der USA oder Deutschlands von vornherein wenig gewillt, dies als Angebot zu betrachten. Mit „rhetorischen Finessen“ habe Mottaki „herzlich wenig gesagt“,

urteilte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Barack Obama, James Jones, drohte wie schon vor der Konferenz mit verschärften Sanktionen.

Der Grünen-Verteidigungspolitiker Omid Nouripour stöhnte: „Es wurde wieder einmal eine Gelegenheit verpasst, unverbundene taktische Spielchen der Iraner zu ignorieren.“ Es sei offensichtlich, dass Iran die Weltöffentlichkeit mit dem Atomtheater beschäufeln wolle, „um die Aufmerksamkeit abzulenken“ von der Menschenrechtslage im

Land und seiner innenpolitischen Instabilität, sagte der in Teheran geborene Nouripour zur taz. Die erwartbaren scharfen Reaktionen insbesondere Israels oder aus den USA auf weitere Eskalationen im Atomkonflikt dienten Ahmadinedschad bloß dazu, die Bevölkerung zum Zusammenhalt aufzufordern – und so die Demokratiebewegung zu schwächen.

„Solange Russland und China eine andere Gefahrenanalyse haben“ – also im iranischen Atomprogramm keine Gefahr erkennen –, komme man mit der bisherigen „wirren“ Sanktionspolitik nicht weiter, erklärte Nouripour. Die benachbarten Staaten müssten ebenfalls Druck ausüben. Notwendig sei eine „Regionalisierung des Problems“, indem die Türkei, Aserbaidschan

und die Vereinigten Arabischen Emirate mit an den Tisch geholt würden. Unter anderem die USA, Frankreich und Deutschland haben angekündigt, noch im Februar eine Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran zu beschließen. Im Gespräch ist zum Beispiel, Unternehmen zu bestrafen, die Iran mit Benzin beliefern. Speziell die deutsche Industrie war international lange in der Kritik für ihr reges Irangeschäft. Jüngst haben aber mit Siemens und MAN erste Großunternehmen angekündigt, keine „Neugeschäfte“ mit dem Iran mehr abschließen zu wollen. Welche Unternehmen diesem Kurs folgen, ist allerdings offen.

UIRIKE WINKELMANN



Regenmarsch: 2200 Demonstranten sind gegen die Siko durch die Stadt gezogen, die Veranstalter sprechen von 3000.

Foto: Stephan Rumpf

Polizei erlebt ein ruhiges Sicherheitskonferenz-Wochenende

„Keine Probleme, keine Störung“

3700 Beamte im Einsatz – 2200 Teilnehmer bei der Demonstration – lediglich vier Festnahmen

Von Bernd Kastner

Sie mögen sich nicht, und doch brauchen sie einander. Hier die Schwarzen, Roten und Dunkelroten mit ihren Fahnen und Transparenten – dort die Grünen und Dunkelblauen in Uniform, mit Plastikhandschellen und Schlagstöcken. Was war, rückte die Polizei nicht mit 3700 Leuten aus halb Deutschland an, weil doch hochrangige Politiker kommen und 5000 Demonstranten und Hunderte Gewaltbereite? Die radikalen Gegner der Sicherheitskonferenz hätten kein sie eskortierendes Feindbild mehr, ihr Gerede vom Polizei-Terror in München klinge noch weltfremd. Umgekehrt braucht auch die Polizei die hohe Zahl der erwarteten Demonstranten, um den eigenen Aufmarsch zu begründen.

Und so wundert es nicht, wenn die Polizei am Ende 450 Autonome vermeldet, fast so viele, wie die 500 von ihr prognostizierten, viele davon gefährlich, angeblich. Auffallend nur, dass all die letzten Jahre von den Gewaltbereiten nie wirklich Gewalt ausging, auch diesmal nicht: „Keine Probleme“, vermeldet am Sonntag Polizei-Vizepräsident Robert Knopp, 2200 Teilnehmer, vier Festnahmen, „keine Sicherheitsstörungen“. Und selbst das von der Polizei gemeldete bengalische Feuer in der Demo war in Wahrheit nur eine Rauchkerze. Egal, die Polizei wertet den ruhigen Nachmittag als Erfolg ihrer äußerst sichtbaren Präsenz mit rund 900 Beamten bei der Demo. Es kommt einem fast wie ein Trainingslager vor für wirklich brenzlige Einsätze.

Es war also wieder Sicherheitskonferenz am Wochenende. „Siko angreifen – No war but Class War“ war das Motto der Radikalen, doch statt Klassenkampf war wieder nur Klantreffen. Der Münchner kennt das und lässt sich vom Shoppen nicht abhalten, nur so mancher Tourist rätselt. Während vor dem Rathaus rote Fahnen träge wehen und eine Punkband spielt, steht gegenüber in einem Hauseingang ein junger Mann aus der Fremde. Weißes T-Shirt, blaues Ja-

cket, weiße Turnschuhe, Colaflasche, fragender Blick. Ein Kundiger erklärt: „Security conference.“ – „Okay, okay.“ – „From yesterday until tomorrow.“ – „Okay.“ – „Demonstration.“ – „Okay.“ Dann geht der Fremde weiter, zurück im Februarregen bleiben gelangweilte Beamte und empörte Siko-Gegner. Als eine Demonstrantin eine Festnahme bemerkt, spricht sie ein ernstes Wörtchen mit einem Polizisten: Gegen Bürger vorgehen, pfiu. Dabei war ein pöbelnder Rechtsextremist festgesetzt worden.

Die Siko-Gegner halten Schilder in

die Höh, auf denen steht: „Fresset eure Panzer selbst“, oder „Entwaffnen, enteignen, sabotieren“, „desertieren“, oder „Raus aus Afghanistan“. Letzteres ist die Hauptforderung, und die Logik geht so: Ist die Nato erst mal raus aus dem geschundenen Land und am besten auch noch zerschlagen, wird alles gut in der Welt. Tobias Pflüger von der Tübinger Informationsstelle Militarisation der erst im Europaparlament saß, lästert über die Finanzprobleme der Nato („Das tut uns aber ganz arg leid.“), um dann zu wiederholen: „Wir wollen den Abzug aus

Afghanistan sofort.“ Nicht erst in ein paar Jahren, wie die Berliner Politiker. Aus den Lautsprechern dröhnen noch oft die linken Schlüsselworte wie „Ideologen“, „Kriegspropagandaveranstaltung“ oder „Kriegsstrategen“ – gemeint ist natürlich die Tagung im Bayerischen Hof –, ehe sich die Demonstranten auf den Weg rund um die Altstadt machen.

Aus einem der Lautsprecher-Lastwagen feuert eine Stimme die Hardcore-Protestler im „Schwarzen Block“ an: „Haut ab, verpisst euch.“ Die Stimme meint natürlich die Polizisten. So geht das stundenlang, und man würde den ebenfalls mitmarschierenden, ehrlich um den Frieden besorgten Demonstranten, seien es Gewerkschafter oder trommelnde Sambatänzer, einen anderen Lautsprecher wünschen. Aber es ist nicht die Stunde für Differenzierungen.

Am Sendlinger Tor spricht Cynthia Ann McKinney, die Präsidentin der USA werden wollte, was dann aber gegen Barack Obama nicht ganz gelang. Nun äußert die grüne Politikerin ihre Enttäuschung über das erste Obama-Jahr. Währenddessen wollen viele Demonstranten und Polizisten den Zwischenstopp für eine Pinkelpause in einem Wirtshaus nutzen. Es sind zu viele, so dass bald eine Bedienung einen Zettel an die Tür klebt: „Die Toiletten sind ausschließlich für unsere Gäste.“ Eine weit gereiste Polizistin schüttelt in ihrer Not den Kopf.

Es sind viele behelmte Beamte aus Nordrhein-Westfalen da, und auch aus Berlin. Die Duisburger haben in einen ihrer VW-Busse hinten rein ihre Stadtfahnen gehängt, es wirkt wie eine Klassenfahrt in den Süden. Und man würde sich nicht wundern, wenn vor allem ihre Kollegen aus der Bundeshauptstadt den Trip in den Süden eher als Kaffeefahrt aufzufassen. Sie sind anderes gewohnt, Maikrawalle und brennende Autos.

„Wir wollen die Militärtagung nicht in München“, rief Claus Schreer, graue Eminenz an der Demopitze. Was aber wäre, wenn die Konferenz tatsächlich München verlassen würde? (Seite 48)

Neuer Stil Friedenskonferenz im Schatten der „Kriegsmesse“

Er könne leider nicht länger bleiben, sagt Hep Monatzeder am Ende seines Grußwortes auf der Friedenskonferenz, „aber ich gehe nicht zu einem Dinner in der Bayerischen Hof“. Ein paar Lacher ergattert der Bürgermeister mit dieser Bemerkung dann doch, denn zuvor hat er es nicht leicht gemacht. Erregte Zwischenrufe gab es, als der Grüne die Ansicht vertrat, dass auf der Sicherheitskonferenz „ganz kleine Schritte der Verbesserung“ zu bemerken seien: „Es sind dort mittlerweile weniger Vertreter aus dem Militärbereich und mehr aus Politik und Wirtschaft.“ Als das Publikum seinen Unmut bekundete, ergänzte Monatzeder eilig: „Es sind immer noch zu viele Vertreter aus dem Militärbereich.“ Zuvor hatte Liedermacher Konstantin Wecker in einer Videobotschaft die Sicherheitskonferenz als „Kriegswaffenmesse“ angeprangert.

Die Internationale Friedenskonferenz im Alten Rathaus ist als Gegenentwurf zur Sicherheitskonferenz konzipiert. Und der Saal im Alten Rathaus

ist bei der Hauptveranstaltung am Samstag gut gefüllt. Der irisch-britische Journalist Michael Henderson spricht über die Rolle der Vergebung in Versöhnungsprozessen. Alejandra Londono von der kolumbianischen Bewegung „red juvenil“ berichtet von Wehrdienstverweigerern in ihrer Heimat. Die US-Grüne Cynthia McKinney fordert Präsident Obama auf, die Menschenrechte für alle Völker, „also auch die Palästinenser“, zu sichern.

Zum zweiten Mal hat außerdem ein Vertreter der Friedensbewegung die Sicherheitskonferenz als Beobachter verfolgt: Thomas Mohr von Pax Christi. „Natürlich hat sich die Konferenz allein durch meine Teilnahme nicht verändert, aber es wird immerhin ein neuer Stil der Konferenzleitung im Umgang mit Kritikern spürbar“, so Mohr. Seinem Eindruck nach sei die Konferenz von einem Grundvertrauen in Militär und Rüstung geprägt. „Als Pazifisten möchten wir ermutigen zu einem Grundvertrauen in Gewaltfreiheit und Verständigung.“ cwa

„Es ist jedes Jahr das Gleiche“

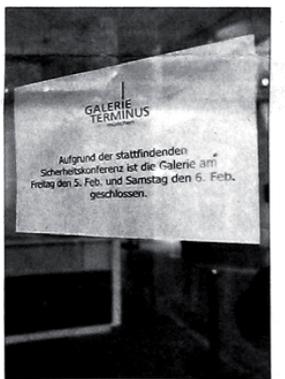
Innenstadt-Geschäfte finden sich mit den Umständen ab

Es regnet an diesem Samstagnachmittag, es ist kalt, und es ist Sicherheitskonferenz. „Sicherheitskonferenz?“, fragt eine schick gekleidete Frau mit lauter Tönen in der rechten Hand, die auf ihrer Einkaufstour soeben von der Theaterstraße in die Fünf Höfe einbiegen wollte. Nein, davon hat sie noch gar nichts gehört. „Aber ich habe mich schon gewundert, warum hier heute so viel Polizei unterwegs ist“, sagt sie. Dann eilt sie weiter vorbei an den Sicherheitsabsperrungen und den Polizeibeamten, die die verengten Ein- und Ausgänge beobachten und ab und zu einen Pass kontrollieren.

So alt wie die Münchner Sicherheitskonferenz sind auch die Klagen der Geschäftsleute in der Innenstadt über diese Veranstaltung. Das massive Polizeiaufgebot verderbe die kauffreudigen Kundenschaft die Lust am Geldausgeben, die Absperrungen rund um den Promenadeplatz verhinderten eine ausgedehnte Shoppingtour und die Demonstranten, die am Marienplatz und am Stachus gegen die internationale Konferenz protestieren, verschüchterten die Einkäufer, heißt es alljährlich wieder.

Von verunsicherten Konsumenten ist am Samstagnachmittag allerdings nichts zu sehen. Es sind nur ein paar Demonstranten, die am Marienplatz rund um eine mit Musik besetzte Bühne die Stellung halten, während der Zug zum Stachus zieht. In der Mehrheit sind die Touristen, die das Rathaus fotografieren, und jene Menschen, die sich im Schlussverkauf noch ein paar Sonderangebote sichern wollen. Auch Richtung Odeonsplatz herrscht in der Fußgängerzone reges Treiben, in den Fünf Höfen geht es sogar recht eng zu – vor allem, weil man hier nicht unter einem Schirm Zuflucht suchen muss, um trocken zu bleiben.

„Es ist etwas ruhiger heute“, sagt Sonja Boy, die gemeinsam mit ihrer Kollegin Elisabeth Hüller im Modegeschäft „Strauss Moden“ im Rathaus arbeitet. Einen richtigen Einbruch des Kundeninteresses haben sie aber nur kurzzeitig bemerkt. Als am Marienplatz die Demonstration in vollem Gange war, versperrten parkende Polizeiautos die Eingangstür des Ladens. „Aber man hat sich irgendwie daran gewöhnt“, sagt Sonja Boy, „es ist ja jedes Jahr das Gleiche.“ Eine Kundin sieht das jedoch etwas anders. „Man wird überall behindert“, klagt sie über



Keine Lust auf mauve Geschäfte: eine Galerie in der Innenstadt. Foto: Rumpf

die Absperrungen. Ohnehin sind die meisten der Ansicht, dass die Politiker besser irgendwo auf dem Land tagen sollten – in der Stadt verschlinge die Sicherheit der Sicherheitskonferenz viel zu viel Steuer-geld. Die „Galerie Terminus“ und „Die süße Schachtel“ an der Maffeistraße umgehen das Wochenende, indem sie gleich geschlossen bleiben, während nebenan bei „Elly Seidl“ das Gedränge kaum größer sein könnte. Auf seine Art hat sich letztlich wohl jeder Einzelhändler mit der Sicherheitskonferenz und ihren Folgen arrangiert. Christina Warta

Neuer Stil

Friedenskonferenz im Schatten der „Kriegsmesse“

Er könne leider nicht länger bleiben, sagt Hep Monatzeder am Ende seines Grußwortes auf der Friedenskonferenz, „aber ich gehe nicht zu einem Dinner in den Bayerischen Hof“. Ein paar Lacher ergattert der Bürgermeister mit dieser Bemerkung dann doch, denn zuvor hat er es nicht leicht gehabt. Erregte Zwischenrufe gab es, als der Grüne die Ansicht vertrat, dass auf der Sicherheitskonferenz „ganz kleine Schritte der Verbesserung“ zu bemerken seien: „Es sind dort mittlerweile weniger Vertreter aus dem Militärbereich und mehr aus Politik und Wirtschaft.“ Als das Publikum seinen Unmut bekundet, ergänzt Monatzeder eilig: „Es sind immer noch zu viele Vertreter aus dem Militärbereich.“ Zuvor hatte Liedermacher Konstantin Wecker in einer Videobotschaft die Sicherheitskonferenz als „Kriegswaffenmesse“ angeprangert.

Die Internationale Friedenskonferenz im Alten Rathaus ist als Gegenentwurf zur Sicherheitskonferenz konzipiert. Und der Saal im Alten Rathaus

ist bei der Hauptveranstaltung am Samstag gut gefüllt: Der irisch-britische Journalist Michael Henderson spricht über die Rolle der Vergebung in Versöhnungsprozessen, Alejandra Londono von der kolumbianischen Bewegung „red juvenil“ berichtet von Wehrdienstverweigerern in ihrer Heimat. Die US-Grüne Cynthia McKinney fordert Präsident Obama auf, die Menschenrechte für alle Völker, „also auch die Palästinenser“, zu sichern.

Zum zweiten Mal hat außerdem ein Vertreter der Friedensbewegung die Sicherheitskonferenz als Beobachter verfolgt: Thomas Mohr von Pax Christi. „Natürlich hat sich die Konferenz allein durch meine Teilnahme nicht verändert, aber es wird immerhin ein neuer Stil der Konferenzleitung im Umgang mit Kritikern spürbar“, so Mohr. Seinem Eindruck nach sei die Konferenz von einem Grundvertrauen in Militär und Rüstung geprägt. „Als Pazifisten möchten wir ermutigen zu einem Grundvertrauen in Gewaltfreiheit und Verständigung.“ *cwa*

+++ Teheran brüskiert Münchner Sicherheitskonferenz +++

US-Senator droht Iran mit Krieg

Gefährliches Spiel mit dem Weltenbrand



Die Enttäuschung war den hochrangigen Teilnehmern der Sicherheitskonferenz förmlich ins Gesicht geschrieben: Die Mächtigen der Welt hatten gehofft, dass der Überraschungsgast in München, Irans Außenminister Manu- chehr Mottaki, die große Siko-Bühne nutzen würde, um den gordischen Knoten im Atom-Streit endlich durchzuhaufen. Doch nach der ausufernden Rede Mottakis war klar: Der Iran führt die Weltgemeinschaft weiter an der Nase herum und spielt nur auf Zeit...

Die im Frust ausgestoßene Kriegsdrohung des US-Senators Joe Lieberman ist trotzdem nicht allzu ernst zu nehmen: Der parteiunabhängige Senator spricht nicht für den Kurs der US-Regierung. Vor allem aber haben die US-Bürger angesichts des Irak- und Afghanistan-Dramas genug von außenpolitischen Abenteuer. Teheran dürfte diese US-Kriegsmüdigkeit in seinem atomaren Katz-und-Maus-Spiel sehr wohl miteinkalkulieren: Präsident Ahmadinedschad steht offenbar so kurz

davor, eine funktionierende Atombombe zu bekommen, dass er nur noch ein bisschen weiter auf Zeit spielen muss. Dann wird die Welt mit einem atomar bewaffneten islamistischen Staat leben müssen, der noch dazu innenpolitisch instabil ist. Die große Preisfrage in diesem gefährlichen Spiel mit dem Weltenbrand ist, ob Israel dem tatenlos zusehen wird. Die Drohung Tel Avivs steht im Raum, notfalls auch ohne US-Unterstützung die Atom-Anlagen Irans anzugreifen. Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt bleibt wohl nur ein schöner Traum – die nukleare Gefahr lässt sich nicht mehr von diesem Erdball verbannen.

KLAUS RIMPEL

Irans Außenminister Manu- chehr Mottaki hat den Westen mit seinen Äußerungen zum Atom-Programm bitter enttäuscht. US-Senator Joe Lieberman reagierte scharf auf die „lächerliche“ Rede Mottakis in München: Er drohte mit Krieg! „Wir müssen uns entscheiden: Entweder für harte Wirtschaftssanktionen, damit die Diplomatie funktioniert, oder wir stehen vor militärischem Eingreifen“, so der einflussreiche Senator. „Ich weiß nicht, wie man mit einer Regierung verhandeln soll, die einen Minister hierher schickt, der uns alle einfach anlügt.“

US-Senator droht Iran mit Krieg!



Spannende Momente auf der Münchner Siko: Als Außenminister Mottaki sich unter der Glaskuppel des Bayerischen Hofes beim Atomkurs des Iran unbeirrt zeigt (re.), reagieren die US-Senatoren Joe Lieberman und John McCain (li.) empört. Fotos: ddp

Mottaki beharrte auf das Recht des Iran, Uran „zu friedlichen Zwecken“ anzureichern. Doch der Westen geht davon aus, dass mit dem angereicherten Uran Atombomben gebaut werden sollen. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad zog angesichts der ablehnenden Haltung des Westens sein Angebot, Uran im Ausland anreichern zu lassen, zurück: „So Gott will wird die 20-Prozent-Anreicherung beginnen.“ Wie gefährlich ist die Situation? Wir sprachen darüber mit dem US-Experten Prof. James W. Davis.

Wie ernst ist die Kriegsdrohung von US-Senator Joe Lieberman gegen den Iran zu nehmen?

Prof. James W. Davis, Politikwissenschaftler an der Uni St. Gallen: Er ist ein Senator unter hundert. Deshalb sind seine Äußerungen nicht überzubewerten. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, dass die US-Führung auch militärische Szenarien entwickelt. Aber die US-Vertreter, mit denen ich auf der Siko gesprochen habe, machten deutlich, dass es keine einfache militärische Lösung gibt: Es wird nicht gelingen, mit Luftschlägen alle Atom-Labors des Iran zu zerstören!

Die Alternative sind noch schärfere Sanktionen. Aber wird sich die Exportwirtschaft in diesen Krisenzeiten wirklich das gute Geschäft mit dem Iran kaputt machen lassen?

Davis: Erstaunlicherweise ist

die Bundeskanzlerin in Sachen Wirtschaftssanktionen eine treibende Kraft. Die US-Regierung sieht hier eher zurückhaltend. Und das, obwohl die USA weit weniger wirtschaftliche Beziehungen zum Iran hat als Deutschland. Die harten Drohungen Liebermans waren deshalb auch eher an Obama als den Iran gerichtet, weil er Washington in der Iran-Frage für zu zögerlich hält.

Und wie sieht es mit der Gefahr eines israelischen Alleingangs aus? Die Drohung Tel Avivs, die iranischen Atomanlagen auch ohne US-Unterstützung zu bombardieren, sieht ja im Raum...

Davis: Wenn der Iran wirklich unmittelbar davorsteht, die Atombombe zu bauen, dann würde Israel nicht auf die USA

hören und allein losschlagen. Aber nach allem, was sich auf der Siko gehört habe, hat Teheran noch massive Probleme mit der Technik der Urananreicherung – auch weil es offenbar gelungen ist, mit eingeschleusten Computerviren die Steuerungsanlagen der iranischen Atom-

Sie waren ja schon bei vielen Sikos mit dabei – war dank der Regierung Obama die Stimmung besser als in den Vorjahren unter der Regierung Bush?

Davis: Die Stimmung war besser, weil in der Afghanistan-Frage nun weltweit große Einigkeit herrscht. Mit Obama hat das weniger zu tun. Im Gegenteil: Wichtige Figuren aus Berlin sagten mir sogar, dass die Zusammenarbeit mit der Regierung Bush in dessen zweiter Amtszeit besser war als jetzt mit der Regierung Obama.

Es war kein US-Minister in München dabei, aber erstmals der chinesische Außenminister. Ist das ein Hinweis auf die schwindende Macht der USA?

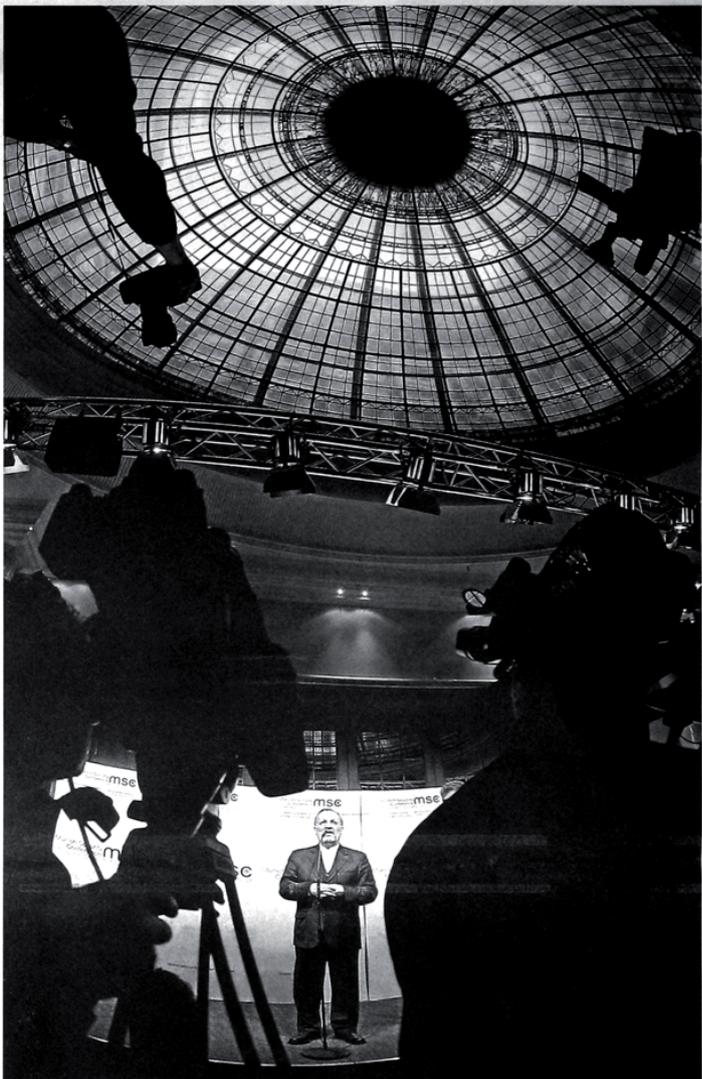
Davis: Es herrscht Einigkeit darüber, dass auf der internationalen Bühne ohne China nichts

mehr geht. Aber wer der Verlierer dieser Entwicklung ist, darüber gingen auf der Siko die Meinungen auseinander: Die einen glauben, die USA sei der Verlierer. Viele denken aber auch, dass angesichts der chinesisch-amerikanischen Kooperation Europa immer mehr weltpolitische Macht verlieren wird.

Wie muss man sich eigentlich so ein Siko-Wochenende praktisch vorstellen: Hat man am Ende Sodbrennen von den vielen Arbeitsessen?

Davis: Die Siko ist einfach erschöpfend! Es sind lange Tage, die ein hohes Maß an Konzentration erfordern – denn wir diskutieren ja wichtige Themen. Und am Abend gibt es dann zu viel Essen und zu viel Wein. Ich habe wirklich Respekt vor den Politikern, für die das Alltag ist.

INTERVIEW: KLAUS RIMPEL



Kundus: Wollen die USA die Bundeswehr entmachten?



Gast in München: Hamid Karzai

tz München/Kabul Die USA sind unzufrieden mit dem Vorgehen der Deutschen in Nordafghanistan. Deshalb wollen sie laut Stuttgarter Nachrichten die Bundeswehr in Kundus weitgehend „entmachten“. Ein US-General dürfe sich vom Kommandierenden einer anderen Nation keine Befehle erteilen lassen, zitierte die Zeitung einen hohen US-General. Der ISAF-Stabschef Bruno Kasdorf widersprach: „Ganz im Gegenteil“ werde das deutsche Kommando im Norden sogar verstärkt. Bei der Siko in München erklärte der afghanische Präsident Hamid Karzai, die internationalen Truppen sollten den „Krieg in den Dörfern“ beenden und die Taliban gezielt in deren Rückzugsgebieten bekämpfen.

Interview mit Prof. James W. Davis



US-Politikexperte, Uni St. Gallen

Labors zu torpedieren. Militärisch kann auch Israel nur wenig erreichen: Die USA haben sich schon unter Präsident Bush geweigert, Israel die neuartigen bunkerbrechenden Bomben zu überlassen, die nötig wären, um die unterirdischen Atom-Labors anzugreifen.

Friedliche Anti-Siko-Demo: 4000 Polizisten im Einsatz

VON DORITA PLANGE



Ein als Clown verkleideter Demonstrant provoziert die Siko-Polizisten mit Grimassen. Foto: dpa

tz München Und auf einmal waren alle weg: Das abrupte Ende in der Geschichte der Siko-Proteste kam am Samstag um 17.15 Uhr. Nach zwei Dritteln des Wegs erklärten die Veranstalter die Demo am Stachus überraschend für beendet. Offiziell wurde die massive Polizeipräsenz dafür verantwortlich ge-

macht. Tatsächlich jedoch litt die Versammlung im eiskalten Nieselregen unter zunehmendem Schwund. Und auch zur Kundgebung auf dem Odeonsplatz keiner mehr Lust. In Minutenschnelle zerstreuten sich rund 2200 Demonstranten und sogar die durchnäste Antifa verzichtete auf die üblichen Schutzmittel und ging heim. Das überraschte

auch die Polizei. „Wir haben sofort auf Raumschutzmaßnahmen umgeschaltet, um eventuelle Aitacken einzelner Gruppen zu unterbinden“, erklärte Polizeivizepräsident Robert Kopp. Noch zwei Stunden zuvor hatte sich ein überraschend großer Zug am Marienplatz in Bewegung gesetzt. Nie zuvor hatten rund 1000 Polizisten eine solche Präsenz

gezeigt. Diese Warnung galt dem „Schwarzen Block“ – rund 450 Autonomen aus ganz Süddeutschland und Berlin, die aber nicht so recht zum Zuge kamen. Ein paar kleine Gerangel, eine Nebelkerze und das war's schon. Bilanz: acht Festnahmen bzw. Gewahrsamnahmen wegen Beleidigung und Widerstands. Darunter war eine sturztrunkene

13-Jährige sowie ein Rechtsradikaler, der einen Demonstranten als „antifaschistische Schwuchtel“ tituliert hatte. Insgesamt waren am Wochenende 4000 Beamte eingesetzt. Befragt nach dem Sinn dieses enormen Aufgebots antwortete Kopp: „Wir zeigen lieber Kraft, bevor es zu unschönen Bildern kommt. Da gibt uns der Erfolg Recht.“



Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Das Netzwerk umfasst interessierte Personen aus der ganzen Bundesrepublik, die sich für ein Zivilsteuergesetz einsetzen, das den Menschen die demokratische Wahlmöglichkeit gibt, dass ihre Steuern ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden. Einige dieser Personen verweigern Militärsteuern aus Gewissensgründen. Allen ist der Grundrechtsaspekt und der demokratische Wert eines Zivilsteuergesetzes wichtig.

Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de
Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Spendenkonto: 700 160 160 0; GLS-Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67



Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:

*„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu
unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen
mitzuwirken.“*



Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de



BILDUNGSWERK E.V.

Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46, Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de
Spendenkonto: 33 60 68 851,
H-M-V- Bildungswerk, Postbank Nürnberg,
BLZ 760 100 85

pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de
Spendenkonto: 2210312, LIGA-Bank, BLZ 750 903 00



Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ (MSKverändern)

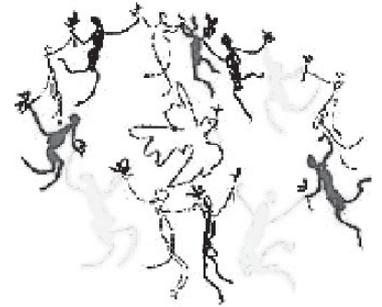
Kontakt:

Kaamu@web.de



NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen. Was uns bewegt, ist die Verantwortung für Frieden und Abrüstung, das Ökosystem Erde, die Folgen unseres eigenen Tuns. Wir wollen das mit Fachwissen und unserem persönlichen Engagement zur Wahrung des Friedens für ethisch verantwortlichen Umgang in Wissenschaft und Technik und ihre Folgen bewirken. Unsere Mitgliederzeitung heißt „Wissenschaft & Frieden“.



Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
Franklinstr. 28/29
10587 Berlin
Tel: 030 - 31996686
Fax: 030 - 31996689
www.natwiss.de
info@natwiss.de
Spenden: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
Kto. Nr. 393408-504, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.

- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.

- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.



Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,

- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,

- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,

- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Postfach 50 04 71

80974 München

Tel. 089-15090831

kontakt@gewaltfrei-muenchen.de Spenden: Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation e. V.

Kto.-Nr. 29102944, Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00



www.friedenskonferenz.info